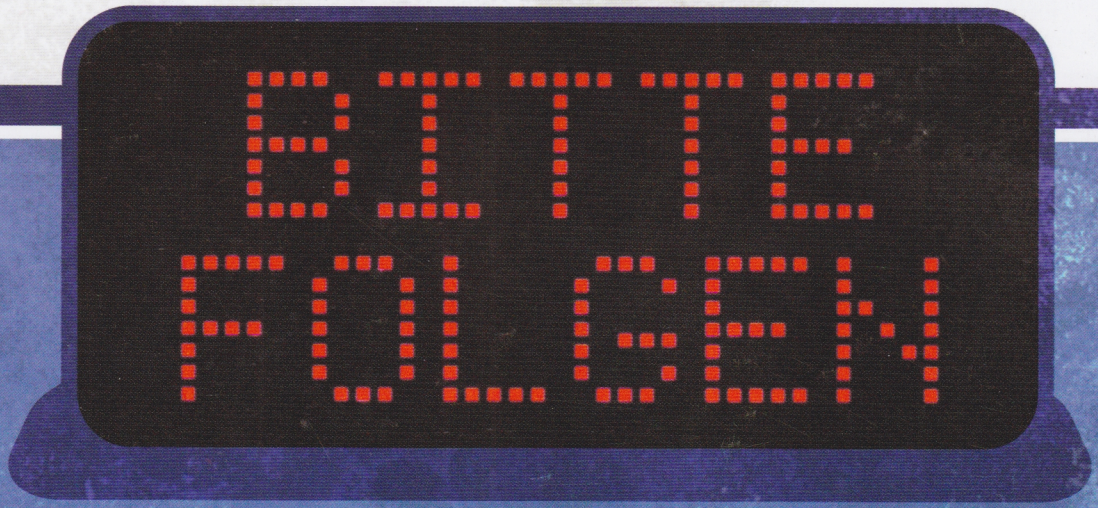
ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

# Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#68
Herbst 2017
lotta-magazin.de




## POLIZEI & POLITIK

*Außerdem:* **„Nordischer Widerstand“** – Neonazi-Bewegung in Schweden
**„Antifa zu sein war kein Hobby“** – 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland
**Alte Bekannte** – RechtsRock aus NRW beim „Sturm auf Themar“

# Editorial

Liebe Leser_innen,

es war zwar klar, dass es der AfD gelingen wird, ohne Probleme in den Bundestag einzuziehen, das Wahlergebnis von 12,6 Prozent (94 Abgeordnete) war aber dennoch eine Überraschung. Der Einzug der AfD ist eine Zäsur in der Geschichte der BRD und stellt auch die antifaschistische Bewegung vor enorme Herausforderungen. Neben der genauen Analyse der Bedingungen, die dieses Wahlergebnis möglich machten, ist es zukünftig von noch größerer Dringlichkeit, erfolgreiche Strategien gegen die Rechtsentwicklung in Staat und Gesellschaft zu entwickeln. Dass sich dabei nicht bloß an der AfD abgearbeitet werden darf, zeigen die Reaktionen aus den bisherigen GroKo-Parteien. Wer als Konsequenz aus dem AfD-Erfolg die „rechte Flanke" schließen will (wie Horst Seehofer von der CSU) oder aber einen noch schärferen Kurs in der Flüchtlingspolitik fordert (wie SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles), der oder die hat nicht begriffen, dass sich die Wähler_innen der AfD so nicht zurück zu den „Volksparteien" bringen lassen. Im Gegenteil werden AfD-Wähler_innen dadurch in ihrem Welt- und Menschenbild und in ihrer Wahlentscheidung bestärkt.

Neben der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik waren Kriminalität und Terrorgefahr dominierende Themen im AfD-Wahlkampf. Unsere Kolleg_innen der Zeitschrift CILIP hielten dazu fest: „Dass die AfD im Bereich Innerer Sicherheit andere Parteien vor sich hertreibe, lässt sich (bis jetzt) jedoch nicht direkt belegen. Vielmehr gibt es eine unausgesprochene Koalition zwischen Unionsparteien und AfD bei diesem Thema." Dies zeigte sich in der hysterisch geführten Debatte um den G20-Gipfel in Hamburg, bei dem weniger die vielfältigen Proteste oder ein als Probe des Ausnahmezustands konzipierter gewalttätiger Polizeieinsatz im Mittelpunkt standen, als vielmehr die rhetorisch in die Nähe eines „Bürgerkriegs" gerückten „Schlachten" im Schanzenviertel. Wochen nach dem G20 wurden an den in U-Haft sitzenden Protestierenden juristische Exempel statuiert und der Versuch unternommen, die Sprecher_innen der *Roten Flora* und der *Interventionistischen Linken* zu kriminalisieren. Auch das Verbot von *linksunten.indymedia.org* wird als Reaktion auf die G20-Proteste verkauft. Das Bundesinnenministerium hat übrigens zu keinem Zeitpunkt die Löschung einzelner, möglicherweise strafrechtlich relevanter Inhalte auf der Plattform versucht, sondern stattdessen das komplette Portal kriminalisiert. Das Verbot ist nichts anderes als ein Akt der Zensur und ein Angriff auf die Medienfreiheit.

Während das mit Fußballkultur und Politik befasste *Transparent Magazin*, mit dem wir bei unserem letzten Fußball-Schwerpunkt kooperierten, sein Erscheinen leider eingestellt hat, feierte das *Antifaschistische Infoblatt* Ende September sein 30-jähriges Bestehen mit einer großen Party und geht jetzt die nächsten 30 Jahre an. Bisher sind 116 aib-Ausgaben erschienen, davon 67 seit Erscheinen der Lotta #1. Respekt, dass Ihr (fast) mit uns mithalten konntet! ;) Wir gratulieren und wünschen viel Kraft!

Wie immer danken wir zum Schluss allen, die zur Entstehung dieser Ausgabe beigetragen haben.

Der angekündigte Artikel über das Gedenken an die Verbrechen der „Aktion Reinhardt" wird nicht in dieser, sondern in der nächsten Ausgabe erscheinen. Versprochen.

*Eure Lotta-Redaktion*

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 1. Oktober 2017. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 30. Oktober 2017.

# Inhaltsverzeichnis


## Gesellschaft

**Zwei Schritte vor, keinen zurück** ..... Seite 4
Ein Abriss über den Überwachungsausbau der letzten vier Jahre Große Koalition

## Schwerpunkt

**Polizei & Politik** ..... Seite 8
Eine Einleitung in den Schwerpunkt der Lotta #68

**„Körpersprache dieses Staates“** ..... Seite 9
Polizei als politische Akteurin des autoritären Wandels

**Bruchlose Kontinuität** ..... Seite 13
Die Polizei im NS-Staat und in der Bundesrepublik

**Nicht nur das Fehlverhalten Einzelner ist das Problem** ..... Seite 16
Zum institutionellen Rassismus im deutschen Polizeiapparat

**F'AfD the police** ..... Seite 21
Die AfD genießt Sympathien auch bei der Polizei

## Extreme Rechte

**Eine völkische Caritas** ..... Seite 24
Das neue Agitationsfeld des Vereins „Volkshilfe e.V.“ im Kreis GT

**Der „Laserman“** ..... Seite 26
Rechtsterrorist muss sich für den Mord an einer Frankfurter Jüdin verantworten

**Alte Bekannte** ..... Seite 29
RechtsRock aus NRW beim „Sturm auf Themar“

**Unter freiem Himmel** ..... Seite 34
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 3. Quartal 2017

**Kurzmeldungen** ..... Seite 36
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

## Braunzone

**„Spalter“ und „Parteischädlinge“** ..... Seite 39
Die AfD nach dem Abgang von Frauke Petry und Marcus Pretzell

**Seriös geht anders** ..... Seite 42
Problemkandidat*innen der AfD Rheinland-Pfalz zur BTW

**Drahtzieher im „neurechten“ Netz** ..... Seite 44
Andreas Lichert im Netzwerk von AfD, „IB“ und „Neuer Rechten“

## Kontext NSU

**Der NSU-Prozess in der Endphase** ..... Seite 46
Bundesanwaltschaft beharrt auf der Trio-These

## Internationales

**„Nordischer Widerstand“ auf dem Vormarsch** ..... Seite 48t
Die Neonazi-Bewegung in Schweden wächst und gedeiht

## (Anti)Rassismus

**Ein Ort in Verruf** ..... Seite 51
Die Dortmunder Nordstadt

## Geschichte

**Ein würdevolles Gedenken in Lety bei Písek** ..... Seite 53
Tschechische Regierung kauft Schweinefarm auf dem Gelände des ehemaligen „Zigeunerlagers“

**„Schuldig sind nicht nur die reaktionären Klassen“** ..... Seite 54
Über Paul Merker, den NS und die Parteilinie aus Moskau

**Eine offene Wunde** ..... Seite 57
Der 7. Juli 1960 in Reggio Emilia

## Linke

**„Antifa zu sein war kein Hobby, sondern Lebensrealität“** ..... Seite 59
Interview mit den Herausgeber_innen von „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland“

## Justiz/Repression

**„Solidarität ist der Schlüssel“** ..... Seite 62
Repression gegen Antifaschist*innen nach AfD-Blockade in Herford

## Rezensionen

Auschwitz als Steinbruch / Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkriegs / Der Antisemitismus der Linken / AfD und Medien. Analyse und Handreichungen ..... Seite 64

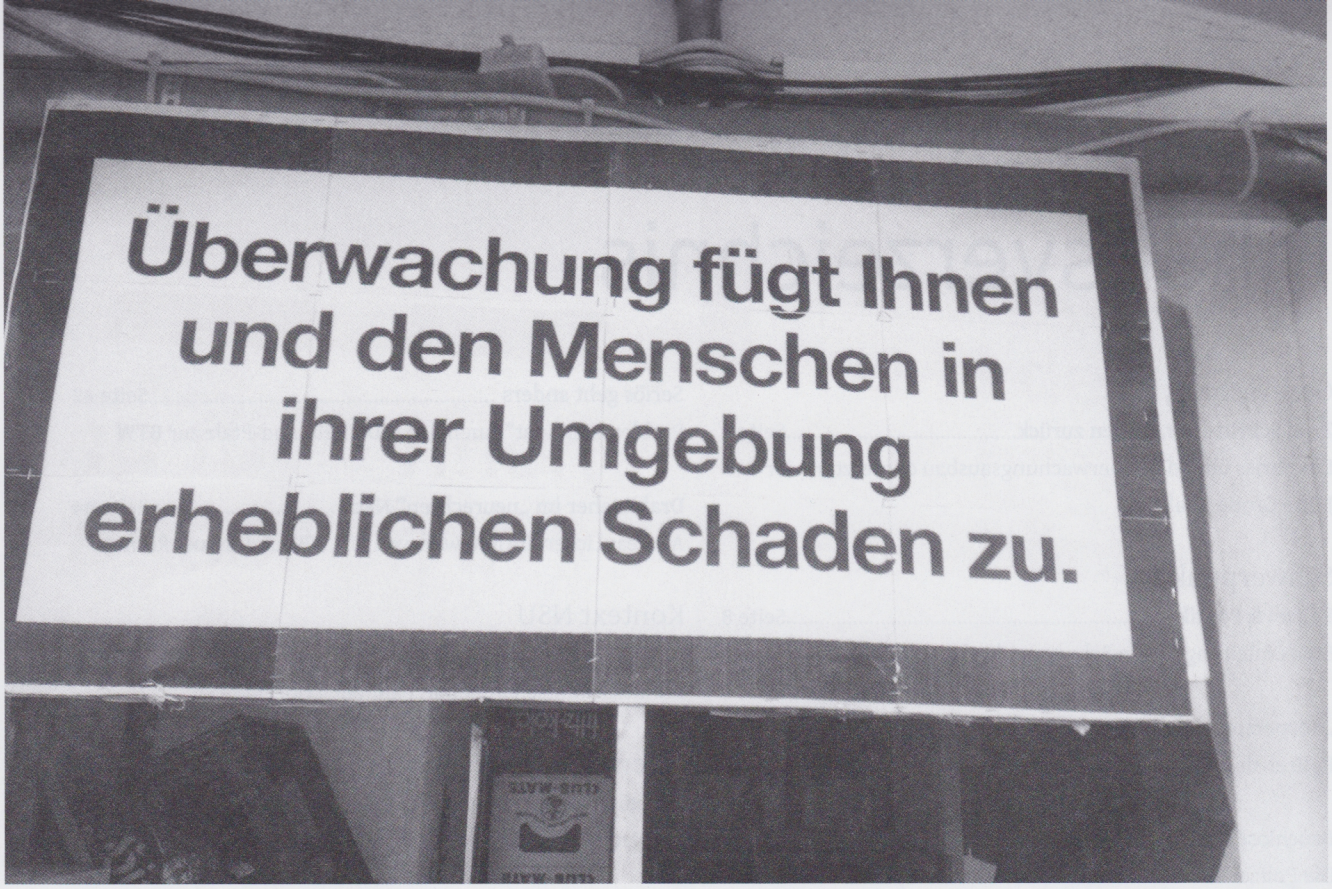



Foto: Initiative Netzfreiheit (CC BY 2.0)

Von Anna Biselli

# Zwei Schritte vor, keinen zurück

## Ein Abriss über den Überwachungsausbau der letzten vier Jahre Große Koalition

**Im Namen der Sicherheit werden, vor allem seit der Jahrtausendwende, immer mehr Überwachungsgesetze erlassen. Sie schränken Grund- und Freiheitsrechte ein und bauen staatliche Überwachungsbefugnisse aus. Oftmals erfolgen die Gesetzesinitiativen im Nachgang von terroristischen Anschlägen, zurückgenommen werden sie nie. Auch nicht, wenn ihr Nutzen fragwürdig ist.**

Die schwarz-rote Große Koalition erließ in den letzten vier Jahren eine Reihe von Gesetzen, um die Kapazitäten und Kompetenzen von Polizeien, Geheimdiensten und sonstigen sogenannten Sicherheitsbehörden zu erweitern. Die erste dieser Maßnahmen stellte die Erneuerung der Anti-Terror-Datei dar, die der Bundestag im Oktober 2014 beschloss. Sie besteht bereits seit 2007, ursprünglich war sie unter anderem eine Reaktion auf die Anschläge in London 2005, um Terrorverdächtige sowie ihre Kontaktpersonen zu erfassen. Insgesamt haben mehr als 30 Behörden Zugriff auf den beim BKA untergebrachten Datenbank-Server.

### Dürftige Nachbesserungen

Im April 2014 erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Anti-Terror-Datei für teils verfassungswidrig und forderte Nachbesserungen. Zum einen sei der Nutzer*innenkreis nicht hinreichend gesetzlich eingeschränkt. Selbst Polizeibehörden, die mit Terrorismusbekämpfung nichts zu tun haben, waren zugriffsberechtigt. Zum anderen sei die Schwelle zu niedrig, in der Anti-Terror-Datei zu landen. In die Datei konnten auch Unterstützer*innen von Unterstützer*innen gelangen, die von den mutmaßlichen Terrorist*innen nicht das mindeste ahnten. Ebenso verfassungswidrig sei die Möglichkeit der Inverssuche, mit der aufgrund eines Suchmerkmals — wie der Religionszugehörigkeit — alle passenden Personen angezeigt

werden. Befanden sich bei den Suchergebnisse Daten aus Eingriffen wie akustischer Wohnraumüberwachung, wurde hierfür die Weitergabe an Drittbehörden nicht eingeschränkt.
Die „Reform" passte die Datei notdürftig an die Kritik des BVerfG an. So gilt nun, dass Personen Terrorismus „willentlich" unterstützen müssen, um gespeichert zu werden. Darüber hinaus sind Kontaktpersonen nicht mehr eigenständig recherchierbar, sondern mit dem*der Hauptverdächtigen verknüpft. Doch die Anpassungen gehen nicht weit, sie sind vielmehr ein Freibrief für Geheimdienste. Das informationelle Trennungsgebot zwischen diesen und der Polizei ist weiterhin aufgeweicht, „Gummiparagraphen" sind nicht geeignet, die Nutzung der Daten einzuschränken. Auch die Bundesdatenschutzbeauftragte **Andrea Voßhoff** äußerte in einer Stellungnahme, die sie dem Innenausschuss des Bundestages vorlegte, verfassungsrechtliche Bedenken.
Im Dezember 2015 bestätigte der Bundestag ein weiteres Erbe früherer Terror-Reaktionen. Die Abgeordneten verlängerten Regelungen zur Terrorismusbekämpfung, die im Zuge der Anschläge vom 11. September 2001 eingeführt wurden, um weitere fünf Jahre. Obwohl im Jahr 2002 mit ausdrücklicher Befristung eingeführt, gelten sie bis heute. Sie ermöglichen Geheimdiensten Auskunftsersuchen bei Reiseunternehmen, Fluggesellschaften, Kreditinstituten und Telekommunikationsdienstleistern. Ob diese Maßnahmen jemals dazu beigetragen haben, einen Anschlag zu verhindern, ist ungeklärt. Diese Problematik lässt sich bei vielen „Sicherheitsgesetzen" beobachten. Es ist fast unmöglich, Verhältnismäßigkeit oder Nutzen festzustellen, da die beteiligten Behörden sich darauf zurückziehen, ihre Methoden und Ergebnisse geheim halten zu müssen.

## Wiederkehr der Vorratsdatenspeicherung

Eine weiteres Vorhaben der Großen Koalition war die Einführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS). Sie ist ein immer wiederkehrendes Phänomen — der Streit um die anlasslose, massenhafte Sammlung von Kommunikationsmetadaten dauert seit über zehn Jahren an. Eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2006 zwang damals die deutsche Politik dazu, ein Gesetz zur VDS zu erlassen. Doch dieses 2008 verabschiedete Gesetz war von starken Protesten begleitet, eine Klage vor dem BVerfG brachte die deutsche Umsetzung schließlich 2010 wieder zu Fall. Auf EU-Ebene bestand die Regelung fort und Deutschland drohten Strafzahlungen, falls keine weitere Implementierung der VDS erfolgen sollte. Bevor es soweit kam, wurde im April 2014 die Richtlinie vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) gekippt — sie verstoße gegen die EU-Grundrechtecharta. Es sei unverhältnismäßig, unterschiedslos Kommunikationsdaten zu sammeln, ohne dass diese in einem Zusammenhang mit einem begangenen Verbrechen stehen. Die Entscheidung des EuGH ließ die Gegner*innen der VDS hoffen, die Diskussion habe sich nun endgültig erledigt. Der damalige Bundesjustizminister **Heiko Maas** bekräftigte das, indem er im Dezember 2014 einen nationalen Alleingang zur Wiedereinführung dementierte. Dieses Dementi erneuerte er im März 2015, nur um weniger als zwei Wochen später einen Entwurf für eine neue VDS in Deutschland anzukündigen.
Warum es zu diesem plötzlichen Vorstoß kam, ist ungeklärt. Das Argument, die Speicherung sei nötig, um Straftaten aufzuklären, widerlegte schon 2012 eine Studie des *Max-Planck-Instituts*. Seit die Speicherung in Deutschland 2010 wegfiel, habe es keine Schutzlücken gegeben, also keine signifikanten Fälle, in denen mangels Kommunikationsdaten Taten unaufgeklärt blieben. Auch der Minister konnte kein Beispiel geben, bei dem alleinig die VDS zur Verbrechensaufklärung beigetragen hätte.

## Widerstand gegen anlasslose Massendatensammlung

In den folgenden Monaten regte sich breiter Widerstand, der von einer Resolution des Evangelischen Kirchentags bis hin zur öffentlichen Ablehnung durch Telekommunikationsanbieter reichte. Bestätigt wurden die Bedenken von den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages und der Bundesdatenschutzbeauftragten, die sowohl die Kompatibilität mit dem Grundgesetz sowie EU-Recht in Frage stellten. Leichte Änderungen im Vergleich zur Version von 2008, um sich an die früheren Vorgaben des BVerfG und des EuGH anzunähern, reichten nicht aus. Trotz des Widerstands, teils aus den eigenen Reihen, stimmten die Regierungsparteien dem Gesetz im Oktober 2015 zu, die Übergangsfrist bis zur verpflichtenden Umsetzung für die Kommunikationsanbieter galt bis Juli 2017.
Mehrere Organisation reichten Verfassungsbeschwerde ein, der Provider *Spacenet* wandte sich an das Verwaltungsgericht Köln. Die endgültigen Entscheidungen für diese Verfahren stehen bis heute aus. Dennoch erreichte *Spacenet*, bis zur endgültigen Entscheidung des BVerfG keine Vorratsdaten speichern zu müssen. Das Oberverwaltungsgericht NRW akzeptierte einen Eilantrag des Unternehmens und stufte die deutsche Regelung als EU-rechtswidrig ein. Im Zuge der vorläufigen *Spacenet*-Entscheidung zogen mehrere Provider nach und wollten gleichermaßen keine Speicherung ab dem 1. Juli vornehmen. Daraufhin erklärte die Bundesnetzagentur, vorerst keine Strafen zu verhängen, falls Anbieter den offiziellen Speicherbeginn nicht einhalten.

Da der EuGH mittlerweile zusätzlich die nationalen Speicherungsumsetzungen in Großbritannien und Schweden für ungültig erklärt hat, stehen die Zeichen gut, dass die hiesige anlasslose Speicherung keinen Bestand haben wird. Die Historie der VDS zeigt jedoch wie keine andere die Mechanismen, mit der Überwachungsgesetze immer wieder neu eingeführt werden. Sie werden verabschiedet und von Gerichten einkassiert, nur um wenig später minimal modifiziert wiederzukommen. Die Urteile scheinen als Leitplanken zu dienen, um Anpassungen vorzunehmen. Es folgt die nächste Beschwerde, das nächste Urteil. Doch bis dahin vergehen jedes Mal mehrere Jahre. Jahre, in denen verfassungswidrige Gesetze in Kraft sind, die massiv in die Freiheit aller eingreifen und deren Nutzen zur Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus nie evaluiert wurde.

## Geschenkpaket für Polizei und Geheimdiente

Zu diesen Gesetzen gehört auch das sogenannte Anti-Terror-Paket aus dem Juni 2016, ein im Schnelldurchgang durchgewunkenes Geschenkpaket an Geheimdienste, BKA und Bundespolizei. Es enthielt eine ganze Reihe an Maßnahmen, direkt spürbar ist besonders eine: Seit Juli 2017 ist es auf legalem Weg nicht mehr möglich, Prepaid-SIM-Karten zu erwerben, ohne sich vorher auszuweisen. Mit Mobilfunkdaten lassen sich für Behörden die Bewegungen und sozialen Netzwerke der Besitzer*innen auf einfachste Art und Weise nachvollziehen: Wann haben sie wo mit wem telefoniert? In welche Funkzellen haben sich ihre Geräte eingeloggt?
Propagiert wird das Verbot anonymer SIM-Karten dadurch, Terrorist*innen würden oftmals über viele anonyme SIM-Karten verfügen. Tatsächlich aber stellte die EU-Kommission in Zweifel, dass eine Registrierungspflicht hier sinnvolle Erkenntnisse hervorbringen würde. Stattdessen richtet sich das Gesetz gegen die Empfehlung einer eigenen Bundesbehörde, des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, das anonyme SIM-Karten bei „erhöhtem Schutzbedarf" empfiehlt.
Mit dem Anti-Terrorpaket wurden überdies internationale Überwachungsdatenbanken entgrenzt, dem automatisierten Informationsaustausch zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und ausländischen Geheimdiensten stehen dadurch die Türen offen. Ob in den betreffenden Staaten menschenrechtlich bedenkliche Zustände herrschen, spielt dabei keine Rolle. Ebenso ermöglicht der automatisierte Austausch ein sogenanntes Ringtausch-Verfahren. Dabei tauschen Geheimdienste Informationen untereinander aus, die sie selbst rechtlich nicht erheben dürfen. Außerdem erfolgte eine Ausweitung des Einsatzes von verdeckten Ermittler*innen durch die Bundespolizei.

## Aufbau einer Entschlüsselungsbehörde

Etwa zeitgleich mit der Verabschiedung des Anti-Terror-Pakets gelangten Pläne für eine Entschlüsselungsbehörde an die Öffentlichkeit. Die Gründung von ZITiS, der „Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich", erfolgte ganz ohne parlamentarische Beteiligung durch einen Erlass des Innenministeriums. Sie soll als Dienstleisterin für Verfassungsschutz und Polizei fungieren und Techniken entwickeln, um Kommunikation abzuhören und Verschlüsselung zu umgehen.
ZITiS, das mit der Selbstbezeichnung „Start-Up unter den Behörden" wirbt, feierte im September 2017 Eröffnung. Derzeit sucht die Behörde, die auf dem Campus der Bundeswehr-Universität München angesiedelt ist, händeringend Mitarbeiter*innen, die für sie staatliche Hacking-Werkzeuge entwickeln wollen. Für die Leitung ist **Wilfried Karl** zuständig, der ehemalige kommissarische Leiter der BND-Abteilung für Technische Aufklärung, was zu einem weiteren Kapitel im Überwachungsausbau der letzten Jahre führt.

## Legalisierung von Rechtsbrüchen des BND

2014 nahm der NSA-Untersuchungsausschuss im Bundestag seine Arbeit auf, er sollte die Spionageaffäre rund um die NSA aufklären, die **Edward Snowden** durch seine Enthüllungen ins Rollen gebracht hatte (vgl. Lotta # 61, S. 4-6). Konkret ging es um die Tätigkeiten von US-Geheimdiensten in Deutschland, aber auch um die Beteiligung und das Wissen deutscher Dienste und Behörden — ein Punkt, der sich als sehr viel bedeutender erwies, als zunächst vermutet. Im Laufe des Ausschusses traten diverse extralegale Praktiken des BND zu Tage. Um sie zu rechtfertigen, dachte sich der Auslandsgeheimdienst nachträglich mitunter abenteuerliche Theorien aus. Zu den bekanntesten zählt die Weltraum-Theorie. Sie besagt, dass der BND sich nicht an Gesetze halten muss und Daten unbegrenzt an die NSA weiterleiten darf, wenn er Kommunikationssatelliten abhört. Denn schließlich befänden sich diese Satelliten im Weltraum und dort sei ein rechtsfreier Raum. Dass die Daten der Satelliten auf der Erde landen und dort verarbeitet werden, spielte für den BND keine Rolle.
Weitere Theorien, die Rechtsverstöße rechtfertigen sollten, nannten sich „Theorie des virtuellen Auslands" oder „Funktionsträger-Theorie". Neben den verwunderlichen Rechtskonstrukten verdeutlichte der Ausschuss, wie sehr sich der BND einer Kontrolle entzog. Manche Zeug*innen statuierten, die Abteilung Technische Aufklärung führe ein Eigenleben innerhalb der Behörde. Was

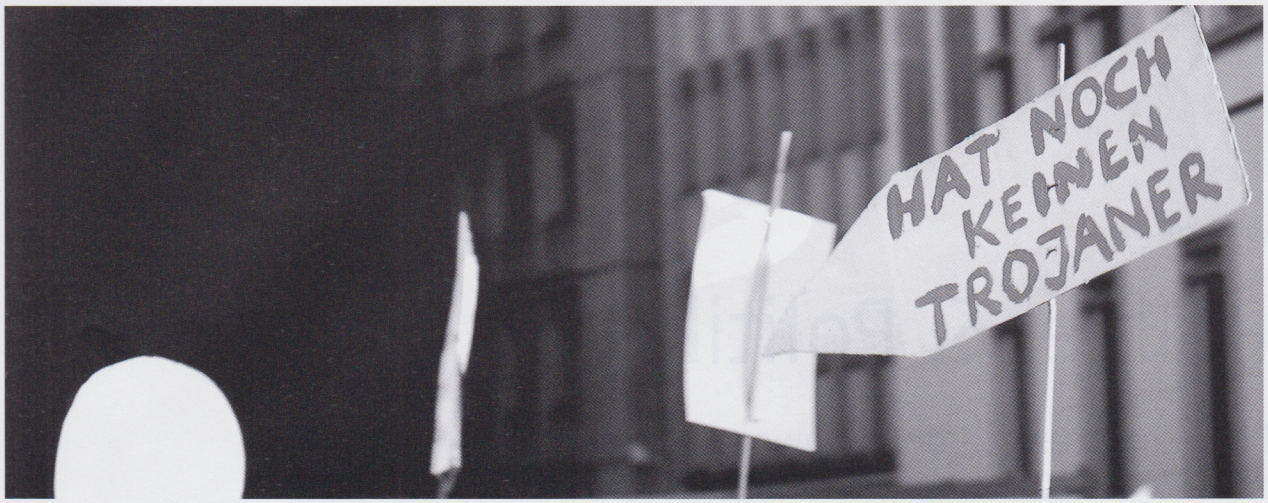



Foto: Jan T. Sott (CC BY-NC 2.0)

aus diesen Erkenntnissen folgte, war jedoch keine Einschränkung der Spionage, sondern eine Legalisierung der meisten Praktiken.

Mit dem erneuerten BND-Gesetz von 2016 ist Spionage aus dem Inland heraus legal, und der erlaubte Anteil der erfassten Kommunikation am Gesamtdatenvolumen ist nun unbegrenzt. Als berechtigte Gründe für Überwachung zählen seitdem „sonstige Erkenntnisse von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung", unter die im Zweifel jegliche Information gefasst werden kann. Noch dazu erfolgte eine Legalisierung der automatischen Metadaten-Weitergabe an „Partnerdienste" wie die NSA. Mit der Erneuerung der Gesetze zur Kontrolle des Geheimdienstes sollte diese zwar offiziell verbessert werden, de facto erfolgte jedoch eine weitere Zerfaserung in verschiedene Gremien.

## Staatstrojaner durch die Hintertür

Fast zum Ende der Legislatur stand eines der weitreichendsten Überwachungsgesetze auf der Tagesordnung: Die Einsatzmöglichkeiten von Staatstrojanern sollten erweitert, der Weg für ihren polizeilichen Einsatz bei Delikten wie Zigarettenschmuggel oder Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz freigemacht werden. Staatstrojaner umgehen Verschlüsselung, indem sie Geräte wie Smartphones mit Schadsoftware infizieren und Kommunikation direkt auf den Geräten abfangen und ausleiten. Um die öffentliche Diskussion zu vermeiden, wandte die Große Koalition einen Verfahrenstrick an und tarnte den Trojaner in einem ganz anderen Gesetz, bei dem es um das Fahrverbot als Nebenstrafe ging. Erst kurz vor dessen Verabschiedung landete der Trojaner mit Hilfe einer „Formulierungshilfe" der Bundesregierung im Gesetzestext.

Die Überwachung von Smartphones ermöglicht einen tiefen Einblick in das Privatleben, da die Geräte eine Vielzahl von Informationen über die Nutzer*innen speichern. Die aktuelle Erweiterung lässt sich kaum mehr dadurch rechtfertigen, Terrorismus bekämpfen zu wollen — denn zu dessen Prävention darf das BKA den Staatstrojaner bereits seit 2009 einsetzen.

Staatstrojaner implizieren noch ein weiteres Problem: Um die Geräte zu infizieren, müssen Sicherheitslücken bestehen. Stellen wie ZITiS sammeln und erforschen diese Lücken, doch anstatt sie zu schließen, nutzen die Behörden sie aus. Damit nehmen sie in Kauf, dass auch andere sie finden und beispielsweise dafür einsetzen, Kreditkarten-Daten abzufischen. Solche Lücken lassen sich auf Schwarzmärkten erwerben, dieser Märkte haben sich staatliche Behörden bereits in der Vergangenheit bedient.

## Personal, Geld und Gesetze

Das Wachstum der Überwachungskapazitäten von Geheimdiensten und Polizeien benötigt nicht nur Gesetze, um zu gedeihen. Die Behörden brauchen Geld. Doch das Wohlwollen der Regierung ist ihnen sicher: Geheime Haushaltspapiere offenbarten, dass im Jahr 2017 zwölf Prozent mehr für den BND und 18 Prozent mehr für das Bundesamt für Verfassungsschutz fließen sollten als im Jahr zuvor — für Projekte wie die Entschlüsselung von Messengerdiensten. Dieser Kurs wird sich in den nächsten Jahren kaum ändern. In ihrem Wahlprogramm kündigte die CDU an, alles dafür zu tun, um Geheimdiensten und Polizeien ihren Dienst zu verbessern: „Personell, materiell und rechtlich, wenn es um die Verabschiedung notwendiger Gesetze geht." Die letzte Legislatur lässt wenig Zweifel daran, dass es ihr damit ernst ist.

Von Britta Kremers

# Polizei & Politik

## Eine Einleitung in den Schwerpunkt der Lotta #68

„Die Feinde sind immer die Linken und die Ausländer. Ich habe über die Jahre immer wieder gehört, dass Kollegen gesagt haben: 'Mit den Rechten hat man nie Schwierigkeiten. Die schmeißen ja keine Pflastersteine.'"So beschreibt ein junger Polizist auf *jetzt.de* seine Erfahrungen im Polizeidienst. Der Inhalt der Schilderung verwundert kaum, aber es wird nur selten so offen darüber gesprochen. Wie erfindungsreich die Polizei ist, wenn es gegen Linke geht, war in den vergangenen Monaten gut zu beobachten: Eine angeblich unter Strom gesetzte Tür in Berlin, Molotow-Cocktails und Hinterhalte bei den G20-Protesten in Hamburg, für die sich keine Belege finden lassen, sind nur einige Beispiele. Polizeiliches Versagen und skandalträchtiges Verhalten führen jedoch eher zu mehr Geld und Befugnissen als zu einer Debatte über eine wirksame Kontrolle und Machtbeschränkung. Aus dem Befund eines institutionellen Rassismus, der die polizeilichen Ermittlungen zur NSU-Mord- und Anschlagsserie prägte, wurden keine über Sonntagsreden hinausgehenden Konsequenzen gezogen. Kritik an polizeilichem Handeln wird nur noch selten vehement geäußert, das Repressionsorgan scheint unfehlbar: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben" (Olaf Scholz).

Auch in den Wahlkämpfen spielte die „nnere Sicherheit"zuletzt eine bedeutende Rolle. Das hat Folgen: Die personelle und materielle Aufrüstung der Polizei geht einher mit der juristischen Erweiterung polizeilicher Handlungsspielräume und der Einschränkung von Kontrollmechanismen. Die Verschärfung des Straftatbestands „iderstand gegen die Staatsgewalt"(vgl. LOTTA #67, S. 63) und die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt_innen in NRW sind augenfällige Beispiele dieser Entwicklung. Die Polizei und insbesondere ihre Lobbyorganisationen treten immer stärker als durchsetzungsstarke politische Akteure auf, die eine schleichende Formierung einer autoritären Gesellschaft vorantreiben. Dazu passt, dass jüngst der DGB nach einer Kampagne AfD-naher Medien und auf Drängen der *Gewerkschaft der Polizei* (GdP) einem antifaschistischen Kongress die bereits zugesagten Räume im Gewerkschaftshaus in München wieder entzog. „Antifa im DGB-Haus? Das ist für uns und unsere Kollegen nicht hinnehmbar. Wir haben erfolgreich protestiert" twitterte die GdP NRW.

Da verwundert es nicht, dass auch die AfD mit ihren „aw-and-Order"Fantasien in der Polizei einen natürlichen Verbündeten sieht und dass einige Polizist_innen zur Mitglieder- und Wähler_innenschaft der Rechtsaußen-Partei zählen.

**Günter Born** beschreibt den aktuellen autoritären Wandel der Praktiken und des Selbstverständnisses der Polizei sowie der Rolle von Polizei als politische Akteurin, wobei er insbesondere die Polizei-Gewerkschaften in den Blick nimmt ..... Seite 9

**Matthias Lehmann** und **Johannes Hartwig** befassen sich mit der Polizei im Nationalsozialismus und den Kontinuitäten nach 1945 ..... Seite 13

Den institutionellen Rassismus bei der Polizei und dessen Auswirkungen sowie die Abwehr einer Auseinandersetzung damit innerhalb des Polizeiapparates analysiert **Max Pichl** ..... Seite 16

Dem ambivalenten Verhältnis von Neonazis zur Polizei geht **Torben Heine** nach ..... Seite 19

**Pia Gomez** arbeitet die Anbiederung der AfD an die Polizei sowie Sympathien von Polizist_innen für die Rechtsaußen-Partei heraus ..... Seite 21

# WEITER GEHEN,

Von Günter Born

# „Körpersprache dieses Staates“

## Polizei als politische Akteurin des autoritären Wandels

**Nicht erst seit dem G20-Gipfel scheinen kritische und bürgerrechtlich orientierte Perspektiven auf Polizei und polizeiliche Praktiken in die Defensive geraten zu sein. In den vergangenen zwei Jahren avancierte die „Innere Sicherheit“ zu einem zentralen und die Wahlkämpfe dominierenden Politikfeld. Autoritäre Positionen und Praktiken haben zunehmend an Bedeutung gewonnen.**

Für die BürgerInnenrechte war der 11. Oktober 2017 ein düsterer Tag. Im Landtag NRW besiegelten die Abgeordneten von CDU, FDP und AfD das Ende der individuellen Kennzeichnungspflicht für BereitschaftspolizistInnen, die erst elf Monate zuvor von der damaligen rotgrünen Landesregierung beschlossen worden war, gemeinsam mit der Einführung von Body-Cams für PolizistInnen. Während *amnesty international* die Entscheidung als „gravierenden Rückschritt für eine moderne, transparente Polizeiarbeit“ bezeichnete, durften sich die VertreterInnen der im DGB organisierten *Gewerkschaft der Polizei* (GdP) und der weiter rechts stehenden *Deutschen Polizeigewerkschaft* (DPolG) freuen. Sie hatten die individuelle Kennzeichnung in geschlossenen Einsätzen wie Demonstrationen oder Fußballspielen stets vehement abgelehnt. **Arnold Plickert**, Landesvorsitzender der GdP in NRW, sprach von einem „Generalverdacht“ gegenüber den BeamtInnen, die angesichts gewalttätig verlaufender „Rechts-/Links-Demos“ von „Opfern zu vermeintlichen Tätern gemacht werden sollen“.
Die neue schwarz-gelbe Landesregierung sah das ähnlich. Bereits im Juli 2017 hatte Innenminister **Herbert Reul** (CDU) als eine seiner ersten Amtshandlungen verkündet, die Kennzeichnungspflicht abzuschaffen, da es hierfür „keine Notwendigkeit und keine sachlichen Gründe“ gebe. Nicht zufällig dürfte die Ankündigung des bis dahin wenig profilierten Innenpolitikers im unmittelbaren zeitlichen Kontext mit den Diskussionen um die Ausschreitungen während des G20-Gipfels gestanden haben, als sich PolitikerInnen, JournalistInnen und (selbsternannte) ExpertInnen mit drastischen, nicht selten rechtsstaatswidrigen Forderungen gegenseitig zu überbieten versuchten.

### Politikum Polizei

Seit gut zwei Jahren wird die Polizei stetig aufgerüstet. Unter dem Eindruck der islamistischen Terroranschläge in Frankreich 2015 wurden die Planstellen bei Polizei — und ebenso beim Verfassungsschutz — deutlich erhöht. Bundesinnenminister **Thomas de Maiziere** (CDU) präsentierte im Dezember 2015 mit der „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Plus“ (BFE +) der Bundespolizei eine neue, mit Sturmgewehren und gepanzerten Fahrzeugen martialisch ausstaffierte Spezialeinheit, die vorgeblich in der Terrorismusbekämpfung zum Einsatz kommen soll. Aufgerüstet werden aber auch die bestehenden, mit alltäglichen Aufgaben betrauten Polizeibehörden. Anfang 2017 verkündete etwa das schleswig-holsteinische Innenministerium, G36-Sturmgewehre für die Landespolizei anzuschaffen. Kurz zuvor hatten bereits Hamburg und Bremen diese Kriegswaffen geordert. Auch in anderen Bundesländern wurden die polizeilichen Arsenale aufgestockt.
Mit der personellen und materiellen Aufrüstung ging zudem eine juristische Erweiterung polizeilicher Handlungs-

# HIER GIBT ES NICHTS ZU SEHEN!

spielräume einher. Im April 2017 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften", das für tätliche Angriffe auf PolizistInnen Freiheitsstrafen zwischen drei Monaten und fünf Jahren vorsieht (vgl. LOTTA #67). Die von Bürgerrechtsorganisationen und Anwaltsverbänden vorgebrachte Kritik, mit dem Gesetz werde ein „Sonderstrafrecht" zum Schutz von PolizistInnen geschaffen, das dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes widerspreche und „obrigkeitsstaatliche" Züge trage, verhallte weitgehend ungehört. Die nicht zuletzt symbolpolitische Bedeutung des Gesetzes wurde von dessen BefürworterInnen keineswegs geleugnet. So betonte der Bundestagsabgeordnete **Armin Schuster** (CDU), dass in dem Gesetz „ein gutes Stück Haltung und Körpersprache dieses Staates" stecke. Es gehe um „Null Toleranz gegenüber Angriffen auf den Staat." Als Angriff wird mittlerweile offenbar schon vorsichtig geäußerte Kritik an polizeilichen Maßnahmen verstanden. Nachdem etwa **Simone Peter** die Frage nach der „Verhältnis- und Rechtmäßigkeit" des Einsatzes der Kölner Polizei in der Silvesternacht 2016/2017 aufgeworfen hatte, bei dem knapp 1.000 Personen aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft überprüft, zeitweise festgehalten und von der Polizei pauschal als „Nafris" („Nordafrikanische Intensivtäter") deklariert worden waren, wurde die Bundesvorsitzende von *Bündnis 90/Die Grünen* nicht nur von den grünen LandespolitikerInnen aus NRW alleine gelassen, sondern sah sich auch mit aggressiven Anfeindungen konfrontiert, die von der *Bild* („Grün-fundamentalistisch-realitätsfremde Intensivschwätzerin"), über den CSU-Generalsekretär **Andreas Scheuer** („blauäugige Multikultiduselei") bis hin zu in den sozialen Netzwerken kolportierten Gewaltphantasien reichten. Kritik an der Polizei wurde auf diese Weise als weltfremd und illegitim stigmatisiert. Eine Haltung, die auch Hamburgs Bürgermeister **Olaf Scholz** (SPD) zum Ausdruck brachte, als er „Polizeigewalt" während des G20-Gipfels kategorisch bestritt und entsprechende Vorwürfe als „Denunziation" bezeichnete.

## Polizei im gesellschaftlichen Kräftefeld

Offenbar vollzieht sich also zur Zeit ein ‚Roll back' im Bereich der „Inneren Sicherheit", der nicht nur durch eine massive personelle, materielle und juristische Aufrüstung der Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden gekennzeichnet ist, sondern auch durch eine Diskursverschiebung, bei der menschen- und bürgerrechtliche Perspektiven gegenüber autoritären Positionen an Bedeutung verlieren. Der analytische Gehalt dieser Feststellung ist freilich in seiner Allgemeinheit zunächst relativ gering — zumal in linken Verlautbarungen seit Jahrzehnten ständig und immer wieder aufs Neue der Kampf gegen den vermeintlich oder tatsächlich heraufziehenden „Polizeistaat" beschworen wird. So legitim diese Kritik auch sein mag: Nicht selten trägt sie ritualisierte Züge. Präziser zu benennen wäre indessen, was tatsächlich neu ist am sich gegenwärtig vollziehenden Strukturwandel der „Inneren Sicherheit" und welche Facetten dieser Veränderungsprozesse eher als Reaktualisierungen traditioneller Prägungen und Leitbilder begriffen werden können. Der Versuch, die aktuel-

le Politik der „Inneren Sicherheit" im Allgemeinen und der Polizei im Besonderen zu bewerten, sollte zum einen von der Prämisse ausgehen, dass „die" Polizei keinen monolithischen „Apparat" darstellt, sondern sehr wohl von bisweilen divergierenden politischen, institutionellen und organisatorischen Interessen durchzogen ist. Polizeiliche Institutionen und vor allem deren Lobbyorganisationen firmieren demnach selbst als politische Akteure. Zum anderen agiert Polizei keineswegs in „luftleeren" Räumen, sondern innerhalb gesellschaftlich-politischer Kräftefelder, in denen Ansprüche und Erwartungshaltungen an polizeiliches Handeln formuliert werden.

Bis in die 1960er Jahre hinein war polizeiliches Handeln geprägt durch die im Deutschen Kaiserreich wurzelnde Konzeption einer autoritär ausgerichteten Staatspolizei. Deren Fixpunkt, so der Historiker **Alf Lüdke**, bildete die „Vorstellung flächendeckender Ordentlichkeit", in der die „alltägliche ‚Kleinigkeit' mit dem ‚großen Ganzen' stets direkt verknüpft" schien. Die geradezu mythologische Verklärung des Staates als gleichsam überhistorische sinn- und ordnungsstiftende Instanz, die es zu bewahren gelte, avancierte zum zentralen Referenzrahmen der nach 1945 neu aufgebauten Polizeibehörden. Diese orientierten sich während des Kalten Krieges an vorwiegend antikommunistischen Feindbildkonstruktionen, die im Kern bereits während des NS gegolten hatten. Paramilitärisch ausstaffierte Verbände der Bereitschaftspolizeien sollten befürchtete kommunistische Aufstandsbewegungen niedergeschlagen. Doch die Staatsmacht bekam es in der frühen Bundesrepublik nicht mit bewaffneten „kommunistischen Banden" zu tun, sondern mit jugendkulturellen Szenen wie den „Halbstarken", den Beatfans oder den „Gammlern", die zwar die Polizei herausforderten, keineswegs aber den gewaltsamen Umsturz im Sinn hatten. Das oftmals harte Einschreiten gegen unangepasste Jugendliche oder protestierende StudentInnen wurde am Ende der 1960er Jahre in der Öffentlichkeit zunehmend kritisch hinterfragt. Die Liberalisierungstendenzen und die Reformeuphorie der 1960er Jahre hatten auch Einfluss auf polizeiinterne Diskurse. In polizeilichen Fachzeitschriften und seitens der GdP wurde eine stärkere Bürgerorientierung postuliert, bis hin zu Überlegungen, Polizisten in erster Linie als Sozialarbeiter zu definieren.

Derartige Reformszenarien verloren mit Beginn der 1970er Jahre im Kontext der Terrorismusbekämpfung an Bedeutung. Die Polizeiapparate, vor allem das BKA und die LKÄ, wurden personell massiv aufgestockt, die Polizeibehörden insgesamt zentralisiert und spezialisiert. Der Staat demonstrierte Stärke, auch bei Demonstrationen der entstehenden Neuen Sozialen Bewegungen. Bisweilen verschwammen die Grenzen zwischen polizeilichem „Protest Policing" und Einsatzstrategien der Terrorismusbekämpfung. In diesem Sinne wiesen die polizeilichen (Selbst)Inszenierungspraktiken während der 1970er Jahre durchaus Ähnlichkeiten mit jenen im Kontext des G20-Gipfels in Hamburg auf, als mit Sturmgewehren bewaffnete SEK-Einheiten im Schanzenviertel aufmarschierten.

Diese „Remilitarisierung" avancierte zu einem Thema öffentlicher Auseinandersetzungen. Das „Brokdorf-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1985 betonte hingegen die hohe Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit und legte der Polizei ein grundsätzlich demonstrationsfreundliches und „deeskalierendes" Auftreten nahe. In den polizeiinternen Debatten standen sich VertreterInnen autoritär-staatspolizeilicher Positionen und bürgerpolizeilicher Ansätze gegenüber. Letztere gewannen zumindest in einigen Bundesländern, beispielsweise in NRW, tatsächlich an Einfluss und Gestaltungsmacht, etwa bei der Konzeption stärker kommunikativ und deeskalierend ausgerichteter Einsatzstrategien. Der Elan und die Offenheit der polizeilichen Diskurse gingen jedoch in den 1990er Jahre verloren und wichen einem neuen Pragmatismus, der seinen Ausdruck vor allem in einer „technokratischen" Bewältigung des Einsatzgeschehens fand. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 führten die gesellschaftlich weitgehend akzeptierten Verweise auf die „Sachzwänge" einer Politik der „Inneren Sicherheit" zu einer Reihe von Gesetzesverschärfungen.

## Demokratische Kontrolle der Polizei...

Als eine Antwort auf die Problematik komplizenhafter, corpsgeistähnlicher polizeilicher Binnen- und Subkulturen, den negativen Ausprägungen einer spezifischen „Cop Culture" also, fordern Menschenrechtsorganisationen die Einrichtung von „Polizeibeauftragten" bzw. Polizeibeschwerdestellen. Auch die Kennzeichnungspflicht soll missbräuchliche Gewaltanwendung durch PolizistInnen verhindern helfen. Sie existiert zur Zeit in acht Bundesländern — u.a. in Hessen und in Rheinland-Pfalz. Dort wurde zudem im Jahr 2014 die Stelle eines „Polizeibeauftragten" geschaffen, der einerseits Beschwerden von BürgerInnen nachgehen soll, andererseits aber auch als Ansprechpartner für PolizistInnen fungiert, die etwa Mobbing durch KollegInnen ausgesetzt sind. Bereits zwischen 1998 und 2001 hatte in Hamburg eine vom rot-grünen Senat eingerichtete außerparlamentarische „Polizeikommission" bestanden, der die Aufgabe zukam, mögliche strukturelle Mängel und Kontrolldefizite bei den Po-

lizeibehörden zu analysieren, um auf diese Weise polizeilichem Fehlverhalten vorzubeugen. Der im September 2001 ins Amt des Innensenators gelangte **Ronald Schill** schaffte das Gremium umgehend wieder ab — und erfüllte damit eine zentrale Forderung der Polizeigewerkschaften.

## ... und die Macht der Polizeigewerkschaften

Nach wie vor torpedieren GdP und DPolG — wie auch der wesentlich kleinere *Bund Deutscher Kriminalbeamter* — nahezu alle Forderungen und Handlungsempfehlungen, die eine breiter aufgestellte demokratische Kontrolle der Polizeibehörden ermöglichen sollen. Dabei ist der Einfluss dieser Lobbyorganisationen kaum zu überschätzen. Für Sachargumente sowie Hinweise darauf, dass in fast allen europäischen Staaten sowie in den USA eine individuelle Kennzeichnung üblich ist, sind die LobbyistInnen kaum zugänglich. Auch Bestrebungen, „Polizeibeauftragte" oder Polizeibeschwerdestellen einzuführen, stoßen bei ihnen auf massive Ablehnung. Eine entsprechende Anhörung im Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags im Februar 2016 verlief in dieser Hinsicht erwartungsgemäß. Obgleich die geladenen Sachverständigen — Lehrende an Polizeihochschulen aus NRW, Hessen und Berlin sowie mit **Udo Behrendes** ein ehemaliger leitender Polizeidirektor des Polizeipräsidiums Köln — die Einrichtung eines „Polizeibeauftragten" explizit befürworteten, lehnten die Sprecher von GdP, DPolG und BDK derartige Pläne mit der Begründung ab, durch die „Besonderheit einer Polizeibeschwerdestelle" würde „ein Misstrauen gegen die Polizei des Landes" geschürt. Damit war das vorerst letzte Wort gesprochen — einen „Polizeibeauftragten" wird es wohl in absehbarer Zeit in NRW nicht geben.

## Selbstviktimisierung als Gegendiskurs

Kernelement der von den polizeilichen Lobbyorganisationen betriebenen Verhinderungspolitik bilden die rhetorischen Muster der Selbstviktimisierung, die gezielt in Stellung gebracht werden. Im Zentrum steht die Behauptung, Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber PolizeibeamtInnen hätten dramatisch zugenommen. Es gelte daher, der Polizei finanziell, materiell und moralisch den Rücken zu stärken. Der Verweis auf die angeblich schwindende Autorität der Polizei avanciert gewissermaßen zur verbalen Generalklausel, um nicht nur bürgerrechtliche Forderungen zurückzuweisen, sondern sich auch gegenüber jeglicher Kritik zu immunisieren. So wurden die im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des NSU-Komplexes erhobenen Vorwürfe, die polizeilichen Ermittlungen seien durch rassistische Annahmen beeinflusst gewesen, von GdP und DpolG bislang pauschal zurückgewiesen, ohne sich auch nur ansatzweise mit den Argumentationsmustern der Kritik auseinanderzusetzen. **Oliver Malchow**, Bundesvorsitzender der GdP, konstatierte apodiktisch, dass es keinen strukturellen Rassismus in den Polizeibehörden gebe. Aus seiner Sicht seien derartige Behauptungen nicht zuletzt deshalb gefährlich, da sie dazu beitragen könnten, die Autorität der Polizei in Frage zu stellen und somit „zunehmend gewaltsame Übergriffe" auf PolizistInnen zu fördern. In dieser Logik bemisst sich die Legitimität von Kritik ausschließlich daran, ob sie der Polizei genehm ist oder nicht — der „Obrigkeitsstaat" lässt grüßen. Doch davon abgesehen, erscheint selbst die von den Polizeigewerkschaften kolportierte Behauptung einer steigenden Gewaltbereitschaft gegenüber PolizeibeamtInnen recht fragwürdig. So konstatiert etwa der Soziologe **Rafael Behr**, Professor an der Akademie der Polizei Hamburg, dass „der Diskurs um Gewalt gegen Polizeibeamte" sich „verselbstständigt" habe: „Das heißt, er ist moralisch geworden. Es ist eine gefühlte Gewalt, die interpretiert wird, die gemeint ist, und eben keine statistisch nachweisbare mehr."

## Der „Krieger" als polizeiliches Leitbild?

Die allenthalben beschworene Verrohung der Gesellschaft, die vermeintlich wachsende Respektlosigkeit gegenüber der Polizei und wahrgenommene Bedrohungslagen verlangen nach einem robusten Einschreiten der Staatsmacht und ihrer im politischen und medialen Diskurs zu „Helden" (*Bild*) verklärten ProtagonistInnen. Die paramilitärisch ausstaffierten Spezialverbände wie BFE+ oder SEK liefern hierfür die passenden Bilder. Inwiefern diese am Ausnahmezustand orientierten Einheiten zu Referenzstrukturen für die Polizei insgesamt avancieren werden, muss derzeit offen bleiben. „Spill over"-Effekte, also die Verwendung spezialisierter Verbände in Einsätzen, für die sie gar nicht vorgesehen waren und sind, lassen sich jedoch teilweise schon jetzt beobachten.

Der äußeren Aufrüstung folgt zudem eine innere. Innerhalb der Polizistenkultur scheinen sich die Leit- und Selbstbilder zu wandeln. „Krieger-Männlichkeit" avanciert, so Behr, zum „hegemonialen Männlichkeitsmodell" der Polizei. In die Defensive gerät hingegen das Idealbild des eher bürgerorientierten, zivilen Schutzmanns, der seine Autorität auf Erfahrung und Kommunikation gründet. „Die Vorstellung von einer Polizei als kundenorientierter Dienstleistungsorganisation in einer multikulturellen Gesellschaft" habe, resümiert Behr, „im Moment jedenfalls keine Konjunktur".

Von Matthias Lehmann und Johannes Hartwig

# Bruchlose Kontinuität

## Die Polizei im NS-Staat und in der Bundesrepublik

**„Polizei, dein Freund und Helfer" — Dieser in den 1920er Jahren etablierte Leitspruch sollte die Idee einer Polizei vermitteln, die nicht mehr vom preußischen Obrigkeitsstaat geprägt sein, sondern einem demokratischen Staatsbürgerschaftsverständnis entsprechen sollte. Nur wenige Jahre später beteiligte sich eben diese Polizei an den Deportationen in die Vernichtungslager und an Massenerschießungen. Dennoch hatte nach 1945 das Bild vom „Freund und Helfer" weiter Bestand. Viele Polizeibeamte konnten ihre beruflichen Laufbahnen trotz NS-Vergangenheit fortführen.**

Selbst in antifaschistischen Kreisen beschäftigte man sich lange Zeit eher mit SS, Gestapo und Wehrmacht als NS-Tätergruppen — obwohl es auch Bataillone von grün uniformierten Polizisten waren, die in den von der Wehrmacht „erschlossenen" Gebieten die Besatzung organisieren sollten. Und sie mordeten dabei. 600.000 ist die Mindestzahl der durch Einheiten der Ordnungspolizei getöteten Menschen. An 62 Prozent der in der Shoah begangenen Morde waren Polizisten unmittelbar, etwa durch Massenerschießungen, oder mittelbar, zum Beispiel durch Bewachung der Ghettos, beteiligt. Sie waren demnach ein entscheidendes Rädchen bei der angestrebten Ermordung aller Jüdinnen und Juden.

Der NSDAP nicht wohl gesonnene Polizeipräsidenten wurden 1933 abgesetzt, beispielsweise in Krefeld. Die mittlere Führungsebene blieb weitgehend unangetastet, Widerstand gegen die Umformung der Polizei zu einem Terrorinstrument des NS-Staates war nicht zu erwarten. Mit den „Notverordnungen" vom Februar 1933 wurden polizeilichen Willkürmaßnahmen Tür und Tor geöffnet. Organisatorisch wurde die Polizei zunehmend zentralisiert, andererseits wurde die politische Polizei aus dem Polizeiapparat herausgelöst. Mit der Verbindung von Parteiamt des „Reichsfüh-

rers SS“ und Staatsamt des Chefs der deutschen Polizei wurden 1936 Polizei und SS institutionell zusammengeführt. **Heinrich Himmler** als „Reichsführer SS“ nahm eine Neuorganisation in uniformierte Ordnungspolizei (Schutzpolizei, Gendarmerie) und nicht-uniformierte Sicherheitspolizei (Kriminalpolizei, Politische Polizei bzw. Gestapo) vor. Die Verschmelzung von SS und Polizei wurde 1939 mit der Einrichtung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) als zentrale Behörde deutscher Repressionsorgane noch verstärkt.
Im Deutschen Reich verfolgten Polizisten politische Gegner*innen und Minderheiten. Eine „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ wurde als Sonderabteilung der Polizei gegründet. Auch bei der Reichspogromnacht am 9. November 1938 waren Polizisten präsent — die Feuerschutzpolizei achtete etwa darauf, dass die Brände von Synagogen nicht auf die umliegenden Häuser übergriffen.

## Einsatz im Krieg

Im Zweiten Weltkrieg wurde in den einzelnen Wehrkreisen, die das Reich in verschiedene Verteidigungsbezirke aufteilten, über 100 Polizeibataillone mit je 500 Männern aufgestellt. Diese beteiligten sich trotz individueller Handlungsspielräume in hohem Maße an Kriegsverbrechen. Bei Massenerschießungen konnten Polizisten die Befehlsausführung verweigern, galten dann jedoch als „zu weich für den Sondereinsatz“ und wurden oft versetzt. Diejenigen, die viel schossen, wurden belohnt, durch Beförderung und größere Essens- und Alkoholrationen. Oft agierten sie ohne jede Rücksicht auf ihre Opfer und nahmen ihnen jede Menschenwürde.
Die allermeisten der etwa 24.000 in Polizeibataillonen entsandten Polizisten konnten nach der Gründung der BRD trotz teils belastender Untersuchungsergebnisse im Zuge der Entnazifizierungsmaßnahmen wieder in den Polizeidienst zurückkehren. Den alliierten Siegermächten war zumindest in groben Zügen bekannt, dass die Polizei nicht nur am Aufbau und Festigung des NS-Systems beteiligt war, sondern dass neben Gestapo und SD auch Kriminal- und Ordnungspolizei an der Ausgrenzung, Verfolgung, Deportation und dem Massenmord an politischen Gegner*innen, Sinti*sa und Rom*nja, Jüdinnen und Juden und anderen aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgeschlossener beteiligt war. Dennoch wirkten am Aufbau der Polizeibehörden nach 1945 in Westdeutschland schon bald wieder Beamte aus der Reichskriminalpolizei aktiv mit.

## Legenden und Seilschaften

Zunächst hatten die Besatzungsmächte die Polizei in ihren jeweiligen Zonen strukturiert und so die zentralisierte Struktur der Polizei im NS aufgehoben. Auch nach der Gründung der BRD blieb die Polizei prinzipiell Ländersache, auf Bundesebene entstanden der Bundesgrenzschutz und das Bundeskriminalamt (BKA). Schon an der Konzipierung des BKA war **Paul Dickopf**, später Vizepräsident und von 1965 bis 1971 Präsident des Amtes, beteiligt. Der Kriminalkommissar und SS- Untersturmführer hatte seine Polizeilaufbahn als Anwärter für den leitenden Kriminaldienst im Juni 1937 bei der Kriminalpolizei in Frankfurt am Main begonnen. An der „Führerschule“ der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg absolvierte er einen Lehrgang, bevor er im Sommer 1939 als Leiter des Kriminalpolizeilichen Erkennungsdienstes Baden nach Karlsruhe versetzt wurden. Von den Polizeibeamten, die mit Dickopf gemeinsam den Lehrgang in Berlin-Charlottenburg absolviert hatten, fanden sich erstaunlich viele nach dem Krieg in der Führungsriege des BKA wieder. Nach 1945 versuchte sich Dickopf als Widerstandskämpfer gegen den NS zu inszenieren. Dabei war er während seines Jura-Studiums 1933 dem *NS-Studentenbund* beigetreten. Auch sein Beitritt in die SS war keineswegs ein — wie er später behauptete — automatischer Angleichungsdienstgrad, sondern auf Antrag Dickopfs erfolgt.
Neben Paul Dickopf wirkte **Rolf Holler** an der Konzipierung und Aufbau des BKA mit. Holler war bereits 1930 dem *SS-Schülerbund* und der *Hitlerjugend* beigetreten und ab 1933 Mitglied der SA. Nach dem Lehrgang in Charlottenburg, den er gemeinsam mit Dickopf absolvierte, trat er 1939 der SS bei und wurde 1943 zum SS-Hauptsturmführer ernannt. Dass sich weder Dickopf noch Holle kritisch mit ihrer eigenen NS-Vergangenheit auseinandersetzten, zeigt eine 1971 gemeinsam verfasste Broschüre, in der sie die Sicherheitspolizei der Jahre 1937 bis 1945 als das Nonplusultra der fachlichen Kompetenz und Organisation darstellten. So wundert es auch nicht, dass Dickopf das BKA nach dem Vorbild der Reichskriminalpolizei aufbaute. Organisationsstruktur, Haushaltsberechnungen, Stellenpläne, Formulare und Anweisungen wurden direkt aus dieser Institution übernommen.

## „Versorgungsanstalt für alte Nazis und Verbrecher“

Unter Mitwirkung von Dickopf und Holle fanden im 1951 gegründeten BKA zahlreiche Führungskräfte aus dem Reichskriminalpolizeiamt zurück in führende Positionen. Von den insgesamt 47 leitenden Beamten des BKA im Jahr 1959 hatten nur zwei keine NS- Vergangenheit. Von den übrigen 45 waren 33 ehemalige SS-Führer, und fast die Hälfte von ihnen war direkt oder indirekt an NS-Verbrechen beteiligt. Als Beamte im Reichskriminalpolizeiamt wirkten sie

daran mit, Homosexuelle, Sinti*sa und Rom*nja, sogenannte „Asoziale" sowie „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher" in Konzentrationslager einzuweisen. 15 dieser leitenden BKA-Beamten waren während des NS Mitglieder in Polizeibataillonen und somit sehr wahrscheinlich direkt an Massenerschießungen in Osteuropa beteiligt.

In der Sowjetischen Besatzungszone waren bereits Ende der 1940er Jahre 90 Angehörige des *Polizeibataillons 304* durch sowjetische Militärtribunale zum Tode verurteilt worden. Vor bundesdeutschen Gerichten fanden erst in den 1960er Jahren mehrere Strafprozesse gegen Angehörige der für Massenerschießungen verantwortlichen Polizeibataillone statt. Dabei wurden nur in Einzelfällen Täter schuldig gesprochen. So etwa im Prozess gegen Mitglieder des *Polizeibataillons 306* vor dem Landgericht Frankfurt am Main. Dem Kompaniechef **Günter Waltz** konnten mehrere Erschießungen nachgewiesen werden, er wurde 1965 zu 13 Jahren Haft verurteilt. Das Landgericht Wuppertal verurteilte 1968 mehrere Angehörige des *Polizeibataillons 309* zu lebenslangen Freiheitsstrafen, doch der Bundesgerichtshof hob die Urteile 1971 weitestgehend wieder auf. Erst zwei weitere Urteile gegen Angehörige des Bataillons ebenfalls vor dem Landgericht Wuppertal 1973 hatten Bestand. Gegen einen weiteren Angeklagten wurde ein Revisionsverfahren vor dem Landgericht Darmstadt 1977 eingestellt. In weiteren Verfahren gegen Angehörige mehrere Polizeibataillone wurden die Angeklagten mit der Begründung, sie hätten im Befehlsnotstand gehandelt, freigesprochen.

Einige der an Massenerschießungen beteiligten Polizeibeamten konnten ihrer Polizeikarriere auch in der BRD weiter fortsetzen. Nicht nur beim BKA sammelten sich Kriminalbeamte mit NS-Vergangenheit, in den Landeskriminalämtern sah es nicht viel anders aus. In NRW waren 50 bis 60 höhere Kriminalbeamte ehemalige SS-Angehörige, so etwa die Chefs der Kriminalpolizei in Aachen, Bonn, Gelsenkirchen, Krefeld, Mönchengladbach, Köln, Essen und Mülheim/Ruhr.

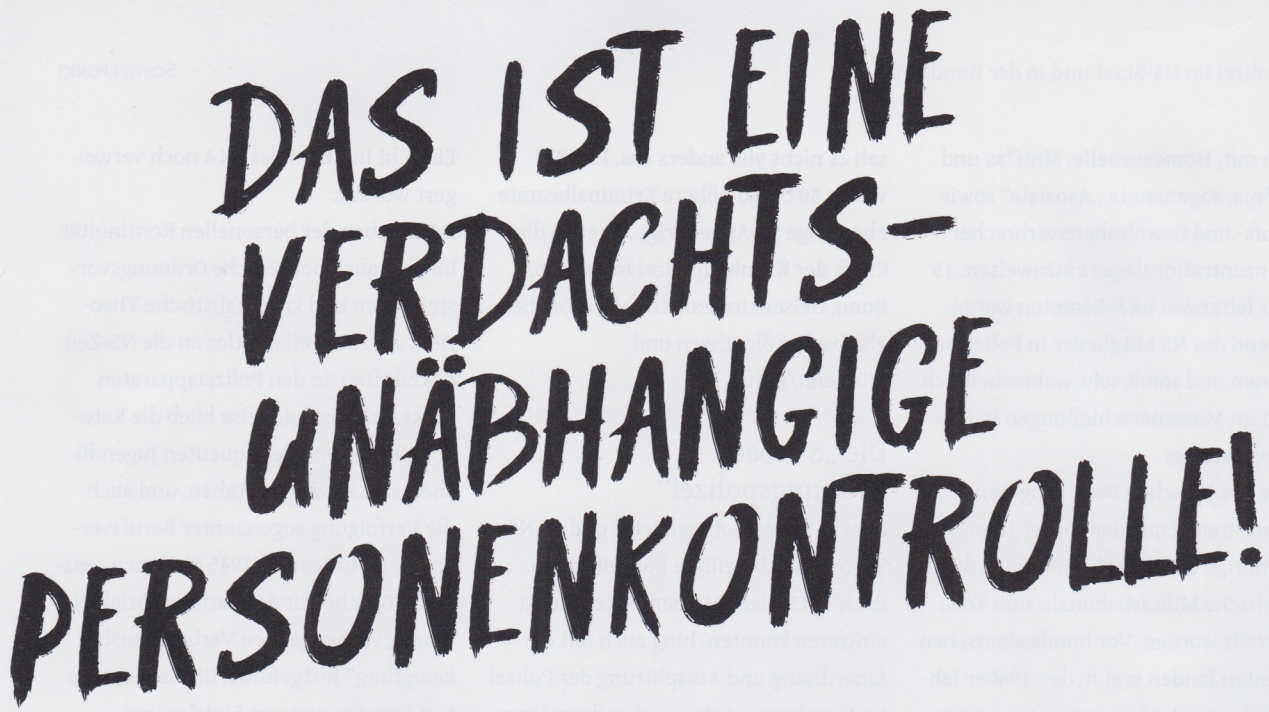
## Die „Saubere Ordnungspolizei"

Dass so viele SS-Angehörige und an NS-Verbrechen beteiligte Polizeibeamte nach 1945 wieder in den Polizeidienst eintreten konnten, hing auch mit der Einordnung und Aufsplittung der Polizei im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess zusammen. Lediglich die Gestapo, der SD sowie die SS wurden als verbrecherische Organisationen benannt. Kriminal- und Ordnungspolizei galten als „nicht belastet". Dementsprechend wurde die NS-Vergangenheit der Beamten kaum beleuchtet, die sich zudem gegenseitig „Persilscheine" ausstellten. Auch Ende der 1960er bestand noch ein Viertel des BKA-Führungspersonals aus ehemaligen SS-Angehörigen, die Hälfte aller Beamten waren zuvor NSDAP-Mitglieder gewesen.

Erst als Anfang der 1970er Jahre der größte Teil der alten noch im NS aktiven Kriminalbeamten in den Ruhestand ging, setzten Reformen ein. Beispielsweise in der Polizeiausbildung, die bis dahin stark militärisch geprägt war. Doch bis sich das BKA kritisch mit seiner NS-Vergangenheit befassen sollte, sollten noch über 30 weitere Jahre vergehen. Erst 2007 setzte man sich in mehreren Kolloquien mit der eigenen Geschichte auseinander und gab eine Studie in Auftrag, die sich mit den NS-Kontinuitäten in der eigenen Behörde beschäftigt. Nur wenige Jahre zuvor war dem Ex-Kriminalbeamten **Dieter Schenk**, der 2001 seine Studien zu den „Braunen Wurzeln des BKA" veröffentlichte, eine Einsicht in Akten des BKA noch verweigert worden.

Doch neben der personellen Kontinuität blieben auch polizeiliche Ordnungsvorstellungen und kriminalistische Theorien, die zum Teil nahtlos an die NS-Zeit anknüpften, in den Polizeiapparaten wirksam. Beispielsweise blieb die Kategorisierung von delinquenten Jugendlichen als „asozial" bestehen, und auch die Verfolgung sogenannter Berufsverbrecher wurde nach 1945 ohne nennenswerte Brüche mit der nationalsozialistischen „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" fortgeführt. Die rassistische Sondererfassung von Sinti*sa und Rom*nja in der „Bayerischen Landfahrerzentrale" griff direkt auf die im NS erstellten Akten zurück, mit denen die Polizei zum Teil bis in die 1980er Jahre arbeitete.

Insgesamt ging der „Wechsel" von der Diktatur in die Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg also für die Polizei mit erstaunlichen Kontinuitäten einher, die noch weiterer Aufarbeitung bedürfen.




Von Maximilian Pichl

# Nicht nur das Fehlverhalten Einzelner ist das Problem

## Zum institutionellen Rassismus im deutschen Polizeiapparat

**Obwohl nicht nur von Menschenrechtsorganisationen, sondern auch von der UN Rassismus in der deutschen Polizei benannt wird, wird sich an den behördlichen Praktiken in naher Zukunft kaum etwas ändern. Eine Kritik am institutionellen Rassismus.**

Deutsche Behörden leugnen institutionellen Rassismus. Zu diesem Ergebnis kam die Untersuchung „Leben in Unsicherheit — Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt" der Deutschland-Sektion von *Amnesty International*, die Mitte 2016 veröffentlicht wurde. Der Bericht konstatiert, dass trotz der Erfahrungen aus dem NSU-Komplex die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden rassistische Straftaten nicht erkennen und Betroffene nicht hinreichend unterstützen. Zum selben Ergebnis kommt eine Untersuchung der *Vereinten Nationen*. Im Februar 2017 bereiste eine Delegation der UN deutsche Städte und traf sich mit Vertreter*innen staatlicher Institutionen, aber auch mit migrantischen Aktivist*innen. Letztere berichteten davon, dass insbesondere Menschen aus afrikanischen Communities in nicht wenigen Teilen Deutschlands der Gefahr rassistisch motivierter Gewalt ausgesetzt sind. Die Angst sei so groß, dass die betreffenden Personen bestimmte Stadtteile oder Gebiete meiden würden. Als Opfer werde diese Gruppe jedoch nicht genügend anerkannt, kritisierten die UN-Vertreter*innen auf ihrer Pressekonferenz. Zudem wurde deutlich Kritik daran geäußert, dass trotz des allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes nach Art. 3 Abs. 1 GG durch deutsche Behörden rassistische Praktiken angewendet werden. Dazu zählen sie zum Beispiel das Racial Profiling der Polizei, bei dem Menschen vornehmlich aufgrund ihres Aussehens kontrolliert werden.

### Kritik an der Polizei ist unerwünscht

Die heftige Kritik von Menschenrechtsorganisationen und den *Vereinten Natio-*

*nen* hat jedoch kaum politische Folgen. Im Gegenteil: Eine grundsätzliche Kritik an der Polizei und ihrer rassistischen Praktiken ist in Deutschland verpönt. Der Einsatz der Kölner Polizei in der Silvesternacht 2016/2017 ist hierfür ein eindrückliches Beispiel. Nachdem die Polizei ein Jahr zuvor von der Öffentlichkeit angeprangert wurde, dass sie schwere Straftaten, darunter sexuelle Übergriffe gegenüber Frauen, auf der Kölner Domplatte nicht verhindert hatte, zeigte sie in der Nacht von 2016 martialische Präsenz. Dabei setzte sie unter anderem fast 1.000 Personen in einem Polizeikessel fest. Über Twitter warnte die Polizei vor sogenannten „Nafris" — was in der internen Behördenkommunikation für „nordafrikanische Intensivstraftäter" steht und schnell als diffamierende Abkürzung für Menschen aus Nordafrika allgemein in den öffentlichen Sprachgebrauch einging. Kurz nach dem Einsatz stellte die grüne Parteichefin **Simone Peter** dessen Rechtmäßigkeit in Frage. Doch anstatt über die offenkundig rassistisch motivierten Kontrollen zu diskutieren, wurde Peter öffentlich angegriffen. Selbst grüne „Parteifreunde" gingen deutlich zu ihr auf Distanz. Aufgrund der Ereignisse des Vorjahres dürfe man die Polizei nicht kritisieren, schon gar nicht pauschal rassistische Motive bei den Kontrollen unterstellen. Dabei hatte Peter nur das rechtsstaatliche Minimum eingefordert, also zu prüfen, ob die Maßnahmen grundrechtskonform und verhältnismäßig waren. Eine Kritik an staatlichen Instanzen, eigentlich eine demokratische Selbstverständlichkeit, wird im Falle der Polizei und möglicher institutionell rassistischer Strukturen oft suspendiert. Später musste die Polizei indes selbst einräumen, dass ihre Begründung des Einsatzes nicht stimmte. Auf einem Symposium Mitte September 2017, auf dem der Einsatz mit Expert*innen aufgearbeitet wurde, gab die Polizei zu, dass sich im Vorfeld keine großen Männergruppen verabredet hatten, um nach Köln zu reisen und Straftaten zu begehen. Auch fanden sich unter den Kontrollierten keine Verdächtigen der Vorfälle von Silvester 2016/2017. Die eigenen Erkenntnisse hielten die Polizei jedoch nicht davon ab, auch für die kommende Silvesternacht ein Schreckensszenario zu prognostizieren. Man erwarte erneut, dass große Männergruppen nach Köln und in andere Städte von NRW reisen würden, hieß es aus Polizeikreisen. Wie diese Aussage mit den eigenen Untersuchungsergebnissen in Einklang zu bringen ist, wurde nicht weiter erörtert.

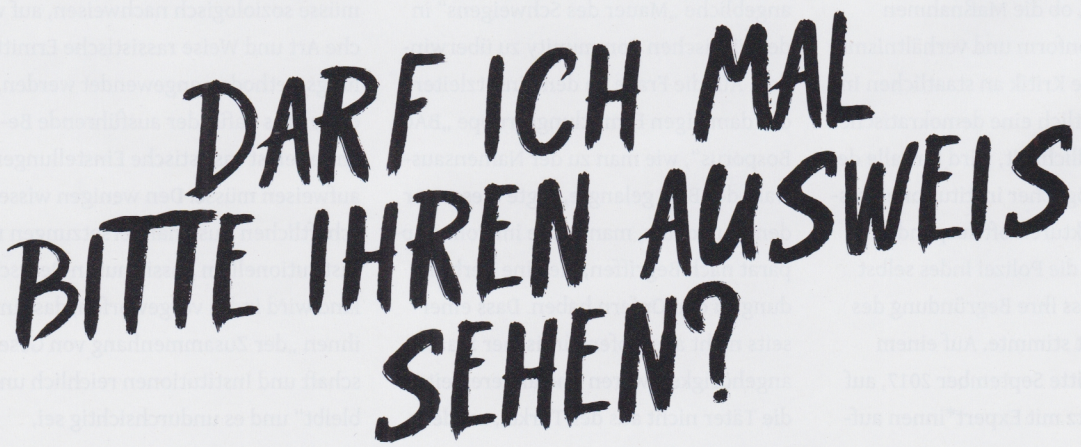
Auch im NSU-Komplex wird der Begriff des institutionellen Rassismus vermieden. Die Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags zur NSU-Mordserie haben sich unter anderem mit den Ermittlungsmethoden der Polizei auseinandergesetzt. Gerade der erste Abschlussbericht von 2013 zeigt auf vielen Seiten detailliert, wie rassistische Methoden dazu beitrugen, dass vorrangig gegen die Betroffenen und Angehörigen der Taten, nicht aber gegen die rechte Szene vorgegangen wurde. Die Polizei missachtete bei den NSU-Ermittlungen grundlegende Prinzipien einer rechtsstaatlichen Strafermittlung, indem Beamte beispielsweise Hinterbliebene der Betroffenen vorsätzlich belogen, um die angebliche „Mauer des Schweigens" in der türkischen Community zu überwinden. Auf die Frage an den Einsatzleiter der damaligen Ermittlungsgruppe „BAO Bosporus", wie man zu der Namensauswahl der BAO gelangte, sagte dieser vor dem Ausschuss, man suche im Polizeiapparat nach Begriffen, die eine Verbindung zu den Opfern haben. Dass einerseits nicht alle Opfer türkischer Staatsangehörigkeit waren und andererseits die Täter nicht aus der Türkei, sondern aus Deutschland stammten, zeigt bereits, wie rassistische Vorurteilsstrukturen innerhalb der Polizei effektive Ermittlungen behindern. Obwohl der Ausschuss diese und weitere Beispiele öffentlich machte, scheute man sich im gemeinsam getragenen Abschlussbericht davor, den Begriff institutioneller Rassismus zu verwenden. Insbesondere die Fraktion von CDU/CSU wollte nicht den Eindruck erwecken, dass man die Polizeibehörden grundsätzlich kritisieren wolle. Lediglich in den Sondervoten einiger Fraktionen werden die Methoden der Polizei als rassistisch beurteilt.

## Reformen verändern nicht die Ursachen

Dass die öffentliche Debatte über diese Fälle so schwer zu führen ist, hängt auch damit zusammen, dass — wenn überhaupt — in der Regel nur das Fehlverhalten einzelner Beamter kritisiert und anschließend der Nachweis verlangt wird , dass gerade dieser eine Beamte von rassistischen Motiven geleitet war. Doch darauf kommt es bei der Kritik an institutionell rassistischen Strukturen gerade nicht an. Der französische Ethnograph **Didier Fassin** hat in seiner Untersuchung „Enforcing Order" über 15 Monate lang die Praktiken einer Pariser Polizeistation, just zum Zeitpunkt der Banlieu-Aufstände von 2005, beobachtet. Fassin plädiert dafür, auf die institutionellen Besonderheiten zu achten. Man müsse soziologisch nachweisen, auf welche Art und Weise rassistische Ermittlungsmethoden angewendet werden, ohne dass dafür der ausführende Beamte selbst rassistische Einstellungen aufweisen müsse. Den wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit institutionellem Rassismus in Deutschland wird indes vorgeworfen, dass in ihnen „der Zusammenhang von Gesellschaft und Institutionen reichlich unklar bleibt" und es undurchsichtig sei,

„woher der Rassismus und die definitorische Arbeit kommt, die zur Ausgrenzung führt", wie die Soziologin **Manuela Bojadzijev** kritisiert. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass aus der Wissenschaft und Politik nur bescheidene Reformvorschläge geäußert werden, um institutionellem Rassismus zu begegnen. Zu den Standard-Vorschlägen gehört zum Beispiel die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle, menschenrechtsorientierte Ausbildungen der Polizei-Beamt*innen und eine Anwerbung von Migrant*innen für den Polizeidienst. Zwar ist gegen solche kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen nichts einzuwenden, die eigentlichen Ursachen für institutionellen Rassismus werden dadurch aber nicht beseitigt.
Vertreter*innen der im US-amerikanischen Kontext entstandenen Critical Race Theory haben vielfach betont, dass sich Rassismus und Recht gleichursprünglich entwickelt haben. Es reiche nicht aus, der Polizei schlicht die Pflicht aufzuerlegen, sich an das Recht zu halten, weil die rechtlichen Strukturen selbst rassistisch seien. Bereits die liberale Gesellschaftsvertragstheorie basiere auf rassistischen Konzeptionen des „Anderen" und „Fremden", so dass rassistische Praktiken keinesfalls nicht-intendierte Effekte, sondern gerade Ausdruck des liberalen Rechtsverständnisses seien. Der Philosoph **David Theo Goldberg** hat in seinem Buch „The Racial State" die These vertreten, dass das Konzept „race" wesentlich sei, um den modernen Staat zu verstehen. Die historische und strukturelle Verwobenheit zwischen Recht und Rassismus stellt das liberale Rechtsprojekt in Frage, das eigentlich auf der Gleichheit vor dem Gesetz basiert. Um diesen Widerspruch zu umgehen, beschreibe sich das Recht als unschuldig für rassistische Strukturen, wie der Rechtswissenschaftler **Peter Fitzpatrick** ausführt. Was Fitzpatrick unter der „Unschuldigkeit des Rechts" konkret versteht, lässt sich exemplarisch am Beispiel des Racial Profiling in Deutschland zeigen. Die Polizei legitimiert ihre Kontrollen unter Bezugnahme auf § 22 Abs. 1a Bundespolizeigesetz. Demnach darf die Bundespolizei in Zügen Personen anhalten und ihre Papiere prüfen, sofern auf Grund von Lageerkenntnissen oder grenzpolizeilicher Erfahrung anzunehmen ist, dass die Transportmittel zum Zweck der unerlaubten Einreise genutzt werden. Was mit Lageerkenntnissen oder der grenzpolizeilichen Erfahrung gemeint ist, wird im Recht nicht näher definiert. Es ist daher alleine eine Angelegenheit der Polizei, diese Begriffe mit Inhalt zu füllen, die Rechtsnorm selbst muss dafür nicht rassistisch formuliert sein. Die Polizei fühlt sich im Recht, wenn sie unter Rückgriff auf „grenzpolizeiliche Erfahrungen" vor allem Menschen kontrolliert, die nicht wie der oder die „Durchschnittsdeutsche" aussehen. Dass dabei immer wieder Menschen mit einem deutschen Pass kontrolliert werden, ist jedoch offenbar kein Grund für die Polizei, ihr Erfahrungswissen zu überdenken. Auch diverse Gerichtsurteile, die Racial Profiling als grundrechtswidrig bewerten, haben nicht zu einer Einstellung der rassistischen Praxis geführt. Neben dieser grundsätzlichen Problematik des Rechts, ist zudem darauf hinzuweisen, dass die Polizei kein reines Vollzugsorgan des Rechts ist, sondern selbst als politischer Akteur mit eigenen Interessen auftritt. Dies wird nicht nur bei politisch motivierten Einsätzen wie anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg deutlich. Der Einsatz zur Kölner Silvesternacht 2016 diente offensichtlich dazu, die massive öffentliche Kritik an der Kölner Polizei zu entkräften und dieses Mal „Stärke" zu zeigen.

Diese Erkenntnisse sind folgenreich für die antifaschistische, wissenschaftliche und journalistische Auseinandersetzung mit der Polizei: Eine Kritik des institutionellen Rassismus im Polizeiapparat muss zugleich mit einer Kritik des Rechts und einer Wahrnehmbarkeit der Polizei als politischem Akteur einhergehen.



Von Torben Heine

# Freund oder Feind?

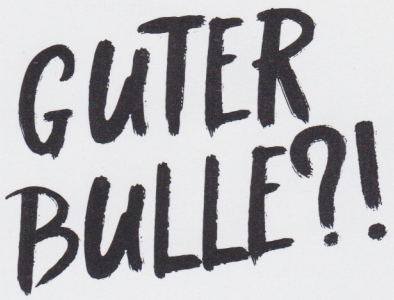
## Das ambivalente Verhältnis der Neonazis zur Polizei

**Das Verhältnis von Neonazis zur Polizei ist ein ambivalentes: Einerseits wird die Polizei als repressives Organ des „Systems" wahrgenommen, anderseits wird durchaus zwischen der Polizeiführung und den rangniederen BeamtInnen unterschieden. Letztere sieht man als Teil des Volkes und als zumindest potenzielle Verbündete.**

Im Oktober 2016 erschoss ein Anhänger der „Reichsbürgerbewegung" in Bayern einen SEK-Beamten, als die Polizei sein Haus stürmte. Der Fall erregte bundesweit Aufsehen und wurde auch mit der extrem rechten Ideologie eines großen Teils der diffusen „Reichsbürger"-Szene in Verbindung gebracht. Andere Morde an PolizistInnen durch Neonazis liegen länger zurück. 2007, zehn Jahre vor der — dem NSU zugeschriebenen — Ermordung **Michelle Kiesewetters** in Heilbronn, erschoss der Berliner Neonazi **Kay Diesner** einen Polizeibeamten auf einer Autobahn-Raststätte in Schleswig-Holstein. Diesner befand sich auf der Flucht, weil er vier Tage zuvor ein Attentat auf den linken Buchhändler **Klaus Baltruschat** in Berlin verübt und diesen schwer verletzt hatte. Im Juni 2000 erschoss **Michael Berger** drei Polizisten in Dortmund und Waltrop (Kreis Recklinghausen), was von der lokalen Szene mit der Parole „3:1 für Deutschland" bejubelt wurde. Anhand der in der Neonazi-Szene kursierenden Bewertungen dieser beiden Taten lässt sich deren Verhältnis zur Polizei nachzeichnen.

Die *Freie Stimme*, die Zeitschrift der damals in NRW führenden Neonazi-Kameradschaft *Sauerländer Aktionsfront* (SAF), zeigte damals Verständnis für Diesner. Ihm wurde bescheinigt, dass er sich bei der Routinekontrolle durch die Polizei „einwandfrei in einer Notwehrsituation" befunden habe, weil er nicht „wegen des Kommunisten für Jahre in den Knast gesteckt" werden wollte. „Daß ein deutscher Familienvater tot ist, bedauern wir. Wer sich aber als Polizist in den Dienst eines Staates stellt, muß immer damit rechnen, von Kriminellen oder Staatsfeinden erschossen zu werden — in jedem Staat! Der Polizist kannte sein Risiko — wie auch seine zu bedauernde Frau", hielt die SAF-Postille fest.

Auch die den Rechtsterrorismus propagierende Zeitschrift *Reichsruf* solidarisierte sich mit Diesner, grenzte dessen Mord aber von der „Amokfahrt" des „Geisteskranken" Michael Berger ab, dem keine Solidarität zuteil werden solle. Unter der Überschrift „TOTER BULLE — GUTER BULLE?" wurde erklärt: „Bulle ist nicht gleich Bulle, hierüber dürfte Einigkeit herrschen, auch wenn jeder einzelne von ihnen Akteur und Diener des Systems ist. Dies ist jedoch noch lange kein Freischein sie für vogelfrei zu erklären und wahllos ab zu knallen." Nicht jeder Polizist sei als Feind der „nationalsozialistischen Bewegung" anzusehen, ausgenommen die „Polit-Cops" des Staatsschutzes, die „als Kollektiv unser Feind" seien und um die man sich „speziell kümmern" müsse. Auch der *Reichsruf* resümierte, dass in Notwehr-Situationen natürlich geschossen werden dürfe, schließlich befinde man sich im „Krieg mit dem System und somit auch mit allen seinen Dienern, Erhaltern und Beamten". Der versuchte Mord an dem Buchhändler Baltruschat wird in dem Artikel nicht diskutiert. Die Legitimität der Erschießung eines Linken steht für die un-




bekannten VerfasserInnen außer Zweifel.

## PolizistInnen als Feinde

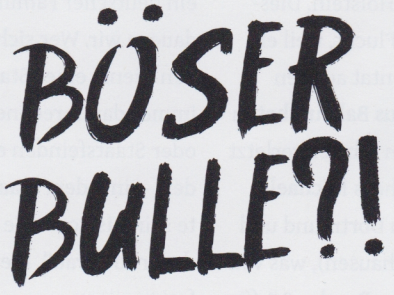
Die Polizei wird in den Augen der Neonazis vor allem dann zum Feind, wenn sie sich deren Machtansprüchen und Raumnahmen im Zusammenhang mit Konzerten oder Demonstrationen entgegenstellt und polizeiliches Einschreiten zu Gewalt führt. Ein Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Neonazis in Dortmund. In dem als „Nazi-Kiez" reklamierten Stadtteil Dorstfeld lieferten sich Neonazis am Abend ihres Aufmarsches „Tag der deutschen Zukunft" im Juni 2016 eine Straßenschlacht mit der Polizei, ebenso in der Silvesternacht 2015/2016. Die daraufhin eingeleitete Ermittlungsverfahren beklagte die Szene als „Polizeiwillkür."

Auf diese reagieren die Dortmunder Neonazis seit Jahren mit der Anmeldung weiterer Kundgebungen, gerne an Terminen wie Heiligabend und Silvester. Unter dem Motto „Euren Feierabend bestimmen wir" soll die Polizei vor allem genötigt werden, sich im Sinne der Neonazis bei deren Aufmärschen „versammlungsfreundlich" zu verhalten. Insbesondere nach der Einrichtung einer Sonderkommission gegen „Rechtsextremismus" bei der Polizei Dortmund, die unter anderem 2012 das Verbot des *Nationalen Widerstands Dortmund* umsetzte und 2013 ein Rechtsrock-Konzert in Herne auflöste, fuhren die Neonazis eine regelrechte Kampagne gegen den Polizeipräsidenten **Norbert Wesseler** und dessen Staatsschutz-Leiter **Walter Kemper**. Die Absetzung Kempers war sogar Thema einer eigenen Demonstration. Bei der Bundestagswahl 2013 wurde dieser Forderung ein eigenes Plakat des Dortmunder *Die Rechte*-Kreisverbands gewidmet. Als „Stadt Schutz Dortmund" inszenieren sich Dortmunder Neonazis zudem selbst als quasi-polizeiliche Ordnungsmacht.

## Unfähige Freunde?

Diese Janusköpfigkeit in dem Verhältnis der extremen Rechten zur Polizei beschreibt eine Forschungsgruppe unter Leitung des Politikwissenschaftlers **Christoph Kopke.** „Neben der weiter bestehenden traditionellen positiven Sicht auf die Polizei als Ordnungsfaktor aus einer grundsätzlichen Affinität zum ‚starken Staat' heraus", heißt es in einer Untersuchung aus dem Jahr 2013, sei „die Entwicklung eines spezifischen rechtsextremen ‚Feindbildes Polizei' festzustellen". Am polizeifeindlichsten äußerten sich dabei Neonazis der „Freien Kräfte" sowie Liedtexte von Rechtsrock-Bands. Polizeiliche Maßnahmen gegen Neonazis würden häufig pauschal als unbegründet, überzogen oder rechtswidrig bewertet. Zugleich werde die Polizei als unfähig oder unwillig beschrieben, Kriminalität, insbesondere angebliche „Ausländerkriminalität" oder Straftaten von Linken, zu bekämpfen. Diese behauptete Unfähigkeit der Polizei würden die Neonazis zum Anlass nehmen, Selbstjustiz in Form von Bürgerwehren oder erleichterten Waffenbesitz zu fordern. „Eine eigentlich gute Polizei wird von einer schlechten Polizeiführung angeleitet. Die Polizei wird missbraucht, um politisch missliebige Jugendliche zu verfolgen", so die Zusammenfassung der Studienautoren eines in der extremen Rechten weit verbreiteten Narrativs. Handshakes und Bekanntschaften zwischen Neonazis und PolizistInnen, wie sie gelegentlich öffentlich werden, sind deshalb aus Sicht der Neonazis nicht grundsätzlich verwerflich.

Trotz der in den subkulturellen Milieus des Neonazismus zur Schau gestellten Feindschaft gegenüber der Polizei: Abschaffen wollen Neonazis die von ihr als „Repressionsapparat" bezeichnete Institution nicht. Selbst der *Reichsruf*, jene Neonazi-Zeitschrift, die sich Gedanken über das legitime Erschießen von PolizistInnen machte, hielt in ihrem Artikel fest, dass jeder Staat, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, eine Polizeibehörde benötige. Und mit Hilfe „ihrer" Polizei würden Neonazis nach der „nationalen Revolution" gerne gegen politische GegnerInnen und andere „Volksfeinde" vorgehen.



# ACHTUNG, ACHTUNG...

Von Pia Gomez

## F'AfD the police

### Die AfD genießt Sympathien auch bei der Polizei

**Valide Zahlen über AfD-Sympathisant*innen bei der Polizei liegen nicht vor. Aber es häufen sich Vorfälle, die eine Nähe rechtsorientierter Polizist*innen zur AfD verdeutlichen. Kein Wunder — die autoritären Law-and-Order-Parolen der Partei werden populistisch angereichert mit Lobeshymnen auf „unsere Polizei". Mit der Folge, dass zunehmend auch Polizeibeamt*innen mit Sympathien für die AfD in Erscheinung treten.**

Ende 2015 trug **André Grashof** von der „Volksinitiative verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten" bei einer Anhörung im Berliner Innenausschuss deren Anliegen für eine Lohnerhöhung vor: 20.000 Unterschriften hatte die Initiative dafür gesammelt. In der Anhörung erinnerte der Kriminalbeamte Grashof an die Tatsache, dass die Staatsdiener*innen bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 inklusive Angehörige ein Potenzial von 110.000 Wählerstimmen darstellen, eine Zahl die über „Sieg oder Niederlage" entscheiden könne. Die frustrierten Beamt*innen könnten daher auch „zur Wahl einer Protestpartei" neigen. Das ließ sich als deutliche Anspielung auf die AfD verstehen.

Auch im Amt häufen sich Sympathiekundgebungen: Im März 2016 parkte ein Streifenwagen bei einer AfD-Kundgebung in Jena. Die Beamten hatten eine Ausgabe des *Compact*-Magazins hinter der Windschutzscheibe geklemmt, auf dessen Cover **Frauke Petry** mit der Unterschrift „Die bessere Kanzlerin" zu sehen war. Nach Medienberichten über den Vorfall wurden die Beamten versetzt.

Bemerkenswerte Einschätzungen zur AfD lassen sich aus einer Strafanzeige einer Berliner Polizeibeamtin und der „zeugenschaftlichen Äußerung" ihres Kollegen herauslesen. Anlass war ein Einsatz im Oktober 2015 bei einer AfD-Kundgebung in Berlin, wo eine Gegendemonstrantin laut Polizeiangaben gegen das Vermummungsverbot verstoßen habe. In der Anzeige gegen sie wird die AfD aus polizeilicher Sicht als eine „bürgernahe und konservative Partei bewertet". Nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde eines Anwaltes erklärte die polizeiliche Beschwerdestelle: „Ich kann Ihnen versichern, dass die Polizei Berlin allen in unserem Land vertretenen und nicht verbotenen Parteien neutral gegenüber steht." Die Beamtin habe versichert, „dass ihre Äußerung keine politische Bewertung beinhaltet". Erst auf Anfrage des *Tagesspiegels* hingegen erklärte der Berliner Polizeisprecher **Stefan Redlich**, dass die Bewertung „missglückt" sei.

### Rechtspopulistische Anbiederung

Die häufigen polizeilichen Sympathiebekundungen zur AfD verwundern nicht. Menschen, die sich in hierarchischen Systemen wohlfühlen, wie sie auch Polizeiapparate darstellen, können sich ebenso für repressive Strategien in der

# HIER SPRICHT DIE POLIZEI!

Politik begeistern. Schon Ende der 1980er Jahre wurden Zahlen zu überdurchschnittlichen polizeilichen Affinitäten zu den *Republikanern* veröffentlicht. Rechtspopulistische Parteien wie REP, *Bund freier Bürger*, *Die Freiheit* und besonders die *Schill-Partei* haben sich seit jeher mit rechten Law-and-Order-Parolen bei der Polizei angebiedert. Auch bei der AfD gibt es keine Kundgebung und keinen Parteitag ohne ausschweifende Lobeshymnen auf „unsere Polizei".

Programmatisch tritt die AfD als autoritäre und rechte Ordnungskraft in Erscheinung. In ihrem Wahlprogramm fordert die Partei unter dem Kapitel „Innere Sicherheit" zur „wirksamen Bekämpfung der Ausländerkriminalität" eine „zwingende Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität". Auch Ausbürgerungen sollen ermöglicht werden „bei erheblicher Kriminalität [...], bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS), bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die Rücknahme der Einbürgerung zur Staatenlosigkeit führt". Hierzu sei Art. 16 Abs. 1 GG entsprechend zu ändern.

Hier offenbart sich das völkische Staatsbürgerschaftsverständnis der AfD. Denn ausgebürgert werden kann nur jemand, der oder die Deutsche/r ist. Dass die Forderung jedoch unter „Ausländerkriminalität" verhandelt wird, zeigt, dass für die AfD auch ein/e eingebürgerte/r deutsche/r Staatsbürger*in weiterhin als „Ausländer" gilt. Zweitens ist diese Forderung grundgesetzwidrig, weshalb die AfD folgelogisch auch das Grundgesetz dahingehend verändern will. Ausbürgerung missliebiger eigener Staatsbürger*innen war Praxis zur Zeit der NS-Herrschaft. Im Jugendstrafrecht plädiert die AfD für Verschärfungen in Form von Absenkung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre und die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts mit dem Erreichen der Volljährigkeit. Genau diese Forderungen stellt beispielsweise die *Deutsche Polizeigewerkschaft* schon seit Jahren.

Der Reform der Polizei ist ein eigenes Unterkapitel gewidmet. Dort heißt es: „Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen persönlichen Einsatzes der Polizeibeamten in Bund und Ländern nicht angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und zum Teil empörend miserable soziale Absicherung." Gefordert wird unter anderem: „Neustrukturierung der Bundespolizeien unter einheitlicher Führung", „gleiche Besoldung bundesweit durch eine eigene Besoldungsordnung für Polizei" sowie „bezahlte Überstunden". Die AfD versucht, sich als eine die Polizei in jeder Hinsicht unterstützende Partei zu inszenieren und damit zugleich ihre menschen- und demokratiefeindlichen Stoßrichtungen zu kaschieren.

## Polizist*innen in der AfD

In der Positionierung zu Eingewanderten und Geflüchteten werden rassistische und autoritäre Haltungen in der AfD deutlich sichtbar. Gerade Polizist*innen, die für die rechtspopulistische Partei in Erscheinung treten, weisen dies auf — so etwa auf der Landeswahlversammlung der AfD im Dezember 2016 in Euskirchen. Dort stellte sich **Dietmar Gedig**, AfD-Kreisvorstandsmitglied in Solingen und stellvertretender Sprecher des NRW-Landesverbands der

*Jungen Alternative*, als Kandidat für die Landtagswahlen in NRW vor. Der Polizeibeamte suchte mit markigen Worten um Zustimmung, indem er die Bundeskanzlerin **Merkel** in Bezug auf die Aussetzung des Dublin-Abkommens im Sommer 2015 als „wahnsinnig" und „kriminell" bezeichnete. Auch Justizminister **Heiko Maas** gehöre weggesperrt. Der frühere Kriminalhauptkommissar **Mario Lehmann** ist AfD-Abgeordneter im Parlament von Sachsen-Anhalt. In einer Landtagsdebatte bezeichnete er Migranten als „Ficki-Ficki-Fachkräfte". Mit **Lars Herrmann** zieht auf der sächsischen Landesliste ein Oberkommissar der Bundespolizei für die AfD in den Bundestag ein. In Einsätzen am Flughafen in Frankfurt am Main hat er nach eigener Darstellung die „Ausreise, in der Hauptsache von nordafrikanischen Staatsangehörigen, tatkräftig mit realisiert". Er fordert eine unverzügliche Abschiebung von Ausländern ohne Aufenthaltserlaubnis — auch ohne finanzielle Anreize, „da dies noch mehr Begehrlichkeiten" wecken könne. Im Hinblick auf Straftäter plädiert er für „Abschreckung, Vergeltung, Sühne und Wiedergutmachung statt Kuscheljustiz". Etwas moderater drückt sich sein Leipziger Parteifreund **Christoph Neumann** aus, der nun ebenfalls im Bundestag sitzt und zudem Mitglied der Programmkommission der AfD in Sachsen und auf Bundesebene ist. Doch auch Neumann, der als Polizeibeamter im Bundesgrenzschutz Berlin gearbeitet hat, will „die Grenzen besser schützen und Einwanderung stärker regulieren".

## Sympathien für Rechtsaußen

Das sieht der sächsische Polizeibeamte **Karsten Hilse**, nun ebenfalls AfD-Bundestagsabgeordneter, genau so. Er fordert, dass an den Grenzen wieder Bundespolizisten stehen und die Bundeswehr die Grenzen sichern solle: „Unbegrenzte und unkontrollierte Aufnahme und Einwanderung ist gefährlich." Auf einer AfD-Veranstaltung in Bautzen behauptete er, dass 90 Prozent seiner Polizeikollegen die AfD wählen würden — anschließend dementierte er diese Einschätzung. Dienstliche Folgen hatte die Äußerung jedoch nicht. Die Polizeikommissarin **Verena Hartmann** arbeitete ein Jahr im Streifendienst der Polizei Berlin, wurde Oberkommissarin und Wachleiterin und war bis 2003 Sachbearbeiterin im Controlling der Polizei: Auf Platz 9 der sächsischen AfD-Landesliste gesetzt, hat die Polizeibeamtin nun auch ein Bundestagsmandat inne. Laut Bericht der *Zeit* wehrt sich Hartmann gegen die „Nazi-Keule" gegen ihre Partei und spricht sich „gegen eine Willkommenskultur für Menschen aus dem arabischen Raum" aus. Ganz im rechtspopulistischen Sprachduktus kündigte sie an: Die „Altparteien jagen wir vor uns her." **Nikolas Kramer** war bis 2016 Polizeioberkommissar in Anklam, jetzt sitzt er für die AfD im Schweriner Landtag. Sympathie hat er laut Recherche der Zeitung *Die Welt* u.a. für die *Identitäre Bewegung*.

Entgegen ihrer Law-and-Order-Parolen fallen Polizist*innen in der AfD wiederholt mit gegenteiligen Aktivitäten auf. So durchsuchte die Polizei die Büro- und Wohnräume des AfD-Politikers **Bodo Suhren** aufgrund des Verdachts der Weitergabe von Dienstgeheimnissen. Der niedersächsische Polizeibeamte ist Mitglied im Bundesvorstand der AfD und soll interne Informationen der Polizei und laut Recherchen des NDR Zahlen zu Flüchtlingen an seine Partei weitergeleitet haben. Er war bei der Polizei schon vor einiger Zeit in die Abteilung für Schadensregulierung versetzt worden, nachdem im März bekannt geworden war, dass er seine polizeiliche Mailadresse dazu benutzt hatte, Parteiangelegenheiten zu regeln. Dies ist kein Einzelfall: Schon im Oktober 2015 leitete die Berliner Polizei ein Verfahren gegen einen Polizisten ein, der damals gleichzeitig Vorstandsmitglied der AfD im Landkreis Havelland war. Er hatte laut Bericht des NDR bei der Demo eines PEGIDA-Ablegers ein Plakat mit der Aufschrift getragen „Antirassismus, weltoffen, bunt, Vielfalt sind Kennwörter für weißen Genozid — Europa den Europäern". Daraufhin wurde der Beamte suspendiert.

## Nach der „Machtübernahme"

Pikante Details brachte im Juni 2017 die Veröffentlichung auf der Internetplattfom *Indymedia* von Chatverläufen einer *WhatsApp*-Gruppe der AfD Sachsen-Anhalt zutage, in der auch ein Bundespolizist und ein Zöllner kommunizierten, die nun jeweils ein Disziplinarverfahren erwartet. Als ersterer schrieb, dass er seine Kindern „nicht dem Muselmanenglaube" überlassen werde und er beabsichtige, „privat einen Waffenschein zu machen", antwortete ihm letzterer: „Zusammenhalt! mit Waffen und ohne!" Der Polizist, der unter anderem den Einsatz von Pfefferspray im Wasserwerfer als „Zeckendusche" bezeichnet hatte, forderte in dem Chat, Journalisten nach der „Machtübernahme" zu „sieben und auszusortieren". Scherzhaft bot er sich an, unter einem „Kanzler Poggenburg" als Innenminister zur Verfügung zu stehen. **André Poggenburg** ist Vorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt und zählt zum radikal rechten Flügel der AfD. In einer Weihnachtsbotschaft 2014 empfahl er auf *Facebook* seiner Leserschaft, über ihre „Verantwortung für die Volksgemeinschaft" nachzudenken — ein wahrlich bemerkenswerter Wunsch-Kanzler für Polizeibeamt*innen...

Von Paula Tirsch und Ante Meierhoff

# Eine völkische Caritas

## Das neue Agitationsfeld des Vereins „Volkshilfe e.V." im Kreis Gütersloh

**Ob Umweltverschmutzungschutz, Obdachlosigkeitenhilfe oder Armut: Es gibt scheinbar kein gesellschaftliches Problem, dem sich die „Volkshilfe" nicht annimmt. Doch der oberflächlich harmlos wirkende Verein wird von einschlägig bekannten und organisierten Neonazis betrieben (vgl. LOTTA #61). Nach dem Umzug ihres Vorsitzenden Achim Kemper haben sich die Aktivitäten der in Osnabrück (Niedersachsen) gegründeten „Volkshilfe" nach Ostwestfalen- Lippe (NRW) verlagert.**

Der niedersächsische Verfassungsschutz beobachtet die *Volkshilfe* seit Juli 2016 und beziffert die Mitgliederzahl des Vereins auf ca. 30. Mitglieder im vergangenen Jahr. Der Verein nutzt zwar weiterhin ein Postfach in Osnabrück,betrieben, welches auch als Kontakt angegeben ist, im Impressum der Homepage wird jedoch **Achim Kemper**s Adresse in Rheda-Wiedenbrück genannt. Der 30-Jährige stammt ursprünglich aus Rheda, verzog dann nach Münster, wo er sich einige Jahre bei den *Nationalen Sozialisten Münster* betätigte. Nach Auflösung der Gruppe zog er weiter nach Osnabrück und später ins westfälische Hagen. Finanziert werden die Aktivitäten vor allem durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Mit Hilfe dieser Einnahmen wurde mittlerweile eigene Räumlichkeit in Gütersloh angemietet

### „Hilfsaktionen" für deutsche Landsleute

Der Verein hat seine öffentlichen Aktivitäten in letzter Zeit seit dem Umzug Kempers deutlich verstärkt und versucht über vermeintlich karitative Aktionen völkisch-nationalistische Inhalte anschlussfähig zu machen. Zu diesen Aktionen gehörten 2016 mehrfach durchgeführte Spielplatzsäuberungen sowie das Aufstellen von Kisten — vollmundig als „Spielzeugstation" bezeichnet –, in denen sich neben einem Eimer mit Sandspielzeug auch Werbematerial der *Volkshilfe* befand. Im Herbst 2016 verteilten Mitglieder des Vereins vor Supermärkten in Gütersloh und Rheda kostenlose, mit Werbematerial der *Volkshilfe* gefüllt Jutebeutel. Ankündigungen des Vereins über die Unterstützung von Obdachlosen und „bedürftigen Deutschen", sind jedoch nicht allzu wörtlich zu nehmen: „So schön und liebevoll eure Pakete auch sein mögen, sie kommen leider irgendwie nicht an.", lautete im Dezember 2016 einer der Kommentare auf der Facebook- Seite des Vereins. Auch die im Mai 2017 angekündigte „Volksküche", die jeden Donnerstag in den Vereinsräumen stattfinden sollte, schien kein durchschlagender Erfolg gewesen zu sein und wurde durch eine wöchentliche „Sprechstunde" ersetzt. Ein im Juli 2017 durchgeführtes Zeltlager und ein Ausflug am 1. Mai 2017, bei dem nach eigenen Angaben Personen aus Steinfurt, Osnabrück und Münster teilnahmen, entpuppten sich als reine Szene- Veranstaltungen.

Finanziert werden diese Aktivitäten vor allem durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Mit Hilfe dieser Einnahmen wurden eigene Räumlichkeiten in Gütersloh angemietet, die sich im Anbau eines Einfamilienhauses im sogenannten „Mädchenviertel" im Stadtteil Sundern befinden. Hier verfügt die *Volkshilfe* über einen Veranstaltungs- und einen Lagerraum für Kleider-, Lebensmittel- und Sachspenden. Die Räumlichkeiten wurden in den vergangenen Monaten unter anderem für „Familienfeiern", Mit-

gliederversammlungen sowie als Anlauf- und Treffpunkt genutzt.

## Personelle Überschneidungen

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes bestehen lediglich „vereinzelt Kontakte von Personen des rechtsextremistischen Spektrums" zum Verein *Volkshilfe e.V.*, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion *Die Linke*. Diese Einschätzung verwundert, denn nicht nur die Gründungsmitglieder rekrutierten sich aus der Neonazi-Szene aus dem Raum Münster/Osnabrück. Auch bei den Aktivist*innenen aus dem Kreis Gütersloh handelt es sich um einschlägig bekannte Neonazis.

Am 1. ersten Februar 2017 wurde auf der erst wenige Tage zuvor erstellten Facebook-Seite des *Rechten Forums Kreis Gütersloh* ein Foto hochgeladen, auf dem zwölf mit Sturmhauben vermummte Personen hinter einem Transparent mit der Aufschrift „WIR SIND DAS VOLK Nationalisten Kreis Gütersloh" zu sehen sind. Der Personenkreis, der unter dem Label *Nationalisten Kreis Gütersloh* auftritt, betätigt sich auch in der *Volkshilfe*.

So unter anderem der 30- jährige **Erik S.**. Der aus Beelen im Kreis Warendorf zugezogene Neonazi war zunächst vor allem im Raum Warendorf, Ahlen und Hamm aktiv, bis er in den Kreis Gütersloh verzog. 2007 beteiligte er sich zusammen mit dem heute 34- jährigen **Stephan Josef S.** aus Wiedenbrück und sechs anderen Personen an einem Rauchbombenanschlag auf einen Vortrag über die *„Heimattreue Deutsche Jugend* "in Detmold-Berlebeck. Zum damaligen Zeitpunkt lebte Erik S. bereits zusammen mit dem Dortmunder Neonazi **Matthias Deyda** in einer Wohngemeinschaft in Rheda. Erik S. gilt als Bindeglied zwischen den Neonazi- Szenen im Kreis Gütersloh und Dortmund.

Personelle Überschneidungen gibt es auch zu der seit vier Jahren bestehenden rechten Gruppierung *Nationale Sozialisten Harsewinkel*. Einer der Initiatoren dieser Gruppe ist der Neonazi **René H.** aus Harsewinkel-Greffen, der zu den Mitorganisatoren der Volkshilfe zählt. Er beteiligte sich schon 2010 an der Mobilisierung zum „Trauermarsch" in Bad Nenndorf. . René H. trat anfangs zumeist zusammen mit dem 63- jährigen Harsewinkeler **Hans-Michael Woitzyk** auf, der 2011 zwischenzeitlich für die Internetpräsenz des NPD-„Kreisverbands Ostwestfalen-Lippe" zuständig und einer der Betreiber der nach Dortmunder Vorbild aufgebauten rechten Internetpräsenz *Harsewinkel Echo* war. Die Homepage, die als Sprachrohr der *Nationalen Sozialisten Harsewinkel* fungieren sollte, existiert nicht mehr. Die Facebook-Seite ist gesperrt.

Die *Nationalisten Kreis Gütersloh* verfügen über enge Kontakte zu *Die Rechte OWL* um **Sascha Krolzig**. Mit Unterstützung von Dortmunder Neonazis fanden am 23. April 2016 und 22. April 2017 gemeinsam durchgeführte Kundgebungs-Touren in Ostwestfalen statt. Daran beteiligte sich auch **Patrick E.**, der mit der ebenfalls in der *Volkshilfe* aktiven **Nina Z.** in Wiedenbrück wohnt. Der 27- jährige Patrick E. war von 2011 bis 2015 Zeitsoldat bei der Bundeswehr und beteiligt sich seit 2015 regelmäßig an Aufmärschen und Aktionen der Szene. Zusammen mit René H. posierte Patrick E. am 1. Mai 2017 einsam vor dem Gelände des ehemaligen britischen Militärflughafens in Marienfeld, um das Ende der „britischen Besatzung" zu bejubeln.

## Teil der Szene

Wurde anfänglich noch der Versuch unternommen, allzu offensichtliche Überschneidungen zur Neonazi-Szene zu vermeiden, werden die Aktivitäten der *Volkshilfe* mittlerweile auch über Internetauftritte des *Rechten Forums Kreis Gütersloh* sowie von *Die Rechte OWL* beworben. So auch die im August 2017 gestarteten *Volkshilfe*-Kampagne gegen „Mobbing, Gewalt und Deutschenfeindlichkeit", in deren Rahmen in Rietberg und Gütersloh Schulmaterial und *Volkshilfe*-Propaganda an Familien verteilt wurden. Der erste, als Auftaktveranstaltung einer zweimonatigen Kampagne beworbene Vortrag am 09. September scheint jedoch ausgefallen zu sein.

Rene H. (links) und Patrik E. (Mitte) am 22. April 2017 bei einer Neonazi-Kundgebung in Werther (Kreis GT)

Das Ziel der *Volkshilfe*, sich „über ganz Deutschland auszubreiten" und insbesondere „deutsche Landsleute" für die „nationale Sache" zu begeistern, scheint aktuell wenig realistisch, obwohl es nach eigener Darstellung mittlerweile fünf Ortsgruppen geben soll.

—

Die Autor*innen dieses Artikels sind in der antifaschistischen Kulturinitiative *Cable Street Beat Gütersloh* aktiv.

Der Tatort des Mordes an Blanka Zmigrod heute.

von Sebastian Hell

# Der „Laserman“

## Rechtsterrorist muss sich für den Mord an einer Frankfurter Jüdin verantworten

**25 Jahre nach dem Mord an der Frankfurter Jüdin Blanka Zmigrod wird John Ausonius angeklagt. Bereits im Januar 1994 wurde er in Schweden zu lebenslanger Haft verurteilt, da er auf elf Menschen geschossen und hierbei eine Person getötet hatte. Im „Field Manual“ von „Blood & Honour“ wurden seine Taten als Beispiel für den „führerlosen Widerstand“ geschildert und könnten als Vorbild für den NSU gedient haben. Da er bei seiner Anschlagsserie ein Gewehr mit Laser-Zielvorrichtung nutzte, wurde und wird er in den Medien als „Laserman“ bezeichnet.**

Der Fall des „Laserman“ rückte in Deutschland in den letzten Jahren wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. 2012 wurde im Zuge der NSU-Ermittlungen auch der Mordfall an der Frankfurter Jüdin **Blanka Zmigrod** aus dem Jahr 1992 aufgerollt. Verdächtigt, sie auf offener Straße mit einem Kopfschuss getötet zu haben, wird **John Ausonius**. Er galt schon 1992 als Verdächtiger, wurde aber nicht nach Deutschland ausgeliefert, da zu dieser Zeit in Schweden wegen einer Anschlags- und Bankraubserie gegen ihn ermittelt wurde. Erst im Dezember 2016 wurde dem erneuten Auslieferungsgesuch nachgekommen, seitdem sitzt Ausonius in Frankfurt in Untersuchungshaft. Im Dezember 2017 wird die Hauptverhandlung beginnen.

### Zaugg — Stannerman — Ausonius

John Ausonius wurde 1953 auf der schwedischen Insel Lidingö als **Wolfgang Alexander John Zaugg** geboren. Sein Vater war aus der Schweiz, seine Mutter aus Deutschland nach Schweden eingewandert. Seine Kindheit verbrachte Ausonius in dem von der Arbeiterklasse geprägten Stockholmer Vorort Vällingby. Aufgrund seiner nicht-schwedischen Herkunft und seines Aussehens wurde er oft verspottet, was ihn als Erwachsenen dazu trieb, sich die Haare zu bleichen und blaue Kontaktlinsen zu tragen.

Um zu verschleiern, dass seine Eltern keine Schwed_innen waren, änderte er nach dem Erhalt der schwedischen Staatsbürgerschaft im Jahr 1980 seinen Namen in **John Wolfgang Alexander Stannerman**, später änderte er seinen Nachnamen in Ausonius. Anfang der 1980er Jahre fiel er durch Gewaltdelikte auf und wurde 1984 für einen möglicherweise rassistisch motivierten Angriff auf einen Geflüchteten zu 14 Monaten Haft verurteilt, allerdings wegen guter Führung bereits nach etwa sieben Monaten wieder entlassen. Im Gefängnis lernte er den kroatischen Ustascha-Terroristen **Miro Barešić** kennen. Von diesem erhielt Ausonius detaillierte Informationen über dessen frühere terroristische Aktivitäten. Nach dem Mord an Schwedens Ministerpräsidenten **Olof Palme** am 28. Februar 1986 galt Ausonius der Polizei als einer der ersten Verdächtigen, allerdings kam er als Täter nicht in Frage, da er zum Zeitpunkt der Tat abermals eine Haftstrafe wegen mehrerer Gewaltverbrechen verbüßte.

## Bicycle-Bank-Robber

Nach seiner Haftentlassung 1986 arbeitete Ausonius als Taxifahrer und begann nach einer erfolglosen Firmengründung 1988 mit dem Handel von Aktien und Anleihen. Einige verhängnisvolle Investitionen in Verbindung mit Spielsucht und einem luxuriösen Lebensstandard brauchten sein anfänglich relativ schnell erlangtes Vermögen auf. Um sich weiter finanzieren zu können, beging er Banküberfälle, die ihm den Beinamen „Bicycle Bank Robber" einbrachten. Im Anzug gekleidet, fuhr er mit dem Rad los und wechselte auf dem Weg zur Bank sein Outfit, indem er Sportlerkleidung anzog. Danach flüchtete er mit dem Rad, zog sich abermals um und verstaute das erbeutete Geld in einem Aktenkoffer. Zunächst wurde die Serie von Banküberfällen nicht mit den Mordanschlägen in Zusammenhang gebracht.

## Die rassistische Anschlagsserie des „Laserman"

Anfang der 1990er platzte in Schweden die Immobilienblase, 200.000 Arbeitsplätze in der Industrie brachen weg, zeitgleich verdreifachte sich — bedingt durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien — die Zahl der Geflüchteten, die innerhalb eines Jahres nach Schweden kamen. Es folgte ein massiver Rechtsruck. 1992 wurden 52 Anschläge auf Unterkünfte Geflüchteter verübt. Eine der auflagenstärksten schwedischen Zeitungen schürte die Stimmung und titelte: „Werft sie raus". In dieser Stimmung empfand Ausonius sein Handeln als legitimiert, wie er 2015 in einem Interview sagte. Durch seine Morde würde er Geflüchtete „abschrecken und so dazu beitragen, dass weniger von ihnen nach Schweden kommen".

Seinen ersten Anschlag verübte Ausonius am 3. August 1991 in einer Stockholmer U-Bahn-Station. Dort schoss er auf den Eritreer **David Gebremariam** und verletzte ihn an der Hüfte. Beim zweiten Anschlag am 21. Oktober 1991 traf die Kugel den 25-jährigen Iraner **Shahram Khosravi** im Rücken. Innerhalb weniger Tage folgten weitere Anschläge. Am 27. Oktober 1991 verletzte Ausonius den griechischen Obdachlosen **Dimitrios Karamalegos** durch zwei Schüsse in den Bauch. Am 1. November 1991 schoss er dem Brasilianer **Heberson Vieira Da Costa** in Kopf und Bauch. Beide schwer verletzten Opfer berichteten später, dass sie kurz vor den Schüssen einen roten Punkt auf ihrem Körper gesehen hätten. Auch bei den ersten beiden Taten berichteten Zeugen von einem roten Punkt einer Zielvorrichtung. Zu dieser Zeit wurde in den Medien erstmals vom „Laserman" gesprochen. Am 8. November 1991 schoss Ausonius dem gebürtigen Iraner **Jimmy Ranjbar** aus nächster Nähe von hinten in den Kopf. Der Ingenieursstudent starb am nächsten Tag. Nach dem Mord setzte Ausonius seine Anschlagsserie aus. Er gab später an, dass es ihm schlecht gegangen sei, als er zum Mörder geworden war. So sei er nach der Tat nach Las Vegas geflogen, um sich in Spielcasinos abzulenken. Zurück in Schweden raubte er wieder Banken aus und setzte auch die Anschlagsserie fort. Bei den folgenden Anschlägen, die nur durch Zufall keine weiteren Todesopfer kosteten, nutzte Ausonius einen Revolver mit Schalldämpfer, nachdem er das Gewehr nach dem Mord entsorgt hatte. Auch maskierte er sich nun. Am 22. Januar 1992 beobachtete er in Uppsala auf der Straße ein Paar, ging zu den beiden und schoss dem in Chile geborenen Wissenschaftler **Erik Bongcam-Rudloff** in den Kopf. Am folgenden Tag, wieder in Stockholm, war der Busfahrer **Charles Dhlakama** aus Simbabwe sein nächstes Opfer. Am Abend des gleichen Tages schoss Ausonius in der Innenstadt in einem somalischen Kulturverein zwei Männer nieder. Nur fünf Tage später feuerte er im Vorort Djursholm viermal auf den türkischen Kioskbesitzer **Isa Aybar** und traf ihn in Kopf und Arme. Weitere zwei Tage später, am 30. Januar 1992, beging Ausonius seinen letzten Anschlag. **Hasan Zatara**, ein palästinensischer Kioskbesitzer, überlebte nur knapp den auf ihn abgegebenen Kopfschuss. Nach diesem Anschlag konnte eine Zeugin erstmals Angaben zu dem Wagen von Ausonius machen. Aus den Medien erfuhr dieser, dass nach seinem Wagen gesucht wurde und flüchtete.

## Mord in Frankfurt am Main

Ausonius flüchtete nach Frankfurt am Main. Seit 1989 war er regelmäßig zwischen Deutschland und Schweden gependelt. Am 8. Februar 1992 gab er in einem Restaurant in Frankfurt seinen

Foto: Andreas Förster

Ausonius 2015 im Gefängnis in Schweden.

Mantel an der Garderobe ab — bei Blanka Zmigrod. Zehn Tage später rief Ausonius in dem Restaurant an und verdächtigte Zmigrod, seinen Taschencomputer — eine Art elektronischer Kalender — aus seinem Mantel gestohlen zu haben. Bei diesem Telefonat erklärte er, aus Schweden zu sein und sich momentan in Berlin aufzuhalten. Ein Tag vor dem Mord kam Ausonius erneut in das Restaurant. In einer lautstarken Auseinandersetzung mit Zmigrod drohte er der 68-jährigen: „Wir sehen uns noch". In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar 1992 wurde Blanka Zmigrod auf ihrem Heimweg im Kettenhofweg im Frankfurter Westend mit einem Kopfschuss ermordet. Ein Zeuge sah, wie der Toten von einem Radfahrer die Handtasche entwendet wurde, bevor dieser flüchtete. Unmittelbar danach setzte sich Ausonius mit einem gefälschten deutschen Reisepass auf den Namen **Manfred Tilo Ulbrich**, den er sich am 17. Februar in Dresden besorgt hatte, nach Südafrika ab.

## Festnahme und Verurteilung

Am 12. Juli 1992 wurde der inzwischen nach Schweden zurückgekehrte Ausonius bei einem Bankraub schließlich festgenommen. Die Polizei hatte seine unter falschem Namen angemietete Wohnung ausfindig gemacht und überwacht. Unter Beobachtung der Polizei verließ er das Haus mit dem Fahrrad, zog sich in einer Einfahrt um und überfiel eine Bank. Im Anschluss kam es zu einem Schusswechsel, nach kurzer Flucht konnte Ausonius letztendlich überwältigt und festgenommen werden. Die Anschlags- und Bankraubserie hatten zu Schwedens zweitgrößter Polizeiaktion geführt.

Am 14. Januar 1994 wurde Ausonius vom Stockholmer Amtsgericht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Zwei der Mordversuche konnten ihm allerdings nicht nachgewiesen werden. Ausonius ging in die nächste Instanz. Noch während das Verfahren lief, misshandelte er im Oktober 1994 seine beiden Anwälte in der Haftanstalt. Diese weigerten sich daraufhin, ihn weiter zu vertreten. Auch seinem nächsten Verteidiger griff er im Januar 1995 an, dieses Mal sogar vor Gericht. Dennoch ließ das Gericht keinen weiteren Wechsel zu und bestätigte am 19. Mai 1995 die lebenslange Freiheitsstrafe. Erst im Jahr 2000 bekannte sich Ausonius zu der Anschlagsserie und zu 20 Banküberfällen. Den Mord an Blanka Zmigrod streitet er hingegen bis heute ab.

## Blaupause für den NSU?

Während die Anschlagsserie 1991/92 Teile der schwedischen Gesellschaft schockierte und diese im Februar 1992 einen symbolischen einstündigen Generalstreik gegen rassistische Gewalt organisierte, war der „Laserman" in der Neonazi-Szene bereits zu einer Ikone geworden. Die schwedische Neonazi-Terrorgruppe *Vit ariskt motstand* (*Weißer arischer Widerstand*) druckte im Februar 1992 ein T-Shirt mit der — übersetzten — Aufschrift „Der Laserman — ein Lichtblick im Dasein" und schrieb bewundernd, dass Ausonius „Angst und Schrecken in der Rassenmischgesellschaft" verbreiten würde. Auch nach seiner Verhaftung blieb Ausonius ein Vorbild für die Neonazi-Szene. Im *Blood & Honour*-Strategiepapier „Field Manual" wurde seine Anschlagserie als ein Beispiel des „führerlosen Widerstandes" beschrieben.

Das „Field Manual" erschien im Jahr 2000, in dem Jahr, als die Mordserie des NSU begann. Parallelen zwischen den Ausonius-Taten und denen des NSU bestehen in der Eigenfinanzierung durch Banküberfälle, der Flucht mit dem Fahrrad, der Nutzung von Mietfahrzeugen sowie dem Leben unter falscher Identität. Die Morde des NSU ähneln zudem in der Wahl der Opfer und dem Töten durch Kopfschüsse den Taten der Anschlagserie in Schweden von 1992. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) tat die Veröffentlichung des „Field Manual" im Übrigen als „Privatmeinung" eines einzelnen „*Blood & Honour*"-Aktivisten aus Schweden ab und maß dem Text keine weitere Bedeutung bei. Erst 2012 wurde die Publikation von Seiten des BfV neu bewertet und die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass der NSU das „Field Manual" bereits im Jahr 2000 kannte und die Taten Ausonius' als „Blaupause" gedient haben könnten.

Foto: Belltower News

Ankunft in Themar: Andreas Koroschetz (vorne links). Im Hintergrund links: Patrick Gerstenberger, rechts daneben mit Sonnenbrille: Matthias Weßler.

Von Tobias Hoff

# Alte Bekannte

## RechtsRock aus NRW beim „Sturm auf Themar"

**Am 15. Juli 2017 fand in Themar (Thüringen) eines der größten Rechts-Rock-Konzerte in der Bundesrepublik statt. Unter dem Motto „Rock gegen Überfremdung II" kamen spektrenübergreifend rund 6.000 Neonazis zusammen. RechtsRock-Protagonisten aus NRW spielten bei dem Event eine wichtige Rolle.**

Schon über Monate hinweg wurde für das „Rock gegen Überfremdung II" innerhalb der neonazistischen Szene mobilisiert. Nicht zuletzt der angekündigte Auftritt der RechtsRock-Kultband *Stahlgewitter* sorgte für eine Art Hype in der Szene. Mit dem Headliner *Stahlgewitter* knüpften die Organisatoren aus dem Umfeld der aus Thüringen stammenden neonazistischen Bruderschaft *Turonen/Garde 20* an ein Event an, das am 26. Oktober 2016 in Unterwasser (Schweiz) stattfand. Bei diesem als „Rocktoberfest" gelabelten Konzert, das ebenfalls unter Beteiligung von thüringischen Neonazis sowie Akteuren aus dem internationalen Netzwerken von *Blood & Honour* und *Hammerskins* organisiert wurde, kamen zur Überraschung der Behörden und der Öffentlichkeit etwa 5.000 Neonazis aus Deutschland und anderer europäischer Ländern zusammen. Die Band *Stahlgewitter* stand dort nach einer Bühnenabstinenz von rund neun Jahren erstmals wieder auf der Bühne.

### Auf der Bühne

Bei dem Konzert am 15. Juli 2017, das als politische Kundgebung von **Tommy Frenck** (Kloster Veßra/Hildburghausen) auf einem Gelände im südthüringischen Themar angemeldet wurde, gab es neben RechtsRock auch eine Reihe von Redebeiträgen, die von RednerInnen aus verschiedenen Spektren der extremen Rechten gehalten wurden. So fand sich neben nordrhein-westfälischen Neonazis wie **Sascha Krolzig** (*Die Rechte*) und dem als „Freien Nationalisten" angekündigten **Sven Skoda** auch der Chef der russischen NS-Kampfsportmarke *White Rex*, **Denis Nikitin**, auf der Rednerliste wieder. Gekommen waren die Neonazis allerdings wegen der angekündigten Auftritte der Bands *Stahlgewitter*, *Die Lu-*

*nikoff Verschwörung*, *Sleipnir*, *TreueOrden*, *Uwocaust*, *Blutzeugen* und *Flak*. Darüber hinaus gab es einen „Überraschungsauftritt“ der Gruppe *Division Germania*. Während für *Flak*-Frontmann **Philipp „Phil“ Neumann** (Rhein-Sieg Kreis/NRW) das Konzert die „professionellste Musikveranstaltung, die ich je in unseren Reihen erleben durfte“ war, gab es auch Kritik aus der Szene. So kritisierten Neonazis der Kleinstpartei *Der III. Weg*, die in Themar mit einem Infostand und zahlreichen Mitgliedern in einheitlichen Jacken vertreten war, die Konsumhaltung und den übermäßigen Alkoholkonsum der TeilnehmerInnen.

Die rund 6.000 anwesenden Neonazis konnten sich an diesem Tag auf dem Gelände eine Art rechtsfreien Raum schaffen, was unter anderem zu zahlreichen „Hitlergrüßen“ und „Sieg Heil“-Rufen vor der Bühne sorgte, ohne dass die anwesende Polizei eingreifen konnte.

## Band...

Bei vier der genannten Bands stammt die überwiegende Zahl der Mitglieder aus NRW. In den letzten Jahren hat sich ein Kreis an nordrhein-westfälischen Neonazi-Musikern herausgebildet, die in verschiedenen Konstellationen bei RechtsRock-Projekten in Erscheinung treten. Auch bei den Auftritten in Themar zeigte sich der Projektcharakter dieser Bandgeflechte, die von langjährig aktiven Bandleadern geprägt sind, die sich bei Bedarf wechselnde personelle Unterstützung organisieren. So standen bei dem Auftritt der Mitte der 1990er Jahre gegründeten Band *Stahlgewitter* neben dessen Leadsänger **Daniel „Gigi“ Giese** (Meppen/Niedersachsen), die Gitarristen **Andreas Koroschetz** (Mönchengladbach/NRW) und Philipp Neumann, Bassist **Matthias Weßler** (Rhein-Kreis Neuss/NRW) sowie der aus Hamm (NRW) stammende Schlagzeuger **Patrick Gerstenberger** auf der Bühne. Gründungsmitglied und Gitarrist **Frank Krämer** (Rhein-Sieg Kreis/NRW) war zwar in Themar anwesend, gehörte aber wie bei dem *Stahlgewitter*-Auftritt in Unterwasser nicht zur Live-Besetzung. Er zähle immer noch zur Originalbesetzung von *Stahlgewitter*, so Krämer im Internet, für Konzerte und Vorbereitung fehle ihm in der Regel aber die Zeit. Krämer, der seit den 1990er Jahren in der neonazistischen Szene aktiv ist, betreibt unter anderem den *Sonnenkreuz*-Versand und ist Kopf der rechten Neofolk bzw. Pagan-Metal Band *Halgadom*.

## ...geflechte

Fast in der selben Besetzung standen die Musiker von *Stahlgewitter* in Themar auch als *Division Germania* auf der Bühne. Zu der vom *Hammerskin* Andreas Koroschetz (Gesang) im Jahr 2000 gegründeten Band zählen aktuell noch die bereits genannten Neumann, Weßler und Gerstenberger sowie Gitarrist **Martin Böhne** (Hamm). Bekannt ist Böhne auch als Mitglied einer weiteren beliebten RechtsRock-Größe, die in Themar zum Line-Up zählte. So gehört er seit mehreren Jahren zur festen Belegschaft von *Sleipnir* um dessen Frontmann **Marco Bartsch** (ehemals **Marco Laszcz**) aus dem Kreis Gütersloh (NRW, vgl. Lotta #54). Neben Bartsch, Böhne und wiederum Gerstenberger komplettierte ein recht junges Gesicht der NRW-RechtsRock-Szene den *Sleipnir* Auftritt. Der Anfang 20-jährige **Dominik Burcez** aus dem Raum Gütersloh vertritt seit kurzem den eigentlichen *Sleipnir*-Bassisten **Dennis Linsenbarth** (Kreis Unna/NRW), der aus gesundheitlichen Gründen eine Bandpause einlegt. Burcez ist darüberhinaus seit Anfang 2017 Gitarrist der aus dem Rheinland stammenden RechtsRock-Band *Flak*, die am 15. Juli in Themar ebenfalls zum Bühnenprogramm zählte. Frontmann Neumann gehört mit Bassist **Erik Höllger** (Landkreis Ahrweiler/RLP) zu den Gründungsmitgliedern der Band, die mit Schlagzeuger **Tim Schmädicke** auch ein festes Mitglied aus Sachsen-Anhalt aufweist (vgl. Lotta #65).

## Kleiner Kreis

Die Zusammenstellung der Bandmitglieder steht exemplarisch für eine Entwicklung in der nordrhein-westfälischen RechtsRock-Szene, die sich zunehmend an wenigen erfahrenen Protagonisten orientiert. So sind die Genannten auch in weitere RechtsRock-Bands wie *Oidoxie* um **Marko Gottschalk** (Dortmund/NRW) oder der Neonazi-Skinhead-Combo *Smart Violence* involviert (vgl. Lotta #66). Böhne und Gerstenberger spielten nur zwei Wochen nach dem „Rock gegen Überfremdung II“ erneut in Themar auf. Diesmal mit der Band *Sturmwehr* um Sänger **Jens Brucherseifer** (Gelsenkirchen/NRW) beim „Rock für Identität“ vor rund 800 BesucherInnen, das federführend von FSN-TV „Moderator“ **Patrick Schröder** organisiert wurde.

Dass innerhalb von RechtsRock-Bands neue Projekte entstehen, sich bei Liveauftritten ausgeholfen wird und eine Zugehörigkeit zu mehreren Bands besteht, ist kein neues Phänomen. Bezeichnend ist aber, dass sich der Kreis an Musikern, die das Geschehen im RechtsRock-Band-Business in NRW prägt, zunehmend auf wenige zentrale Personen konzentriert. Von Bedeutung innerhalb dieses Kreises scheint auch zunehmend das Netzwerk der „Hammerskins“ zu sein, die in den letzten Jahren ihre Strukturen in NRW ausgebaut haben. So finden sich neben *Division Germania*, die mehrere „Hammerskin“-Mitglieder aufweisen, auch bei den Bands *Flak* und *Smart Violence* personelle und strukturelle Bezüge zum Netzwerk der rassistischen „Bruderschaft“.

Foto: Pressefotografie FFM

„Der III. Weg" 26. August 2017 in Fulda.

# Unter freiem Himmel

## Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 3. Quartal 2017

### „Die Rechte", „Der III. Weg und Umfeld

Lediglich zehn „Kameraden" der *Die Rechte Südwest* folgten am **5. August 2017** einem Aufruf von Florian Grabowski zu einer Demonstration unter dem Motto „Schluss mit dem Volksbetrug" ins rheinland-pfälzische **Alzey (Landkreis Alzey-Worms)**.

Unter dem Motto „Weg mit dem NWDO-Verbot" versammelten sich am **23. August 2017** etwa 70 Neonazis in der **Dortmund**er Innenstadt zu einer Kundgebung. Bereits im Vorfeld hatten Neonazis Flyer verteilt (8. August) und einen Infostand anlässlich des fünften Jahrestags des Verbots des *Nationalen Widerstands Dortmund* auf dem Wilhelmplatz im Stadtteil Dorstfeld aufgebaut (22. August).

Am **26. August 2017** veranstaltete *Der III. Weg* im hessischen **Fulda** unter dem Motto „Heimat bewahren — für einen deutschen Sozialismus" seine erste Demonstration in Hessen, an der etwa 110 Personen teilnahmen. Als Redner traten Matthias Herrmann (stellvertretender Bundesvorsitzender), Julian Bender („Gebietsleiter West"), Kai Zimmermann („Gebietsleiter Süd"), ein „Aktivist aus Ostbayern", Matthias Bauerfeind (stellvertretender „Gebietsleiter Süd") und Matthias Fischer („Gebietsleiter Mitte") auf. Anwesend waren auch Klaus Armstroff (Bundesvorsitzender) und René Rodriguez-Teufer (Beisitzer im Bundesvorstand). Am gleichen Tag — noch vor der Demonstration — fanden in Schweinfurt (Bayern), Alsfeld und Bad Hersfeld (beides Hessen) Kundgebungen unter Anleitung der oben genannten Kader statt.

Die der Partei *Die Rechte* nahestehende *Aktionsgruppe Dortmund-West* um Alexander Pentrup hat am **21. September 2017** unter dem Motto „Jugend in die Offensive — Überfremdung und Kapitalismus entgegenwirken!" Mini-Kundgebungen vor vier **Dortmund**er Schulen durchgeführt. Die Gruppe knüpft an die Tradition „Autonomer Nationalisten" an und versucht sich mit aktionistischer Stadtteilpolitik im Dortmunder Westen als fester Bestandteil der Dortmunder Neonaziszene zu etablieren.

### NPD-Lautsprecherwagentour (NRW und RLP)

Vom **28. August bis zum 1. September 2017** tourte die NPD mit einem Lautsprecherwagen durch NRW, vom **2. bis 6. September 2017** durch Rheinland-Pfalz, um für ihren Antritt bei der Bundestagswahl zu werben. Dabei verzichtete man in den meisten Regionen auf Kundgebungen und stoppte — wenn überhaupt — nur für wenige Minuten. Kundgebungen mit in der Regel einstelliger Teilnehmer_innenzahl gab es in NRW offenbar nur in **Duisburg**, **Essen** und **Bochum**, in Rheinland-Pfalz in **Pirmasens**, **Trier**, **Traben-Trarbach (Kreis Bernkastel-Wittlich)**, **Spangdahlem (Kreis Bitburg-Prüm)** und **Hermeskeil (Kreis Trier-Saarburg)**.

### PEGIDA NRW nebst Ableger

Offenbar immer noch nicht die Nase voll von den zuletzt nur noch einmal monatlich stattgefundenen Kundgebungen vor dem **Duisburg**er Hauptbahnhof mit anschließenden „Spaziergängen" haben wenige Dutzend PEGIDA-Anhänger_innen. Nach dem Absinken der Teilnehmer_innenzah-

Foto: Infozentrale

PEGIDA NRW am 18. September 2017 in Duisburg.

len bis auf 40 und dem Rücktritt des kompletten bisherigen „Orga-Teams“ (siehe LOTTA #67, S. 40) fanden im Juli und August 2017 keine weiteren Aktionen mehr statt. Zwischenzeitlich wurde jedoch ein neues „Orga-Team“ gebildet, das sich um den Duisburger Kevin Strenzke („Kevin Eagle“) gruppiert hat. Bis Ende September resultierten hieraus zwei weitere PEGIDA-NRW Auftritte in Duisburg, am **4. September 2017** mit etwa 70 und — außerplanmäßig kurz vor den Bundestagswahlen — am **19. September 2017** mit unter 40 Teilnehmenden.

Auf der PEGIDA-Demo am 4. September rief Kevin Strenzke dazu auf, am **21. September 2017** am Protest gegen einen Wahlkampfauftritt von Angela Merkel in einem Nobelhotel in **Neuss (Rhein-Kreis Neuss)** teilzunehmen. An den Protesten vor dem Neusser Hotel, zu denen unter anderem auch *pro Deutschland* aufgerufen hatte und zu denen auch bei PI-NEWS mobilisiert wurde, nahmen letztendlich aber nur etwa 25 Personen teil.

Funktionär_innen von *pro Deutschland* beteiligten sich auch an lautstarken Protesten gegen einen Merkel-Auftritt am **22. August 2017** in **Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis)**.

## AfD und „Demo für alle“

Als Teil ihres Bundestagswahlkampfes meldete die AfD in Hessen Kundgebungen gegen Auftritte von Angela Merkel an. Die hessische AfD-Spitzenkandidatin Mariana Harder-Kühnel rief für den am **14. August 2017** zu einer Kundgebung nach **Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis)**, der Landesvorsitzende Rolf Kahnt für den **22. September 2017** nach **Heppenheim (Kreis Bergstraße)**. In Gelnhausen buhten und pfiffen die AfD-Unterstützer_innen die Bundeskanzlerin aus, in Heppenheim nahmen etwa 40 Personen an der Kundgebung teil.

Für den **14. Juli 2017** hatte der AfD-Kreisverband Paderborn unter dem Motto „Ehe für alle = Ehe für keinen“ zu einer Kundgebung in **Paderborn** aufgerufen, an der etwa 50 Personen teilnahmen. Deutschland würde „zu einem sodomitischen Freudenhaus“ verkommen, so die AfD. Es sprachen der lokale AfD-Direktkandidat Andreas Kemper, Karl-Heinz Tegethoff und Günter Koch (beide AfD KV Paderborn) sowie Bundestagskandidat Rüdiger Lucassen (Listenplatz 7 der Landesliste NRW).

Das gleiche Anliegen wie die AfD Paderborn hatten auch die etwa 30 Insassen des „Busses der Meinungsfreiheit“ des *Aktionsbündnisses Demo für alle* um Hedwig Freifrau von Beverfoerde, die auf ihrer bundesweiten Rundreise im September zehn Kundgebungen durchführten, darunter auch in **Wiesbaden (9. September 2017)**, **Köln (10. September 2017)** und **Düsseldorf (11. September 2017)**.

## Christlich-fundamentalistisch in Hessen

Am **19. August 2017** rief der „Aktionskreis **Fulda**“ in der *Aktion Leben e.V.* zu einem „1000-Kreuze-Gebetszug“ gegen das Recht auf Abtreibung auf. Zudem fand vom **2. bis 3. September 2017** in **Fulda** die jährliche „Distriktswallfahrt“ der *Piusbruderschaft St. Pius X* statt. Um die 300 Mitglieder lauschten der Rede des Distriktoberen für Deutschland, Firmin Udressy, und beteiligten sich anschließend an der Prozession zum 100-jährigen Jubiläum des „Fatima Wunders“ 1917 in Portugal.

## Staatenlos in NRW

Mit jeweils maximal zehn Teilnehmenden setzte der dem „Reichsbürger“-Spektrum zugehörige Kreis um die Internet-Seite *staatenlos.info* am **23. Juli 2017**, **26. August 2017** und **23. September 2017** seine monatlichen Kundgebungen „für Heimat und Weltfrieden“ in **Köln** fort, um seine „Generallösung zur Befreiung Deutschlands von Faschismus!“ zu präsentieren.

## Erratum

In LOTTA #67 schrieben wir fälschlicherweise, dass *Die Rechte* am 14. Juni 2017 eine Kundgebung in **Bergheim (Rhein-Erft-Kreis)** mit zehn Teilnehmenden abhielt. Diese Kundgebung fand am **24. Juni 2017** statt.

# Kurzmeldungen

## Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

RechtsRock (NRW und Hessen)

### Auf der Bühne

Am 3. Juni 2017 fand im *Bistro Hollywood* im hessischen Leun-Stockhausen ein Liederabend der Bekleidungsmarke *Vikings Division* mit *Flak Solo* alias **Philipp Neumann** statt. Am 4. Juni trat *Flak* dann in Berlin, am 24. Juni im Rahmen der Veranstaltung „25 Jahre Widerstand im Heide(n)land — Sonnenwende 2017", die von den Gruppierungen NPD, *Düütsche Deerns*, *Der III. Weg*, *Gefangenenhilfe Freundeskreis*, JN und *Die Rechte* organisiert wurde, im niedersächsischen Eschede auf. Am 22. Juli folgte ein Auftritt im sächsischen Riesa für die NPD, am 23. September ein Liederabend in Sachsen-Anhalt.

Der Liedermacher *Brigade 88*, das neue Solo-Projekt von **Kevin Link** aus Hessen, trat am 17. Juni 2017 im thüringischen Kloster Veßra in der Gaststätte von **Tommy Frenck** auf.

Beim „Rock für Deutschland"-Festival der NPD am 1. Juli 2017 trat unter anderen *Division Germania* um Sänger **Andreas Koroschetz** aus Mönchengladbach auf.

Im Rahmen des „Rock gegen Überfremdung II" am 15. Juli 2017 im thüringischen Themar traten auch *Sleipnir* und *Flak* aus NRW vor etwa 6.000 Teilnehmer_innen auf. Zwei Wochen später fand am gleichen Ort das „Rock für Identität" statt. Hier traten vor etwa 1.000 Teilnehmer_innen auch *Faust* aus dem Raum Frankfurt und *Sturmwehr* aus Gelsenkirchen auf.

Als Liedermacherduo trat *Sleipnir* am 5. August 2017 im *Volkshaus Flieder* in Eisenach auf. Am 16. September folgte ein Auftritt von „Martin von Sleipnir" (**Martin Böhne** aus Hamm) in Kloster Veßra (Thüringen).

Foto: Simon Telemann

Kevin Link (l.) und Andreas Lohei (r.) von der Band „Randgruppe Deutsch" beim „Eichsfeldtag" 2017.

Für den „Großraum Westpfalz" war für den 9. September 2017 ein Open Air mit *Kategorie C*, *Flak*, *Sturmbrüder* und *Kommando 192* angekündigt. Zuerst wurden auch *Sturmrebellen* aus Hessen im Line-Up geführt. Ob das Konzert in Deutschland oder Frankreich stattgefunden hat, ist noch unbekannt.

*Faust* und *Sturmwehr* traten am 9. September 2017 in Schweden beim „Valhalla Calling Vol. 1" auf.

RechtsRock (NRW, RLP, Hessen)

### Neue Tonträger

Im August 2017 erschien beim Label *Das Zeughaus* die CD „Toleranz ist heilbar" der NRW-Band *Randgruppe Deutsch* um Sänger **Andreas Lohei**.

Ebenfalls bei *Das Zeughaus* veröffentlichte die NRW-Band *Weisse Wölfe* um **Stjepan Jus** anlässlich ihres 20-jährigen Bandbestehens in diesem Jahr mit „In resistentia constans 2" bereits die zweite CD. Für das Layout der CD war *Vlanze Graphic Design* des Dortmunders **Martin Wegerich** zuständig.

Nachdem im Vorjahr der erste Teil erschienen war, veröffentlichte *Sturmwehr* im September beim *Sturm 18 Versand* die CD „Phonetische Kompositionen 2". Auf der CD sind alte Songs neu instrumentiert eingespielt worden.

„Einige Musiker aus der Reichshauptstadt haben sich mit dem Schreihals von BREAKDOWN" zusammengetan, um die CD „In stürmischer Zeit" der Band *Fanal* einzuspielen, verkündete der *Germaniaversand* im Juni. Sänger der rheinland-pfälzischen Band *Breakdown* war **Daniel Strunk**.

„Identitäre“ (NRW)

## Neue Ortsgruppen gegründet

Die *Identitäre Bewegung* hat Kontaktmöglichkeiten zu „Ortsgruppen“ in Aachen, Bielefeld, Bonn, Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Hagen, Köln, Münster, Neuss, Paderborn und dem Bergischen Land veröffentlicht. Während der Sommermonate führte sie in NRW mehrere Aktionen durch, die von Plakatierungen, dem Aufhängen von Bannern an Brücken und dem Verteilen von Pfefferspray bis zum vollmundig als „Besetzungen“ titulierten Präsentieren von Bannern und Abbrennen von Pyrotechnik auf dem Dach des WDR in Köln und einem Balkon der historischen Stadthalle in Wuppertal reichte. Am Tag vor der Bundestagswahl veranstalteten „Identitäre“ eine von ihnen als „Sparta Flashmob“ bezeichnete Aktion in der Hagener Innenstadt, bei denen mit dem „Lambda“-Symbol bedruckte Regenschirme die spartanischen Schutzschilde der tapferen Recken darstellen sollten. Anders als in anderen Bundesländern ziehen es Führungskader der „Identitären“ in NRW vor, nicht öffentlich mit Name und Gesicht aufzutreten.

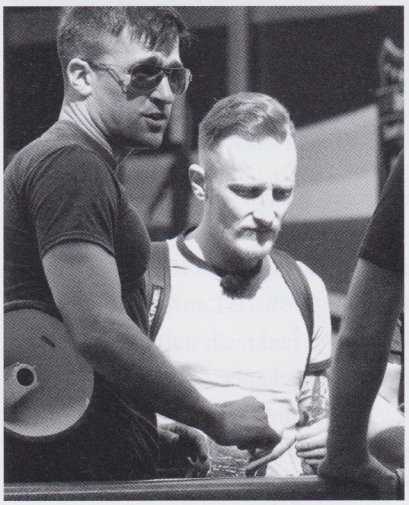


Foto: protestfotografie FFM

Martin Sellner und Mario Alexander Müller.

Braunzone (NRW)

## Fest des „Arcadi“-Magazins

Am 14. Juli 2017 veranstaltete der Verein *Publicatio e.V.* das „Arcadi Fest 2017“, bei dem u.a. **Martin Sellner** (*IB Österreich*) und **Mario Alexander Müller** (*Kontrakultur Halle*) sprachen. Beim Fest trat auch der rechte Rapper „**Chris Ares**“ (Bayern) auf. Der im März 2017 in Leverkusen gegründete *Publicatio e.V.* ist Herausgeberin des den „Identitären“ nahestehenden Online-Magazins *Arcadi*, das sich vor allem an Jugendliche richtet. *Arcadi* veröffentlicht nationalistische Artikel, gepaart mit Rezensionen über Videospiele und Comics. Ende September erschien die erste Printausgabe des Magazins. Verantwortlich für das Magazin ist **Yannick Noé**, Sprecher des AfD- Kreisverbands Leverkusen. Nach Intervention der *Antifaschistischen Aktion Leverkusen* wurde der Veranstaltungsort Schloss Morsbroich dem Verein durch die Stadt Leverkusen gekündigt. Am Ausweichort sollen sich nach Angaben der Veranstalter 130 Personen zum „Arcadi Fest“ eingefunden haben.

Parteien (NRW)

## „Die Rechte“-Splitter

Der Kreisverband Rhein-Erft von *Die Rechte* wählte im September 2017 bei einem außerordentlichen Kreisparteitag einen neuen Vorstand. Kreisvorsitzender bleibt **Markus Walter**. Die Namen weiterer Vorstandsmitglieder gab die Partei nicht bekannt. Bereits am 22. Juli hielt **Sascha Krolzig** beim KV Rhein-Erft eine „Rechtsschulung“ ab und stellte seine Zeitschrift *N.S. Heute* vor. Von der im März erstmals erschienenen Zeitschrift liegen mittlerweile fünf Ausgaben vor.

Die Domain des Online-Versandhandels mit dem provokanten Namen „antisem.it“ des Dortmunder Neonazikaders **Michael Brück** *(Die Rechte)* wurde zum 20. August 2017 durch die italienische Vergabestelle gesperrt. Unter dem Namen *Patrioten Propaganda* geht der Verkauf von „Produkten für den politischen Umsturz“ jedoch weiter. Neben Propagandamaterialien, die sich oftmals am Rande der Legalität bewegen („HKNKRZ“), sind im Shop auch Macheten und Zwillen erhältlich.

Freie Kräfte (NRW)

## „Volksgemeinschaft Niederrhein“

In Stadtteil Hörstgen der Stadt Kamp-Lintfort (Kreis Wesel) sorgte im August 2017 die neu gegründete Kameradschaft *Volksgemeinschaft Niederrhein* für Aufregung, weil sie ihre Kameraden aufforderte, sich in dem kleinen Dorf anzusiedeln. Im Internet wurde ein Foto veröffentlicht, dass 14 Personen in T-Shirts mit dem Logo der Gruppierung zeigt. Treibende Kraft hinter der Gruppe ist der in der Neonazi-Szene umstrittene **Kevin Giuliani,** der in dem Ort ein Umzugsunternehmen hat.

Parteien (NRW, RLP, Hessen)

## Ergebnisse bei der Bundestagswahl

In NRW stimmten 9,4% der Wähler_innen bei der Bundestagswahl für die AfD, das sind 5,5% mehr als 2013. Den höchsten Anteil an Zweitstimmen erzielte die AfD — wie schon bei der Landtagswahl — in den Großstädten des Ruhrgebiets. Den Spitzenplatz nahm Gelsenkirchen mit 17% ein. In Münster blieb die AfD hingegen mit 4,9% knapp unter der Fünfprozent-Hürde. 16 AfD-Abgeordnete — allesamt Männer — gelangten über die NRW-Landesliste zu einem Sitz im Bundestag. **Mario Mieruch** (Listenplatz 12, Wahlkreis Steinfurt I — Borken I) hat als einziger die AfD-Fraktion nach dem Rückzug von **Frauke Petry** verlassen.

In Rheinland-Pfalz konnte die AfD 11,2% der Zweitstimmen für sich gewinnen, das sind 6,4% mehr im Vergleich zur Bundestagswahl 2013. In der AfD-Bundestagsfraktion sitzen vier Rheinland-Pfälzer_innen (siehe S. 44 f.).

11,9% der Zweitstimmen entfielen in Hessen auf die AfD, was für sechs Mandate im Bundestag reichte. Deutlich über dem Landesdurchschnitt schnitt die AfD in Fulda (15,8%) ab.

Das Erstarken der AfD hat die NPD weiter in Richtung elektorale Bedeutungslosigkeit rutschen lassen. Alle Versuche, die Wähler_innen mit Sprüchen wie „Sei kein Taktiker, wähle aus Überzeugung" zu bewegen, nicht die AfD, sondern die NPD zu wählen, scheiterten. Konnte die NPD bei der Bundestagswahl 2013 noch 1,0% (NRW), 1,1% (RLP) und 1,1% (Hessen) der Zweitstimmen erlangen, so waren es in diesem Jahr nur noch 0,2% (NRW), 0,3% (RLP) und 0,4% (Hessen). Das NPD-Parteipräsidium erklärte: „Der bundesweite Stimmenanteil von 0,4 Prozent ist enttäuschend und hat unser Wahlziel untertroffen. Die AfD hat alles aufgesogen, was möglich war (...)". Die NPD kommt damit auch nicht den Genuss staatlicher Wahlkampfkostenrückerstattung.

Um die strategische Neuausrichtung der Partei nach der Bundestagswahl zu diskutieren, führte der NPD Kreisverband Unna/Hamm in Kooperation mit *Die Rechte* am 7. Oktober 2017 in Dortmund einen Vortrag mit dem NPD-Parteipräsidiumsmitglied **Baldur Landogart** durch. Thema: „Politische und weltanschauliche Konzepte nach der Bundestagswahl 2017". Am Vortag referierte Landogart bei der NPD Oberhausen. *Die Rechte* trat weder in NRW noch in RLP oder Hessen mit einer Landesliste zur Wahl an. Die Neonazi-Partei stand nur in Baden-Württemberg auf den Wahlzetteln, wo sie ein kaum messbares Ergebnis von 2.070 Zweitstimmen erzielte.

Von den weiteren rechtsgerichteten Parteien erhielten die nur in NRW wählbare *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung — Politik für die Menschen* 9.894 Stimmen (0,1% in NRW), die Verschwörungstheorien verbreitende *Deutsche Mitte*, die im Wahlkampf in NRW vom Sänger der Duisburger Band *Bandbreite* unterstützt wurde, kam bundesweit auf 0,1% der Zweitstimmen (NRW: 0,1%, Hessen: 0,2%). Die vom türkischen Präsidenten **Recep Tayip Erdogan** unterstützte AKP-nahe Partei *Allianz Deutscher Demokraten* war nur in NRW wählbar, wo sie 0,4% der Zweitstimmen gewann. Diese 41.178 Stimmen machten bundesweit 0,1% aus.

Parteien (NRW)

## „Der III. Weg"

Am 8. September 2017 störten fünf Aktivist*innen des *Der III. Weg* das Sommerfest des CDU-Kreisverbands Herford in Bünde. Mit Fahnen und einem Transparent positionierten sie sich vor der Bühne. Seit Anfang 2017 tritt *Der III. Weg* in Bünde mit Aufklebern, Flyern und Plakaten in Erscheinung. Seitdem **Florian Braun** im März 2017 nach Bünde gezogen war, tritt er zusammen mit **Sarah Simmes** als Aktivist_innen der Partei in Erscheinung. In der Nacht auf den 30. September 2017 wurden die Räumlichkeiten der Alevitischen Gemeinde und des Jugendzentrums *Villa Kunterbunt* mit Farbbeuteln beworfen sowie Briefkästen mit Hundekot beschmiert. Die Gemeinde und der Verein *Jugendzentrum Bünde e.V.* sehen dies als Reaktion auf ihre Beteiligung an einer Demonstration, die sich gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck und die Aktivitäten des *Der III. Weg* richtete. Bereits im Frühjahr hatte Braun in den Räumlichkeiten des *Autonomen Jugendzentrum* Menschen bedroht.

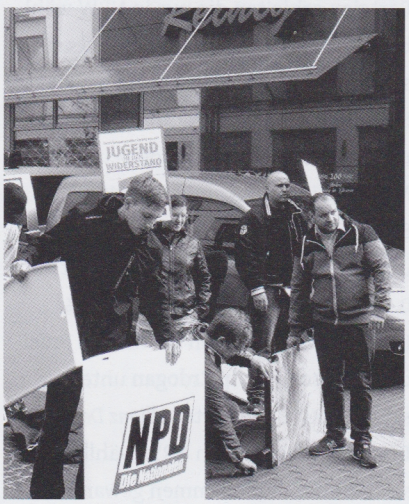
Foto: Igor Netz (CC BY-NC-ND 2.0)

Florian Braun bei einem Aufmarsch am 1.Mai 2017 in Gera.

Vor Gericht (NRW)

## NPD-Aktivisten wegen Wahlfälschung verurteilt

Das Landgericht Kempen (Kreis Viersen) verurteilte am 29. Juli zwei ehemalige NPDler aus Kempen und Wachtendonk wegen Fälschungen bei der NRW-Kommunalwahl 2014. Der damalige NPD-Bürgermeisterkandidat für Kempen, **Philippe Bodewig**, wurde wegen Wahlfälschung, versuchter Wählertäuschung und Abgabe von Betäubungsmitteln zu einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Da nicht genügend Kandidaten für alle Wahlkreise zur Verfügung standen, täuschte Bodewig deren Existenz vor. Den Unterschreibenden sei vorgegaukelt worden, sie würden mit ihrer Unterschrift lediglich den NPD-Kandidaten unterstützen, nicht aber selbst kandidieren, so das Gericht. Zudem gestand Bodewig, dass er einigen Personen Amphetamine im Tausch gegen ihre Unterschrift gab. Das Gericht verurteilte zudem einen 32-jährigen wegen Urkundenfälschung zu eine Geldstrafe von 60 Tagessätze a 20 Euro. Der ebenfalls angeklagte NPD-Funktionär **Rainer Händelkes** aus Wachtendonk (Kreis Kleve) wurde freigesprochen.




Stefan Jagsch (r.) bei einem JN-Stand am 15. April 2017 in Giessen.

Parteien (Hessen)

## NPD-Splitter

Bei der Jahreshauptversammlung des NPD-Bezirksverbands Wetterau-Kinzig am 16. August 2017 in Büdingen unter dem Motto „Wir lassen die Luft aus der Asylpolitik" wurde **Stefan Jagsch** zum dritten Mal als Vorsitzender gewählt. Stellvertreter wurden **Daniel Lachmann** und **Michael Schneider**. Als Redner trat der stellvertretende Bundesvorsitzende **Ronny Zasowk** auf, der über das NPD-Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft" referierte.

Als Bürgermeisterkandidat in Leun trat für die NPD **Thomas Hantusch** an. Als eine regionale Zeitung zu einer Debatte die Kandidat_innen der anderen Parteien einlud, setzte sich Hantusch dennoch mit aufs Podium, wurde aber vom Rest der Veranstaltung ignoriert. Um gegen diese „Ungerechtigkeit" zu protestieren, hielten seine Unterstützer vor dem Gebäude eine Mahnwache ab. Bei der Wahl erhielt Hantusch 4,6 % der Stimmen. Ebenfalls unerwünscht ist Daniel Lachmann. Der Geschichtsverein von Büdingen hat den NPD-Funktionär ausgeschlossen, Lachmann klagt nun dagegen.

Sonstiges (Hessen)

## Extrem rechte Politiker auf der Buchmesse

Dieses Jahr hat sich zur Frankfurter Buchmesse der Verlag *Europa Terra Nostra* als Aussteller angekündigt. Dieser plant Gespräche und Vorträge mit dem NPD-Politiker **Udo Voigt,** dem ehemaligen Vorsitzenden der *British National Party,* **Nick Griffin**, und **Roberto Fiore**, dem Vorsitzenden der *Forza Nuova* in Italien. Die drei sind wegen Delikten wie Volksverhetzung, Verherrlichung des Nationalsozialismus, Aufstachelung zum Rassenhass oder — im Fall Fiore — wegen „Unterstützung einer staatsfeindlichen bewaffneten Vereinigung" verurteilt. Auch **Daniel Friberg**, finanzieller Förderer der europäischen extremen Rechten, der in seiner Jugend in der neonazistischen Gruppe *Schwedische Widerstandsbewegung* aktiv gewesen sein soll, soll auftreten. Der *Verlag Antaios* von **Götz Kubischek** ist mit Gästen wie **Martin Sellner** (*Identitäre Bewegung*) auf der Buchmesse vertreten. Vom 11. bis zum 15. Oktober wollen auf der Buchmesse also zentrale Figuren einer europäischen extremen Rechten versammelt sein.

Parteien (NRW)

## Oberbürgermeisterwahl in Duisburg

Parallel zur Bundestagswahl wurde in Duisburg auch ein_e Oberbürgermeister_in gewählt. Für die NPD kandidierte **Melanie Händelkes**, die seit 2014 NPD-Vertreterin im Rat der Stadt Duisburg sowie Mitglied der Bezirksvertretung Meiderich/Beek ist. Temporär bildete Händelkes eine Ratsgruppe mit dem auf der Liste von *pro NRW* gewählten und nun parteilosen **Egon Rohmann**, die aber im Februar 2017 wieder aufgelöst wurde Bei der OB-Wahl erhielt Händelkes 7.519 Stimmen (3,35 %). Ein_e AfD-Vertreter_in kandidierte nicht.

Braunzone (Hessen)

## CDU-Mitglieder mit „Hessen-Depesche" verbunden

Laut Berichten des *Hessischen Rundfunks* ist die Geschäftsführerin der *Popularen Network GmBH,* **Angela Prokoph-Schmitt**, Mitglied der CDU im Kreis Offenbach. Die GmbH betreibt unter anderem die Nachrichtenwebsite *Hessen-Depesche* sowie ähnliche Ableger in anderen Bundesländern. Die *Depeschen*-Seiten bieten Autoren der NPD und AfD ein Forum. Drei weitere Mitglieder der Offenbacher CDU sollen ebenfalls mit der Seite geschäftlich verbunden sein. Ein Mitglied der CDU Mainhausen war technischer Administrator der Website *derfflinger.de* des Mediengeflechts. Dieser soll auch Geschäfte mit **Patricia Koperski** unterhalten haben, Lebensgefährtin des NPD-Bundesvorsitzenden **Frank Franz.** Die CDU bekundete, keinerlei Kenntnisse darüber gehabt zu haben und möchte keine Verantwortung für die Aktivitäten ihrer Mitglieder übernehmen. Ein Redakteur der *Hessen-Depesche* ist der Schriftführer der *Jungen Alternative Rheinland-Pfalz,* **Robin Classen**, der ebenfalls für die *Blaue Narzisse* schreibt.

Sonstiges (RLP)

## NS-Glocke — und keinen stört`s

„Alles fuer's Vaterland — Adolf Hitler" steht, mit einem Hakenkreuz verziert, auf der Glocke der Herxheimer Kirche. Nach revisionistischen und verharmlosenden Aussagen zur NS-Zeit im ARD-Magazin *Kontraste* ist nun der Bürgermeister **Roland Becker** (*Freie Wähler*) zurückgetreten. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal bestätigte den Eingang einer Anzeige wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Auch ein Parteiausschlussverfahren kann noch auf ihn zukommen. Seit Monaten wird im Ort nun über den Umgang mit der Glocke von 1934 diskutiert. Viele Anwohner_innen sprechen sich für die Glocke aus und weisen Kritik von sich. Unter dem Motto „Lass die Kirche im Dorf und die Glocke im Turm!" hielt am 9. September auch die NPD eine Kundgebung in dem Dorf ab. Vor neun Teilnehmenden sprachen **Ricarda Riefling, Wilhelm Herbi** und **Markus Walter.**

Parteien (Hessen)

## Bürgermeisterkandidat mit Kontakten zu „Grauen Wölfen"

Die Bloggerin **Sigrid Herrmann-Marschall** deckte auf, dass sich der Oberbürgermeisterkandidat der *Wählervereinigung Forum Neues Offenbach*, **Muhsin Senol**, in einem türkisch-nationalistischem Umfeld bewegt und Verbindungen zur AKP und den Grauen Wölfen hat. Bis Juni 2015 war Senol Vorsitzender der *Union Europäisch-Türkischer Demokraten* (UETD) in Hessen, die ihren Sitz in Offenbach hat. Die UETD gilt als Lobby-Organisation der türkischen Regierungspartei AKP. Zudem stehe er in Kontakt zu **Mehmet Alparslan Celebi** (Frankfurt), der die Jugendarbeit der *Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa*, kurz Atib genannt, machte und seit August 2016 dem Vorstand angehört. Bei Celebi handelt es sich um den Sohn des Atib-Gründers **Musa Serdar Celebi** — ein einflussreiches Mitglied der extrem rechten *Grauen Wölfe* in der Türkei. Er soll nach Deutschland geschickt worden sein, um dort Strukturen aufzubauen. Sensol bekam bei der Wahl am 10. September nur 3,3 % der Stimmen

Braunzone (Hessen)

## Rechte Hetze an der Uni

Der Evolutionsbiologe und Professor an der Universität Kassel, **Ulrich Kutschera**, hetzte auf der Website *kath.net* gegen die „Ehe für Alle", er befürchtet hierdurch einen erhöhten sexuellen Missbrauch von Kindern. An der TU Darmstadt wurde einem Dozenten im September nach Protesten von Studierenden und des AStA die Lehrerlaubnis entzogen. Er hatte unter anderem gegen Homosexuelle gehetzt und Literatur zu Rassenkunde aus dem Nationalsozialismus empfohlen.

Angriffe und Bedrohungen (NRW)

## Eine garantiert unvollständige Chronik

Die Chronik für das 3. Quartal 2017 findet sich online unter: www.lotta-magazin.de/nrwrex/2017/10/chronik-3-quartal-2017

Freie Kräfte (NRW)

## Aktivitäten zum Heß-Todestag

Zum 30. Todestag des NS-Kriegsverbrechers **Rudolf Heß** mobilisierten Neonazis am 19. August 2017 unter dem Motto „Mord verjährt nicht! / Gebt die Akten frei — Recht statt Rache“ bundesweit nach Berlin-Spandau. Angemeldet wurde der Marsch durch den langjährigen Aktivisten **Christian Malcoci** aus dem Rhein-Kreis Neuss, der sich vor Ort jedoch von **Christian Häger** und **Sebastian Schmidtke** vertreten ließ. Auch aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet fuhren mehrere Reisebusse nach Berlin. Die Zeitschrift *NS-heute* veröffentlichte eine Sonderausgabe mit einer Historie der Heß-Gedenkmärsche mit Beiträgen von **Sven Skoda, Dieter Riefling** und **Christian Worch**. In NRW gab es auch einige Mobilisierungsaktionen der Szene. Die Gruppe *Syndikat 52* veranstaltete einen Filmabend mit der geschichtsrevisionistischen Dokumentation „Geheimakte Rudolf-Heß“ und drehte ein Mobilisierungsvideo. In Aachen, Heinsberg, Bochum, Wuppertal und Dortmund fanden kleinere Aktionen statt, bei denen Plakate und Flugblätter verteilt oder Graffitis gesprüht wurden.

Sonstiges (NRW)

## Neuer Szeneladen in Dortmund

Am 22. Juli 2017 eröffnete in der Kaiserstraße 5a mit *Sportlich Elegant* ein neues rechtes Bekleidungs- und Kampfsportgeschäft in Dortmund. Der Betreiber **Daniel Heinze** kommt aus dem Umfeld der mittlerweile aufgelösten Hooligan-Gruppierung *Division Duisburg*. Im Laden wird unter anderem Kleidung der Marken *Label 23, Pro Violence* und *Yakuza* angeboten. Von einer Dortmunder Lokalzeitung auf seine Hooligan-Vergangenheit angesprochen, gab Heinze an, sich zwar geprügelt zu haben, „aber immer unpolitisch“.

RechtsRock (Hessen)

## Verbindungen nach Sachsen

Am 12. August fand auf dem Gelände des Hotel Neisseblick in Ostritz (Sachsen), das dem extrem rechten Unternehmer und Lokalpolitiker **Hans-Peter Fischer** aus Biblis gehört, das zweite „Ostsächsische Sport- und Familienfest“ statt. Organisiert wurde es von den Kameradschaften *StreamBZ* (Bautzen) und *Brigade 8* (Weißwasser). Beim Konzert am Abend traten die Bands *Exzess*, *Treueorden* und *Feuerbefehl* auf. Seit mindestens 1998 finden Neonazi-Veranstaltungen auf dem Gelände statt.

Sachbeschädigungen (NRW)

## Mahnmale beschädigt

In Münster-Hiltrup haben Mitte Juli unbekannte Täter den Gedenkstein eines Zwangsarbeiter-Mahnmals aus der Erde gerissen und schwer beschädigt. Das 2010 errichtete Mahnmal erinnert an die 500 Menschen, die während der NS-Zeit im Zwangsarbeiterlager „Waldfrieden“ interniert waren. In Bielefeld haben Unbekannte Anfang Juli eine Gedenktafel zerstört, die an die Verfolgung der jüdischen Familie Wertheimer durch die Nazis erinnerte.

Vor Gericht (NRW)

## Brandstifter verurteilt

Das Landgericht Köln verurteilte zwei Männer wegen eines Anschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft am 2. Januar 2016 in Köln-Mülheim. Die Täter schlugen eine Scheibe des Gebäudes ein und warfen Böller ins Innere. Eine Bengalo-Fackel, die sie zuvor mit Schriftzügen von PEGIDA beklebt hatten, verfehlte das Fenster nur knapp und prallte an der Hauswand ab. In der Wohnung lebte eine Flüchtlingsfamilie mit drei Erwachsenen und neun Kindern. Die Angeklagten gaben an, sie hätten die Bewohner_innen nicht verletzen, sondern lediglich „verängstigen“ wollen. Die beiden Täter, **Patrick Hölscher** und **Dominik Niewöhner**, seinerzeit 21 und 25 Jahre alt, hatten sich an Demonstrationen von HoGeSa und PEGIDA beteiligt. Einer von ihnen lebte in der Nachbarschaft der Unterkunft. Beide Männer wurden zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt.

Foto: attenzione, Roland Geisheimer

Von Rainer Roeser

# „Spalter“ und „Parteischädlinge“

## Die AfD nach dem Abgang von Frauke Petry und Marcus Pretzell

**Im Mai wurden 16 Abgeordnete der AfD in den NRW-Landtag gewählt, die allermeisten treue Gefolgsleute von Landes- und Fraktionschef Pretzell. Er versuchte, die AfD als möglichst anschlussfähig an Konservative und die wirtschaftsliberale FDP erscheinen zu lassen — und scheiterte. Nachdem er und die bisherige Bundessprecherin Petry die AfD verlassen haben, fühlen sich die Partei-Rechten obenauf.**

Anfang September in AfD-Land: Die Leute vom „Flügel“ sind wie jedes Jahr zum Kyffhäuser-Denkmal gepilgert. Zu Beginn vor zwei Jahren war der Event ein Auflauf allein der Parteirechten. Inzwischen ist er mehr. Wenn „Flügel“-Vormann **Björn Höcke** ruft, kommen auch AfD-Obere an den symbolbeladenen Ort. Bundessprecher **Jörg Meuthen** ist da und auch Spitzenkandidat **Alexander Gauland**. Gauland lässt wissen, dass es nun mal gut ist mit Debatten über den Nationalsozialismus. „Man muss uns diese zwölf Jahre jetzt nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr.“ Und er fährt fort: „Wir haben das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.“ Sein Publikum ist begeistert.

### Das große Hauen und Stechen

Auf der Vorderbühne tut die AfD in diesen Septemberwochen so, als führe sie halbwegs einträchtig Wahlkampf. Zwar tauchen ab und an Meldungen über den Zwist mit Parteisprecherin **Frauke Petry** auf. Doch noch bemüht sich die Partei um den Eindruck, das Ziel einer starken AfD im Bundestag eine alle. Dabei hat hinter den Kulissen längst das große Hauen und Stechen eingesetzt. Nicht zuletzt in NRW. Dort ist mit **Marcus Pretzell** Petrys Ehemann und engster Bündnispartner zu Hause. Dort sammeln sich aber auch einige der schärfsten Kritiker des Duos Petry & Pretzell (P & P). Zu denen zählt eine „Mitglieder-Initiative: Forum der AfD-Basis“. Hinter der Face-

book-Seite, die sich in grober Selbstüberschätzung so nennt, steckt **Thomas Matzke**, Ex-Vorstandsmitglied im Rhein-Sieg-Kreis. Die Basis vertritt er nicht. Stattdessen spricht er für die, die in der *Patriotischen Plattform* ihre Heimat suchen. Zuverlässig wettert er auch in Vorwahlzeiten gegen P & P und ihre Unterstützer. Besonders sticht ihm in diesem Sommer die „Spalter-Truppe der sog. ‚Alternativen Mitte'" ins Auge. Ihrem Initiator **Dirk Driesang** wirft Matzkes angebliche AfD-Basis „offenen Verrat in der eigenen Partei" vor und rechnet ihn zu den „Parteischädlingen", die „schleunigst die Partei verlassen" müssten. Und Petry? „Eine politische Belastung für die Partei — und daraus sind unverzüglich die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen!"

Auf Spalter- und Schädlingssuche macht sich auch die Gegenseite. Zum Beispiel **Michael M. Schwarzer**. Der Siegener war kurzzeitig Pressesprecher der Landes-AfD und ist in jenen Tagen in gleicher Funktion bei Pretzells Landtagsfraktion beschäftigt. Er hört es nicht gerne, „his masters voice" genannt zu werden, unternimmt freilich nicht viel, um den Eindruck zu widerlegen. Meuthen nennt er einen Heuchler. Höcke sei dessen „Buddy". Die AfD warnt er davor, zu einer „Splitterpartei von krakeelenden Nationalisten" zu werden. Wer am Kyffhäuser-Treffen teilgenommen habe, „hat die Spaltung vorangetrieben und vor allem der Partei enorm geschadet". Zukünftig müsse man „unvereinbare Positionen aussortieren".

## Zwei Parteien

Aus der AfD sind zu diesem Zeitpunkt längst zwei verschiedene Parteien geworden, deren Lager sich hasserfüllt befehden. Dabei scheiden sie sich nicht am Kern ihrer Politik. Grundsatzprogramm und Wahlprogramm hat die AfD mit breiten Mehrheiten beschlossen, keine der beiden Seiten hatte grundsätzliche Einwände. Unterm Strich geht es zum einen um den Stil der Politik: Die einen wollen die völkisch-nationalistischen Kräfte mit ihrer partiellen Braunstichigkeit mitmachen lassen. Die anderen setzen auf die Vorbilder von FPÖ und *Front National*, die allzu Braunes in ihren Reihen eliminiert haben, oder auf das Beispiel der **Geert-Wilders**-Partei PVV, die Nazistisches nie in ihren Reihen hatte. Zweitens geht es um das Tempo, mit der eine Regierungsperspektive angestrebt wird. Und drittens um die Macht in der Partei. Widersprüche stören nicht, wenn parteiintern Feindbilder gezeichnet werden. Dass sich die Arbeit von Petrys angeblich „realpolitischer" Landtagsfraktion in Sachsen kaum von der in Brandenburg unterscheidet etwa, geleitet vom vorgeblich „Fundamentaloppositionellen" Gauland? Egal. Dass es Petry war, die den Begriff des „Völkischen" rehabilitieren wollte und die „deutschnational" als Beschreibung der Partei gar nicht so übel fand? Auch egal.

## Gespaltene Landtagsfraktion

Beim Kölner Parteitag im April 2017, bei dem die Delegierten dem „Realo"-Plädoyer Petrys eine Abfuhr erteilten, hatte Pretzell klargemacht, dass „sein" Landesverband einen anderen Weg als die Bundes-AfD gehen wolle: „Wir haben in NRW, anders als hier die Delegierten, klar uns für einen realpolitischen Kurs — sowohl personell wie auch inhaltlich — entschieden." Die Düsseldorfer Fraktion werde einen klaren Kurs verfolgen, „so wie ihn Frauke Petry oder ich für diese Partei auch gerne haben möchten".

Mit 16 Abgeordneten schaffte die AfD im Mai den Sprung in den Landtag. Es war eine gespaltene Fraktion: Hier 14 Anhänger Pretzells, dort die MdL's **Christian Blex** und **Thomas Röckemann**, „Flügel"-nah und im Plenarsaal in der hintersten Reihe platziert. Zwar unterscheiden sich die Themen, mit denen sich Pretzells Abgeordnete beschäftigten, kaum von denen, die auch AfD-Fraktionen in anderen Landtagen auf die Tagesordnung und vor allem in die Öffentlichkeit zu bringen versuchen. Doch das aus anderen Landesparlamenten bekannte völkisch-nationalistische Wortgeklingel blieb aus. Ein NS-lastiger Jargon, wie ihn etwa der „Deutschland den Deutschen"-Landeschef **Andre Poggenburg** aus Sachsen-Anhalt pflegt, war in Düsseldorf nicht zu hören. Wirre Tiraden blieben — abgesehen vom „GrünInnen"-Bashing von Blex — eine Seltenheit. Die Arbeit der Pretzell-Fraktion wirkte eher wie der Versuch, anschlussfähig an Konservative und die wirtschaftsliberale FDP zu erscheinen. Es war nur eine Frage der Zeit, dass dieser Kurs bei der radikalisierten Basis auf Widerspruch stoßen würde. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten war dies erstmals erkennbar der Fall. In einer Art Probeabstimmung hatten 14 der 16 Abgeordneten signalisiert, dass sie für den CDU-Kandidaten **Armin Laschet** stimmen könnten. Die Empörung in der AfD war groß. Blex und Röckemann protestierten öffentlich. Auch Ko-Landessprecher **Martin Renner** meldete sich. Ein veritabler Shitstorm hob an. Am Ende gab die Fraktion geschlossen ungültige Stimmzettel ab — ein Rückschlag für Pretzell. Seiner Linie freilich blieb er treu. Im September debattierte der Landtag über die Regierungserklärung Laschets. Im WDR befragt, welche Note er Laschets Regierungserklärung gebe, sagte Pretzell: „eine schwache Drei" — eine außergewöhnliche Freundlichkeit aus dem Mund eines Oppositionspolitikers. Sie machte das Dilemma deutlich, in dem ein Rechtspopulist steckt, der als solcher nicht erkannt werden möchte.

Keine fünf Monate nach ihrer Wahl ist die AfD-Fraktion im NRW-Landtag in

ihrer ursprünglichen Form auch schon Geschichte: Nach dem Abgang von Petry aus der AfD verließ auch Pretzell Fraktion und Partei. Ihm folgte — bislang — nur Fraktionsvize **Alexander Langguth**. Die Rest-Fraktion erscheint nun dreigeteilt. Eine — ehemals Pretzell-nahe — Gruppe ist inzwischen froh, den Fraktionschef losgeworden zu sein. Zu ihr zählt der Kölner Abgeordnete **Roger Beckamp**. Dass sie ihrem Ex-Vormann früher oder später doch noch folgen könnten, erscheint bei einer zweiten Gruppe möglich. Zu ihr sind die bisherigen Fraktionsvizes **Markus Wagner** und **Helmut Seifen** zu rechnen. Das Duo Blex/Röckemann schließlich kann sich auf der Gewinnerseite fühlen: in Düsseldorf zwar immer noch Minderheit, in der Bundes-AfD aber so etwas wie Mainstream. Gemeinsam mit der AfD-Spitze feierten sie am Abend der Bundestagswahl in Berlin den Erfolg. Gemeinsam nehmen sie auch die parteiinternen Gegner von der „Alternativen Mitte" aufs Korn, die unter Spaltungsverdacht gestellt wird.

## Ausblick

Auf eben jene „Alternative Mitte" (AM) richten sich die Hoffnungen der Mitglieder, die sich bisher an Petry und Pretzell orientierten. In NRW fungiert **Berengar Elsner von Gronow** als „Vorsitzender Sprecher" der „Realo"-Truppe. Der Neu-Bundestagsabgeordnete beklagt, dass „zunehmend Äußerungen von Mitgliedern unserer Partei in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt werden, die geeignet sind, der Wählerschaft das Bild einer nicht nur rechtspopulistischen, nein sogar einer rechtsextremen Partei, zu vermitteln". Bürgerliche Mitglieder und Wähler würden verschreckt. Seine Gruppe hat Einfluss. Drei ihrer sechs NRW-Sprecher gehören mittlerweile dem Bundestag an. Einer von ihnen, **Roland Hartwig**, wurde gar zum Vorsitzenden der NRW-Landesgruppe gewählt.

Für P & P bleibt derzeit nur die Hoffnung, dass über kurz oder lang weitere Abgänge aus der AfD folgen könnten. Sie peilen offenbar die Gründung einer neuen Partei an — rechtspopulistisch, aber ohne Brauntöne. Nach wie vor steht die Möglichkeit im Raum, dass sich in den nächsten Wochen und Monaten weitere Vertreter des sich „gemäßigt" nennenden Lagers aus der Partei verabschieden. Kurzfristig sind die Nachrichten für das Duo aber alles andere als gut. Zur konstituierenden Sitzung der Bundestagsfraktion erschienen 93 Abgeordnete — alle außer Petry. 80 votierten für das Vorsitzendenduo Gauland/Weidel. Dass nur 13 Neuparlamentarier nicht für die beiden stimmen mochten, war keine Ermutigung für jene, die von einer Alternative zur „Alternative für Deutschland" träumen. Die Rechtsausleger in der Partei können sich gestärkt fühlen — in Berlin, aber auch in NRW.

### Nachtrag kurz vor Drucklegung: Parteitag abgesagt

Einen für den 14. und 15. Oktober terminierten NRW-Landesparteitag hat die AfD kurzfristig abgesagt. Keine zwei Tage vor dem Treffen der 450 Delegierten wurde die Veranstaltung im oberbergischen Wiehl gecancelt. Die AfD hatte dort einen neuen Vorstand wählen wollen. In den Wochen zuvor hatte sich aber herauskristallisiert, dass die Partei auch nach dem Austritt ihres Landes- und Fraktionschefs Pretzell tief zerstritten ist. Dabei standen sich die Gruppe der (früheren) Pretzell-Gefolgsleute, die Anhänger des zweiten Landessprechers Renner sowie eine noch radikalere Fraktion aus dem Umfeld der „Patriotischen Plattform" gegenüber.
Offiziell begründete die AfD die Absage mit angeblichen Sicherheitsbedenken. Es gebe „massive und militante Drohungen gegen die Teilnehmer und Gäste des Parteitags". Im Kielwasser der diversen Aktionen gegen das Treffen, zu denen Parteien, Gewerkschaften und kirchliche Gruppen aufriefen, hätten „auch zahlreiche gewaltbereite Gruppen nach Wiehl kommen" wollen. Tatsächlich deutete freilich nichts darauf hin, dass der Parteitag gefährdet sein könnte. Völlig überrascht von der kurzfristigen Absage zeigte sich auch die Polizei: „Aus polizeilicher Sicht war die Durchführung der geplanten Veranstaltung der AfD zu keinem Zeitpunkt gefährdet", erklärte sie. Sogar in AfD-Kreisen wurde die offizielle Darstellung der Partei in Zweifel gezogen. Renner wurde unterstellt, mit der Verschiebung die eigenen Wahlchancen verbessern zu wollen.

Von Alex Wißmann und Oliver Peters

# Seriös geht anders

## Problemkandidat*innen der AfD Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl

Mit 12,6 Prozent zog die „Alternative für Deutschland" (AfD) in den Bundestag ein. Vier der 94 Sitze werden mit Kandidat*innen aus Rheinland-Pfalz besetzt. An erster Stelle auf der rheinland-pfälzischen Landesliste stand Sebastian Münzenmaier. Dieser jedoch musste sich ab dem 25. Juli 2017 vor dem Amtsgericht Mainz wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten, am 18. Oktober fiel das Urteil. Falls Münzenmaier infolgedessen sein Mandat zurückgeben sollte, stünde mit Stefan Scheil auch schon der nächste Skandalkandidat bereit.

Die rheinland-pfälzische AfD, die seit März 2016 im Mainzer Landtag vertreten ist, vermied es bisher, die kleineren und größeren Skandale (vgl. Lotta #65) zu öffentlichkeitswirksamen Krisen ausufern zu lassen. **Thorsten F.** beispielsweise organisierte im Westerwald mehrere Demonstrationen, die eng mit PEGIDA verbandelt waren. Nachdem er im November 2015 in einem Facebook-Post einen „gesunden Rassismus" gefordert hatte, leitete die AfD ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn ein. Einen bürgerlich-konservativen Landesverband macht das jedoch noch nicht.

### Spitzenkandidat Sebastian Münzenmaier

Mit überraschend hoher Zustimmung setzte sich **Sebastian Münzenmaier** im März 2017 im Wettbewerb um den Spitzenplatz zur Bundestagswahl durch. Der Plan der Parteispitze: Ein Konsenskandidat sollte die Flügel einen und den Landesverband geschlossen in die Bundestagswahl führen. Unklar ist, ob sämtlichen Beteiligten klar war, wen sie da ins Rennen geschickt hatten. Münzenmaier war dem Amtsgericht Mainz zufolge in der Nacht zum 18. März 2012 mit etwa 40 anderen Fußballfans aus dem Hooliganspektrum des *1. FC Kaiserslautern* und des *VfB Stuttgart* an einem Angriff auf Anhänger*innen des *FSV Mainz 05* beteiligt. Sie sollen den Mainzer Fans, die von einem Auswärtsspiel aus Augsburg zurückkehrten, aufgelauert haben. Das Amtsgericht Mainz verurteilte ihn daher zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, Münzenmaier kann noch Berufung einlegen.

Mit seinem politischen Aufstieg von der Kleinstpartei *Die Freiheit* zum temporären AfD-Fraktionsgeschäftsführer im Landtag und Spitzenkandidat der AfD-Landesliste zur Bundestagswahl hatte Münzenmaier einen großen Sprung gemacht. Der im Juli 2017 — etwa zwei Monate vor der Bundestagswahl — eröffnete Strafprozess kam da höchst ungelegen. In fast allen anderen Parteien hätte sich ein solcher Vorfall zum politischen Fiasko entwickelt — nicht jedoch in der AfD. Die Partei stellte sich hinter Münzenmaier.

### Geschichtsrevisionismus im Bundestag?

Sollte sich Münzenmaier nach seiner Verurteilung genötigt sehen, sein Bundestagsmandat nicht wahrzunehmen, könnte **Stefan Scheil** von Listenplatz 5 nachrücken.

Der Historiker hat sich in der extremen Rechten als Publizist und Referent einen Namen gemacht. In seinen Veröffentlichungen stellt er die Kriegsschuld Deutschlands infrage (siehe hierzu auch Lotta #41, S. 47). Seit 2009 schreibt

Scheil regelmäßig für die *Junge Freiheit* (JF) und veröffentlicht in der „neurechten" Zeitschrift *Sezession*. Der Gründer des *Instituts für Staatspolitik*, **Götz Kubitschek**, interviewte im Oktober 2014 Scheil, den damaligen AfD-Kreistagsabgeordneten des Rhein-Pfalz-Kreises und dortigen Fraktionssprecher, zusammen mit **Björn Höcke** zu Zukunft und dem politischen Verständnis der AfD. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führte unter anderem Scheils Thesen in der JF an, um die Beobachtung der Zeitung in den frühen 2000er Jahren zu begründen Auch bei der *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn*, bekannt geworden durch ihre Forderung eines „Ariernachweises" für Burschenschaftler, referierte Scheil mehrfach. Die *Raczeks* sind personell eng mit der AfD Rheinland-Pfalz verbunden, an prominentester Stelle durch deren Landtagsabgeordneten **Joachim Paul**. Diese politischen Stimmen treten innerhalb der Partei immer offener auf. Auf seiner offiziellen Facebook-Seite bekennt Paul neuerlich seine politische Solidarität zu **Steve Bannon**, einer zentrale Figur der amerikanischen „Alt-Right"-Bewegung.

## Die Listenplätze zwei bis vier

Auf Listenplatz zwei zog für die AfD Rheinland-Pfalz Dr. **Heiko Wildberg** aus Germersheim in den Bundestag ein. Wildberg bezeichnet sich selbst als liberal-konservativ und war langjähriges Mitglied der Partei *Bündnis90/Die Grünen* und Mandatsträger in Kandel/Pfalz. Auch **Andreas Bleck** wird sich zukünftig MdB nennen dürfen. Der Lehramtsstudent war einst Mitglied der *Jungen Union* und des islamfeindlichen Vereins *Bürgerbewegung Pax Europa*, für den er Veranstaltungen, unter anderem mit dem wegen Volksverhetzung verurteilten **Karl-Michael Merkle** („**Michael Mannheimer**") organisierte. Den vierten und letzten Platz erhielt die Regierungsschuldirektorin **Nicole Höchst** aus Speyer, Mitglied der Bundesprogrammkommission der AfD und dort zuständig für Schul- und Bildungspolitik. Sie brachte ihre Themen Gender-Mainstreaming und „Frühsexualisierung" in die Erarbeitung des Grundsatzprogramms der Partei mit ein. Die Beamtin war an einer Pfefferspray-Verteilaktion der AfD in Rheinland-Pfalz beteiligt.

Sebastian Münzenmaier „im Schicksalsjahr 2017"

## Was folgt

Nach Münzenmaiers Verurteilung dürfte der politische Druck auf die Partei wachsen. Mitangeklagte Münzenmaiers, die Geständnisse abgelegt hatten, wurden ebenfalls zu Geld- und Bewährungsstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt. Ob Münzenmaier sein Mandat antritt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Partei den Schaden ihrer Außenwahrnehmung in Kauf nimmt. Als Partei, die härtere Strafen für Gewalttäter fordert, wäre ein verurteilter Hooligan-schläger sicherlich kein gutes Aushängeschild. Das aber dürfte zumindest der Parteispitze in Rheinland-Pfalz schon vor der Aufstellung der Landesliste klar gewesen sein. Davon ausgehend, dass Münzenmaier seine ausstehende Verhandlung nicht verheimlicht hat, wurde ganz bewusst ein Kandidat aufgestellt, der in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs einem Strafprozess wegen Körperverletzung entgegensah. Die Alternative wäre nun ein Geschichtsrevisionist, der mit seiner Haltung nicht hinterm Berg hält. Ob nun Münzenmaier oder Scheil: Die gesellschaftliche Rechtsentwicklung wird sich demnächst auch im Bundestag bemerkbar machen. Im rheinland-pfälzischen Landesparlament hat man davon schon einen Vorgeschmack bekommen.

Von Sebastian Hell und Sonja Brasch

# Drahtzieher im „neurechten“ Netz

## Andreas Lichert im Netzwerk von AfD, „Identitärer Bewegung“ und „Neuer Rechten“

**Andreas Lichert hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der exponiertesten Akteure der „Neuen Rechte“ gemausert. Der 42-Jährige aus Bad Nauheim im hessischen Wetteraukreis ist gut vernetzt und nimmt unter anderem bei der hessischen AfD und der „neurechten“ Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“ (IfS) wichtige Funktionen ein. Doch auch zur „jungen“ Generation hat Lichert enge Kontakte.**

Die politische Karriere des Diplom-Ingenieurs **Andreas Lichert** begann 1998 in der FDP. 2002 verließ er die Partei und orientierte sich zunehmend nach rechts. Seit 2005 ist Lichert in der Führung des *Instituts für Staatspolitik* (IfS) und des *Vereins für Staatspolitik*, dem Trägerverein der Zeitschrift *Sezession*, tätig. Bei *Sezession* betätigt er sich auch als Autor. Das IfS wurde im Jahr 2000 in Bad Vilbel gegründet, nur wenige Kilometer entfernt von Licherts Wohnort. Es versteht sich als „Forschungs- und Bildungseinrichtung von und für Rechtsintellektuelle“ sowie als „Vernetzungsstruktur“, die „Bildungsarbeit mit jungen Menschen betreibt“. Unter den Gründern waren **Karlheinz Weißmann** und **Götz Kubitschek**, die der kleinen, aber einflussreichen völkischen Korporation *Deutsche Gildenschaft* entstammen. 2003 zog das IfS mit Kubitschek nach Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Lichert blieb in Hessen, ist aber bis heute Vorsitzender des Trägervereins.

### „Maximum an Resonanzraum für unsere Ideen“

Parteipolitisch fand Lichert 2013 in der hessischen AfD ein neues Zuhause. Seit 2015 ist er sowohl Beisitzer im Landes- als auch im Kreisvorstand in der Wetterau, zudem ist er ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter im Wetteraukreis, wo die AfD 10 von 81 Sitzen hat. Nach der Wahl Licherts in den Vorstand der Wetterauer AfD legten mehrere Vorstandsmitglieder ihre Ämter nieder. Sie konnten sich keine Zusammenarbeit mit ihm vorstellen. Obwohl sie bei dessen Eintritt in die Partei keine Bedenken geäußert hatten, erklärten sie nun, eine weitere Ausrichtung der AfD nach rechts wahrzunehmen.

Bevor Lichert in der hessischen AfD offizielle Posten bekleidete, bewarb er sich Anfang 2015 bei der AfD-Franktion im thüringischen Landtag auf eine Referentenstelle. Seine Anstellung verhinderten drei Abgeordnete, weil ihnen Lichert zu weit rechts stand. **Björn Höcke** hingegen hätte ihn gern eingestellt und ihm die Leitung des Arbeitskreises „Asyl und Einwanderung“ anvertraut.

Auch bei der AfD-Jugendorganisation ist er gern gesehen. Beim Landeskongress der hessischen *Jungen Alternative* (JA) auf dem Haus der DB-Burschenschaft *Germania* in Marburg im Juni 2017 war auch Lichert vor Ort. (vgl. Lotta #67, S. 26). Zwei Wochen später referierte er bei der JA unter dem Titel „Herrschaft durch Wohlstandsillusion“. In einem Internetbeitrag heißt es, Lichert habe „ausführlich dargelegt, mit welch billigen Taschenspielertricks die herrschende Politkaste versucht, ihre Agenda auch gegen den Willen des Volkes durchzusetzen“.

Andreas Lichert ist in der hessischen AfD eine der treibende Kräfte des völkischen Flügels. Er nahm an Treffen der innerparteilichen Fraktion *Der Flügel* teil und bildete in der hessischen AfD den

*Herkules-Kreis*, um auch im Landesverband die völkischen Kräfte zu bündeln. Das ARD-Magazin *Panorama* berichtete von einem Vortrag Licherts bei der *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn*, wo er erklärte, die AfD sei „überhaupt das Maximum an Resonanzraum für unsere Ideen, das wir uns vorstellen können”. Mittlerweile ist Andreas Lichert fester Bestandteil der hessischen AfD geworden. Er trat im Wahlkreis Hochtaunus als Direktkandidat an und rangierte auf der Liste der hessischen AfD zur Bundestagswahl auf Platz 7. Den Einzug in den Bundestag über die Landesliste hat er hierbei nur knapp verpasst.

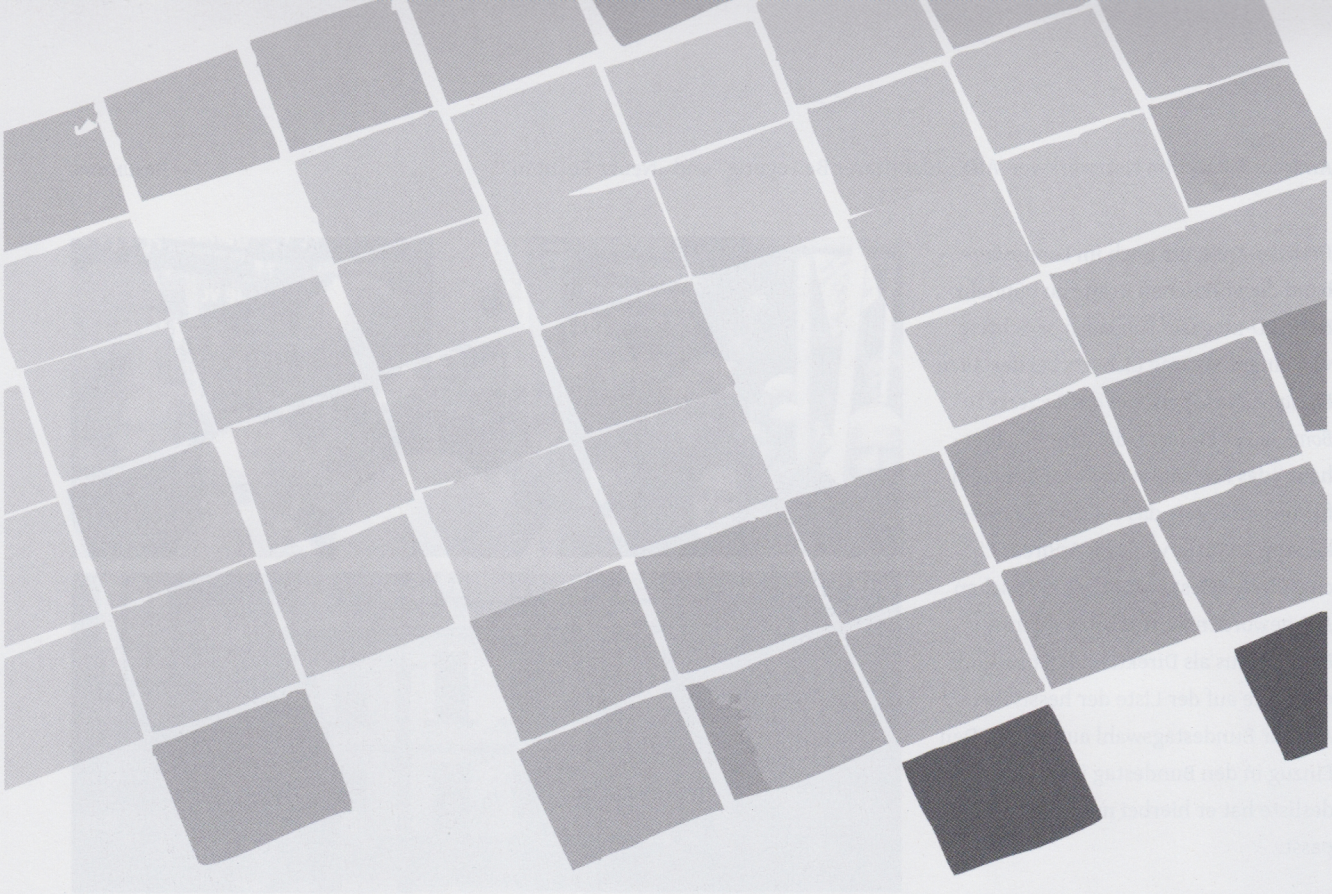
**Bild oben:** Lichert bei der „Demo für Alle“ am 30. Oktober 2016 in Wiesbaden.
**Bild unten:** Hausprojekt der „Identitären“ und „Einprozent“ in Halle an der Saale.

## Verflechtungen nach Halle

Am 11. Mai 2013 eröffnete Lichert im Erdgeschoss seines Hauses in Karben die „Projektwerkstatt“. Zwei Tage später hieß es in der *Blauen Narzisse*, in Karben entstehe eine „Identitäre Projektwerkstatt“. (vgl. LOTTA #52) Doch bereits 2014 schloss Lichert die Projektwerkstatt wieder. Im folgenden Jahr siedelte er mit seiner Firma *Lichert GmbH* nach Bad Nauheim über. Als Haupttätigkeit der GmbH wird die „Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie“ genannt. Zu ihren Marken zählen neben *Kellerkraftwerk* und *ECOfaktum* auch das Grafik-Studio *Mosaik-Kommunikation*. Die Web-Domain des Grafik-Studios ist auf den Namen des WÜGIDA-Gründers **Simon Kaupert** registriert. Kaupert hat nicht nur direkte Verbindungen nach Hessen, er nahm im Mai 2015 auch an einem Zeltlager der JN-Hessen bei Gießen teil. Seit Anfang 2016 taucht Kaupert auch als Vertreter von *EinProzent* auf. Die selbsternannte Bürgerinitiative, gegründet unter anderem von Götz Kubitschek und dem ehemaligen Pressesprecher der *Deutschen Burschenschaft*, **Philip Stein**, unterstützt das „neurechte“ Netzwerk mit Filmproduktionen und Social Media Content. Kaupert tritt auch selbst in den Videoproduktionen von *EinProzent* auf. Außerdem verfasste er zuletzt ein Reisetagebuch der „Defend Europe“-Aktion der *Identitären Bewegung* (IB) im Mittelmeer.

Doch nicht nur personell ist das Grafik-Studio an die „neurechten“ Netzwerke angebunden. Ansässig ist das Studio in der Adam-Kuckoff-Strasse 16 in Halle. Unter eben jener Adresse versuchen Personen aus der *Identitären Bewegung*, deren Ableger *Kontrakultur Halle* sowie der Initiative *EinProzent* ein Zentrum „mit Büros, Planungszentrale und Veranstaltungsraum“ zu errichten. Finanziert wurde es laut *Sachsen-Anhalt Rechtsaußen* mit bis zu 330.000 Euro durch die *Titurle-Stiftung*, einer laut Selbstdarstellung „gemeinnützigen Stiftung im Aufbau“. Auf der Homepage der Stiftung wird als Kontaktperson Andreas Lichert angegeben. Er sei Berichten der Tageszeitung *Die Welt* zufolge bei dem Hauskauf als Bevollmächtigter aufgetreten. Gegen den Vorwurf, dass er als AfD-Funktionär trotz des bestehenden Unvereinbarkeitsbeschluss offen mit der *Identitäten Bewegung* zusammenarbeitet, erwehrt sich Lichert. Nicht die IB sei Mieter des Hauses, sondern lediglich die Initiative *EinProzent*, und die stünde eben nicht im Unvereinbarkeitsbeschluss. Auch ein anderer AfDler ist mittlerweile in die Adam-Kuckoff-Straße eingezogen: Der Landtagsabgeordnete **Hans-Christian Tillschneider** eröffnete dort im September 2017 ein Büro. Er rechtfertigt die Überschneidungen mit der IB mit dem gleichen fadenscheinigen Argument wie Lichert. Dass es sich hierbei um eine formale Augenwischerei handelt, liegt bei den vielfältigen personellen, geschäftlichen und institutionellen Überschneidungen auf der Hand.

Andreas Lichert ist ein Paradebeispiel für die strategische Arbeit des völkischen Flügels der AfD. Er ist fest in die „neurechten“ Netzwerke eingebunden und lässt sich nicht von formalen Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausbremsen. Diese Netzwerke schaffen eine rechte Infrastruktur, die der Szene Räume und Arbeitsverhältnisse und damit Sicherheit als Grundlage für ihre Politik bietet.



Von Felix Hansen

# Der NSU-Prozess in der Endphase

## Bundesanwaltschaft beharrt auf der Trio-These

**Nach mehr als vier Jahren haben im Münchener NSU-Prozess die Schlussvorträge begonnen. Die Bundesanwaltschaft sieht ihre Anklage durch die Beweisaufnahme vollumfänglich bestätigt und fordert teils hohe Strafen für die fünf Angeklagten. Der Prozess befindet sich damit in seiner finalen Phase. Nach der Bundesanwaltschaft hält nun die Nebenklage ihre Schlussvorträge, danach haben die Verteidigung und die Angeklagten das Wort, bevor das Gericht das Urteil spricht.**

Die Dimension des NSU-Prozesses ist gewaltig: 374 Verhandlungstage dauerte die Beweisaufnahme im Saal A101 des Münchener Strafjustizzentrums, an denen 248 Beweisanträge gestellt wurden — 152 davon von der Nebenklage. Fast 540 Zeug_innen und 56 Sachverständige vernahm das Gericht. Über ein Drittel (216) der geladenen Personen waren Polizist_innen, aus den Verfassungsschutzämtern kamen 13 Zeug_innen — hauptsächlich aus Thüringen und Hessen — sowie mindestens 8 Informant_innen, die aus der Neonazi-Szene den Behörden berichteten. Die meisten VS`ler_innen und V-Leute wurden auf Initiative der Nebenklage hin geladen, die Bundesanwaltschaft wollte die VS-Ämter weitestgehend aus dem Verfahren heraus halten und hatte mit **Tino Brandt** lediglich einen V-Mann als Zeugen in ihrer Anklage benannt.

Mit Blick auf die Zeug_innen zeigen sich auch die Lücken des Prozesses. So wurden 63 Neonazis vernommen, von denen 19 die drei untergetauchten Jenaer Nazis und den NSU nachweislich unterstützt hatten. Mit 23 geladenen Personen aus der Szene in Chemnitz wurde vergleichsweise intensiv die Frühphase des NSU beleuchtet. Im Jahr 2000 zogen die drei Untergetauchten dann von Chemnitz ins knapp 50 Kilometer entfernte Zwickau um. Die Frage, wer — abgesehen vom Ehepaar **Eminger** — das NSU-Kerntrio in Zwickau unterstützte, blieb dagegen weitgehend unbehandelt. Dies verweist nicht nur auf eklatante Mängel in den Ermittlungen von Bundesanwaltschaft und BKA, auch das Gericht machte mit der Ablehnung entsprechen-

der Beweisanträge der Nebenklage, wie zum früheren Zwickauer **Ralf Marschner** alias V-Mann „Primus", deutlich, dass es kein Interesse hatte, die Zeit in Zwickau umfassend zu untersuchen.

## Schnelle Abhandlung der Taten

Vergleichsweise viel Raum nahm im Prozess der Anschlag in der Kölner Keupstraße ein, hierzu wurden 53 Personen vernommen. Die anderen Morde und Anschläge hingegen wurden teilweise äußerst schnell abgewickelt. Mit dem Mord an **Mehmet Turgut** im Februar 2004 in Rostock beschäftigte sich das Gericht lediglich an einem einzigen eigenen Verhandlungstag, an vier weiteren Tagen ging es zwar um den Mord in Rostock, aber ebenso noch um andere Themen. Lediglich acht Personen wurden vernommen. Angehörige hörte das Gericht nicht. Ähnlich bei der Beweisaufnahme zum Mord an **Süleyman Taşköprü** in Hamburg, wo lediglich sieben Personen vernommen wurden, oder beim Mord an **Theodoros Boulgarides** in München, bei dem es neun waren. Dies zeigt, wie wenig zu einzelnen Taten bekannt ist und wie wenig vor Ort ermittelt wurde.

Von den Angehörigen der Mordopfer wurden nur Nebenkläger_innen aus fünf Familien vom Gericht angehört. Den anderen blieb die Möglichkeit, über die Folgen und Auswirkungen der Taten zu berichten, verwehrt. Die für viele Nebenkläger_innen äußerst wichtige Fragen nach der konkreten Auswahl der Opfer und nach möglichen Unterstützer_innen an den Tatorten waren kaum Thema im Prozess und bleiben bis heute ungeklärt.

## Kampf um die Deutungshoheit

Die Bundesanwaltschaft nutzte gleich den Beginn ihres Plädoyers dazu, ihre Leitlinien deutlich zu machen. Anhaltspunkte für eine „strafrechtliche Verstrickung von Angehörigen staatlicher Stellen" habe es im Prozess nicht gegeben — und wenn es sie gegeben hätten, wären sie in „gesetzlich vorgesehener Weise" aufgeklärt worden. Die Bundesanwaltschaft beharrt in ihrem Plädoyer auf ihrer Anfangsthese, der NSU habe lediglich aus einem isolierten Trio (**Böhnhardt**, **Mundlos** und **Zschäpe**) bestanden, das alle Morde, Anschläge und Raubüberfälle alleine verübt habe. Alle, die diese These in Zweifel ziehen, diffamierte Bundesanwalt **Herbert Diemer** vor Gericht als „Irrlicher". Die Lücken in den eigenen Ermittlungen nutzte die Bundesanwaltschaft dabei zu massiven Angriffen auf die Nebenklage. Oberstaatsanwältin **Anette Greger** verstieg sich gar in die dreiste Behauptung, einige Rechtsanwälte hätten ihren Mandanten offensichtlich die Existenz von rechten Hintermännern versprochen. Dabei nutzt die Bundesanwaltschaft die durch Beweisanträge der Nebenklage gewonnenen Erkenntnisse durchaus, sofern diese der Untermauerung ihrer These dient. Andere Erkenntnisse, etwa die zentrale Rolle des Unterstützungsnetzwerks und der *Blood & Honour*-Strukturen, ignoriert die Bundesanwaltschaft, da es ihre These vom Drei-Personen-NSU in Frage stellen würde.

## Hohe Strafen gefordert

Wie zu erwarten war, fallen die Strafanträge der Bundesanwaltschaft gegen die Angeklagten meist hoch aus. Beate Zschäpe soll als Mittäterin zu lebenslanger Haft, unter Anerkennung einer besonderer Schwere der Schuld, verurteilt werden. Darüber hinaus soll Sicherungsverwahrung gegen sie verhängt werden. Für **Ralf Wohlleben** fordert die Bundesanwaltschaft wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen zwölf Jahre Haft. **Carsten Schultze**, der als Kronzeuge der Anklage ausgesagt hatte, soll für den gleichen Tatkomplex deutlich milder davon kommen. Gegen den zur Tatzeit unter 21-Jährigen beantragte die Bundesanwaltschaft drei Jahre Jugendstrafe, ebenfalls wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen. **Holger Gerlach**, der ebenfalls einzelne Aussagen gemacht hatte, soll wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu fünf Jahren Haft verurteilt werden. Überraschend war die Bewertung von **André Eminger.** Hier fordert die Bundesanwaltschaft zwölf Jahre Haft wegen Beihilfe zum versuchten Mord, anderer Beihilfen sowie Unterstützung des NSU. Für Eminger, der sich während des gesamten Prozesses auf freiem Fuß befunden hatte, erließt das Gericht daraufhin Haftbefehl wegen Fluchtgefahr. Seine Verteidigung, die den gesamten Prozess über keinen einzigen eigenen Beweis- oder Befangenheitsantrag gestellt hatte, stellte nun mehrere Befangenheitsanträge gegen das Gericht.

Zuletzt brachten diese Befangenheitsanträge den Prozess wieder ins Stocken und verzögerten die Plädoyers der Nebenklage. In den Plädoyers bekommen auch die vom Gericht nicht geladenen Nebenkläger_innen noch einmal die Möglichkeit, ihre Perspektive und Bewertung öffentlich dazulegen. Die Anwält_innen der Nebenklage haben bereits deutlich gemacht, dass sie im Gegensatz zur Bundesanwaltschaft die ideologische und strukturelle Einbettung des NSU, das staatliche Mitverschulden, die Auswirkungen der Taten auf die Betroffenen und die über Jahre hinweg betriebenen strukturell rassistischen Ermittlungen thematisieren werden. Die Plädoyers werden sich voraussichtlich über Wochen hinziehen, ein Urteil wird erst im nächsten Jahr erwartet.

Aufmarsch am 30. September 2017 in Göteborg.

Von Peter Andersson

# „Nordischer Widerstand“ auf dem Vormarsch

## Die Neonazi-Bewegung in Schweden wächst und gedeiht

**Seit dem Untergang der „Svenskarnas parti” („Partei der Schweden”, SvP) existieren in Schweden nur noch drei nennenswerte Organisationen in der Neonazi-Szene: die „Nordiska motståndsrörelsen“ („Nordische Widerstandsbewegung“, NMR), die „Nordisk Ungdom“ („Nordische Jugend“, NU) sowie „Blood and Honour“ (B&H). Dennoch wächst die Neonazi-Bewegung und zieht neue Mitglieder aller Altersgruppen an. Antifaschist_innen müssen sich mit dieser neuen Situation auseinandersetzen. Der folgende Artikel soll über die Entwicklung und den aktuellen Stand neonazistischer Organisierung in Schweden informieren.**

Im Mai 2015 beschloss die SvP ihre Selbstauflösung, da sie an ihren Zielen bei den Wahlen 2014 gescheitert war. Die Stimmen, mit denen die SvP gerechnet hatte, gingen stattdessen an die rechtspopulistische Partei *Sverigedemokraterna* (*Schwedendemokraten*, SD), einer Partei, die viele Gemeinsamkeiten mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) hat. Somit bleiben der Neonazi-Szene nur noch die erwähnten drei größeren Strukturen. Während die NMR in ganz Schweden aktive „Sektionen“ unterhält, haben sowohl B&H als auch die NU nur eine Handvoll aktiver Mitglieder, B&H vor allem in Südschweden, die NU in erster Linie in Stockholm.

### Die „Nordische Jugend“

Die NU ist vor allem für medienwirksame Öffentlichkeitsaktionen bekannt. Ideologisch ist sie mit der *Identitären Bewegung* zu vergleichen, hinzu kommen konservative und katholischen Tendenzen. Sie ist ausschließlich in Stockholm aktiv, nachdem sie ihre wenigen Aktivisten in anderen Städten verloren hat. Die NU bildete früher eines der Verbindungsglieder zwischen der völkisch-nationalistischen Bewegung und der rechtspopulistischen SD, die jedoch die Zusammenarbeit mit ihrer eigenen Jugendbewegung beendet hat, was auch

das Ende ihrer Funktion als Verbindungsglied bedeutete. Während der letzten zwei Jahre widmete sich die NU insbesondere Aktivitäten in der Nähe von Migranten_innenunterkünften und Protestaktionen gegen die LGBTQ-Bewegung im Zusammenhang mit der Stockholmer *Pride Parade*. Sowohl 2016 als auch 2017 versuchten 15 Mitglieder der NU, die Parade zu blockieren. Beide Male waren sie nicht erfolgreich, erreichten aber eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Einige Tage später nach dem Blockadeversuch 2017 warfen NU-Aktivist_innen Feuerwerkskörper auf eine Flüchtlingsdemonstration, während sie diese filmten und provozierten.

## B&H Schweden

B&H ist 2017 ein Schatten seiner selbst. Aktuell organisieren sie lediglich einige Konzerte, die vor allem Neonazis anlocken, die politisch nicht aktiv sind. Im August 2017 fand ein Konzert in einer kleinen Stadt in Schonen statt, das offenbar von deutschen B&H-Mitgliedern organisiert wurde. Nach einigen Jahren der Inaktivität, geplagt von internen Konflikten und Misstrauen der restlichen Neonazi-Bewegung, wurde B&H in den Jahren 2012 und 2013 wiederbelebt, zunächst mit kleinen Konzerten. Aktuell organisieren sie sowohl interne als auch halböffentliche Konzerte. Seit ihrer Wiederbelebung wurde B&H jedoch nur einmal auf der Straße gesehen: auf einer Demonstration der *Danmarks Nationale Front* (*Dänemarks Nationale Front*) in Kopenhagen im Mai 2014. B&H Skandinavien ist jedoch nach wie vor international gut vernetzt. In Schweden wurden B&H-Mitglieder aus den meisten anderen europäischen Ländern gesichtet.

## Die „Nordische Widerstandsbewegung"

Die größte Veränderung der letzten Jahre in der schwedischen Neonazi-Szene stellt das Anwachsen der NMR nach der Auflösung der SvP dar. Die NMR wurde 2012 dadurch bekannt, dass einige ihrer Aktivisten einen Mord begingen und etwa ein Jahr später ein antirassistisches Treffen in Kärrtorp, einem Stockholmer Vorort, angriffen. Nach Kärrtorp nahmen rund 15.000 Personen an einer anti-rassistischen Demonstration teil. Es begann eine neue Welle antifaschistischer Organisierung, die von einer breiten Debatte über gewaltbereiten Rechtsextremismus begleitet wurde.

Die NMR überstand die Gefängnisstrafen, zu denen ihre Aktivisten verurteilt wurden, und gewann neue Mitglieder sowohl aus dem harten Kern der Neonazi-Bewegung als auch der rechtspopulistischen beziehungsweise antiislamischen Szene. 2016 organisierten sie eine Mai-Demonstration in Borlänge und am 12. November 2016 in Stockholm mit rund 700 Teilnehmer_innen ihre bislang größte Demonstration.

## Eine Welle der Gewalt

Am Vortag der Demonstration in Stockholm explodierte eine Bombe vor einem linken Café in Göteborg. Im Januar 2017 explodierte eine weitere Bombe vor einer Flüchtlingsunterkunft in einem Göteborger Vorort. Eine dritte wurde rechtzeitig gefunden und konnte entschärft werden. Ende Januar 2017 wurden drei Männer verhaftet, die verdächtigt wurden, für diese drei Bomben verantwortlich zu sein. Alle drei waren in der NMR aktiv, einer von ihnen als lokaler Anführer in Göteborg. Die Polizei fand die DNA eines der Männer auf der ersten Bombe, ein anderer hatte den Sprengstoff für den Bau der beiden anderen Bomben beschafft. Im Juli 2017 wurden alle drei wegen fahrlässiger Gefährdung der Öffentlichkeit zu Gefängnisstrafen von 8,5, 5,5 und 1,5 Jahren verurteilt. Sowohl der Staatsanwalt als auch die Angeklagten legten Revision ein. Aufgrund mangelnder Beweise wurden die drei in zweiter Instanz zu 6,5 Jahren, 2,5 Jahren und 22 Monaten verurteilt. Während der Haft erklärten sie ihren Austritt aus der NMR. Diese bestätigte die Austritte und wies gleichzeitig jede Mitverantwortung für die Anschläge von sich.

## Weitere Aktionen der NMR

2017 organisierte die NMR erneut eine Mai-Demonstration mit 500 Teilnehmer_innen, dieses Mal in Falun. Zwar konnte sie weniger Teilnehmer_innen als im Vorjahr in Stockholm mobilisieren, für eine Kleinstadt in Mittelschweden handelte es sich aber dennoch um eine recht hohe Anzahl. Für den 30. September 2017 wurde eine weitere Demonstration in Göteborg angemeldet — die erste größere einer rechten Organisation in Göteborg seit dem 2. Weltkrieg. In den Wochen vor dieser Demo erhielt die NMR große Aufmerksamkeit, sowohl auf Grund der Verurteilung der drei Bombenleger, als auch, weil die Polizei die Route der Demonstration verlegte. Die NMR nahm dies zum Anlass, bereits einige Wochen zuvor mit rund 70 bis 80 Personen die für den 30. September verweigerte Route abzulaufen. Die Polizei wurde dafür kritisiert, dass sie die Demonstration nicht verhinderte. Die NMR bekundete selbstbewusst, sie würde ihr Handeln selbst bestimmen, ohne dass die Polizei dagegen etwas tun könne.

Vier Tage vor der Demonstration wurde die Route für den 30. September durch das Verwaltungsgericht noch weiter gekürzt. Die NMR kündigte an, diese Entscheidung nicht zu respektieren. Letztendlich nahmen 400 bis 500 Neonazis am Aufmarsch teil. Der Tag war kein Erfolg für die Neonazis, da die Teilnehmer_innenzahl deutlich hinter ihren eigenen Erwartungen zurückblieb und 10.000 Gegendemonstrant_innen auf der

Straße waren, die die ursprüngliche Route erfolgreich blockierten.

## Die Anfänge der NMR

Die NMR bekennt sich zum Nationalsozialismus, feiert **Adolf Hitler**s Geburtstag und verkauft revisionistische Bücher in ihrem Online-Shop. Inspirieren lässt sie sich sowohl von amerikanischen Neonazis als auch durch den rumänischen Faschisten **Corneliu Codreanu** (1899 — 1938) und seine „Iron Guard", von der sie die Organisationsstruktur, die fanatischen politischen Ansichten sowie das Erscheinungsbild übernommen haben.
Die NMR wurde 1997 unter dem Namen *Svenska motståndsrörelsen* (SMR, *Schwedische Widerstandsbewegung*) von Mitgliedern der *Nationalen Jugend* (*Nationell ungdom*) sowie ehemaligen Mitgliedern des *Vitt Ariskt Motstånd* (*Weißer Arischer Widerstand*) gegründet. Sie bemühte sich in den 1990er Jahren erfolglos um eine rassistische „Revolution". Ihre Mitglieder wurden stattdessen für mehrere Banküberfälle, mittels derer sie ihre Arbeit finanzieren wollten, zu Gefängnisstrafen verurteilt.
2007 änderte die NMR ihre Taktik und begann, die Öffentlichkeit zu suchen — nach kurzer Zeit vor allem in provokanter Nähe zu Antirassist_innen und linken Aktivist_innen. Wer dagegen protestierte, den griffen sie körperlich an. Als Folge der neuen Taktik wurden einige Antifaschist_innen bei gewalttätigen Übergriffen verletzt.

## Die NMR im Aufwind

Nach der Auflösung der SvP war davon auszugehen, dass sich die meisten ihrer Kader der NMR anschließen würden. Diese Erwartung hat sich jedoch bisher nicht erfüllt. Vielmehr sind die meisten heute lediglich in sozialen Medien aktiv und bleiben Demonstrationen fern.
Jetzt, im Herbst 2017, ändert sich dies langsam, da sich die NMR um eine breitere Öffentlichkeit insbesondere unter ehemaligen Anhänger_innen und Mitgliedern der *Schwedendemokraten* bemüht. Ziel ist die Überwindung der seit der Jahrtausendwende bestehenden Konflikte zwischen der NMR und anderen Organisationen. So bemüht sich die NMR nun vor allem um diejenigen, die nicht in allen Punkten mit den politischen Positionen der NMR übereinstimmen. Noch vor fünf bis zehn Jahren wäre dies undenkbar gewesen. Zwar geht damit keine Veränderung ihrer politischen oder radikalen Positionen einher, doch ist die NMR mit dieser Strategie sehr erfolgreich. Teil dieser Strategie war auch der Rücktritt des Anführers der NMR, **Klas Lund**, im Jahr 2015. Er wurde durch den wesentlich jüngeren **Simon Lindberg** ersetzt. Lindberg war lange Zeit in der *Nationalsozialistischen Front* aktiv, bevor er 2009 der NMR beitrat. Er hat das Ziel, die Kaderorganisation NMR in eine Massenbewegung zu verwandeln und scheint damit erfolgreich zu sein. Bei den Wahlen 2014 erhielten zwei führende NMR-Mitglieder, die für die *Schwedendemokraten* antraten, Nachrückmandate. Sie kündigten die Gründung eines parlamentarischen Flügels der NMR an, der bei den Wahlen 2018 antreten soll. Bislang haben sie Kandidaten in drei Städten benannt. Einer der Kandidaten ist **Bo Nilsson**. Er war Gründungsmitglied bei den *Schwedendemokraten*, verließ die Partei aber 1999.

## Internationale Kontakte der NMR

Bereits die SvP hatte eine Vielzahl an internationalen Kontakten. Der einstige Parteiführer ist der Vorsitzende der *Alliance for Peace and Freedom* (AFP, *Allianz für Frieden und Freiheit*), die extrem rechte Parteien in Europa — wie NPD, *Chrysi Avgi* und *Forza Nuova* — vereinigt. Die Herausgeber der NMR-Parteizeitung *Motgift* (*Gegengift*) machten ihr Blatt in den letzten Jahren zu einem Medienprojekt, das eng mit der AFP und ihrem Stiftungsprojekt *Europa Terra Nostra* verknüpft ist. Sie veröffentlichen Bücher und Podcasts, darüber hinaus bieten sie ein Online-Forum für schwedische Aktivist_innen an. Versuche, dieses zu einem eigenen Social-Media-Projekt auszubauen, scheiterten an mangelndem Interesse. 2017 nahm die NMR an Demonstrationen in Ungarn und Deutschland teil. Im August 2017 entsandte sie eine Delegation zum **Rudolf-Heß**-Gedenkmarsch in Berlin und hielt dort eine Rede.

**Weiter Infos unter**
http://www.research.nu
(Research Gruppen)

Von Hannah Tietze und Kim Langemann

# Ein Ort in Verruf

## Die Dortmunder Nordstadt

**No-Go-Area", „kriminogener Ort", „Problembezirk": Das sind Attribute, mit denen die Dortmunder Nordstadt immer wieder Schlagzeilen macht. Die Erzählung der Polizei vom „Multiproblemviertel" bleibt weitgehend unwidersprochen. Der Diskurs ist fragmentiert, unüberschaubar und auch nicht systematisch erfasst. Was fehlt, ist eine kritische Begleitung und Intervention von links, zumal viele Antifaschist_innen die Nordstadt als ihren „Kiez" betrachten.**

Die Debatte um die angebliche „No-Go Area" ist so wirkmächtig, dass Jede und Jeder zu wissen scheint, wie das Leben in der Nordstadt ist, wohin man gehen sollte und wohin besser nicht. Die Bezeichnung „kriminogen" bedeutet „zu Verbrechen führend", „Verbrechen hervorrufend". Der Ort führt jedoch nicht dazu, dass Menschen kriminalisierbares Verhalten zeigen, also im Sinne der Polizei straffällig werden, sondern die Lebenslagen der Menschen, die an diesem Ort leben.

Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut prägen den Stadtteil, der sozialräumlich vom Rest der Stadt abgetrennt ist. Es geht bei der Konstruktion „kriminogener Orte" also auch um die Kontrolle abweichenden Verhaltens, das als unliebsam und unangepasst gilt und der bürgerlichen Gesellschaft ein Dorn im Auge ist. Dies betrifft hauptsächlich marginalisierte und ausgeschlossene Gruppen, die im öffentlichen Raum „herumlungern" und die Mehrheitsgesellschaft vermeintlich in Angst und Schrecken versetzen. Dadurch entstehen vermeintliche „Angsträume".

### „Gefährlich" und „verrufen"

25 Orte in NRW sind derzeit von der Polizei als „gefährliche" beziehungsweise „verrufene" Orte eingestuft, darunter die Dortmunder Nordstadt. §12 Abs. 1 Nr. 2 des Polizeigesetzes in Nordrhein-Westfalen ermöglicht der Polizei, sich selbst weitreichende Befugnisse zur „Gefahrenabwehr" zu verschaffen. Die Einstufung eines Ortes als „gefährlich" erlaubt es ihr, Personen ohne jeglichen Anlass zu kontrollieren und die Identität der Menschen festzustellen. Weitere sogenannte „Präsenzkonzeptionen", die damit einhergehen, sind beispielsweise die Bildung von Ordnungspartnerschaften, regelmäßige Sicherheitsbesprechungen zwischen Stadt und Polizei sowie die Durchführung von Schwerpunkteinsätzen und Razzien (vgl. Landtag NRW, Drucksache 16/14861). Dabei geht die Polizei sogar soweit, Aufenthalts- und Betretungsverbote für die Nordstadt („Nordstadtverbot") auszusprechen und Grundrechte zu beschneiden. Auch rüstet die Stadt Dortmund derzeit einen Teil der Mitarbeitenden des Ordnungsamtes probeweise mit „Einsatzmehrzweckstöcken" aus. Prävention sieht anders aus.

### „Ermittlungskommission Maghreb"

Trotz sinkender Straftaten führt die Polizei auf der beschriebenen Grundlage in regelmäßigen Abständen Großkontrollen in der Dortmunder Nordstadt durch und feiert sich für ihre vermeintlichen Erfolge. So heißt es in einer der zahlreichen Polizei-Pressemeldungen: „In der Hauptsache handelte es sich bei den kontrollierten Personen um nord- und schwarzafrikanische junge Männer. Gegen Verdächtige aus diesem Personenkreis geht die Dortmunder Polizei

seit fast 2 Jahren mit der Ermittlungskommission (EK) Maghreb vor." Für „Kriminelle" soll der Aufenthalt in der Nordstadt „so unattraktiv wie möglich" gestaltet werden, so Polizeipräsident Gregor Lange. Der institutionelle Rassismus drückt sich nicht zuletzt in der Namensgebung der EK aus und erinnert an die im NSU-Komplex ermittelnde „SOKO Bosporus", deren Titel erst nach der Selbstenttarnung des NSU skandalisiert wurde.

## Rassistische Polizeigewalt

In der Nordstadt ist Racial Profiling und Polizeigewalt traurige Normalität. Was nahezu täglich beobachtet werden kann, sind keine harmlosen Kontrollen, sondern Übergriffe, Misshandlungen und Demütigungen auf offener Straße. In unserem direkten Umfeld findet immer wieder aufs Neue eine Kriminalisierung Schwarzer Menschen statt. Racial Profiling wird schon seit langer Zeit von Initiativen und Betroffenen kritisiert (vgl. LOTTA #54, S. 55ff. und Schwerpunktartikel zu Rassismus und Polizei in diesem Heft). Die Polizei tritt als eigenständige politische Akteurin auf, sie kontrolliert „die Anderen" zum Wohle Aller; sie managt den Raum, um zumindest zeitweise einen vermeintlich sicheren Ort herzustellen. „Mit ihrer Praxis sendet die Polizei auch eine Botschaft an die weiße Mehrheitsbevölkerung: Schaut her, wir sind eure Verbündeten, wir sorgen für eure Sicherheit und beschützen euch vor den gefährlichen Anderen" so Biplab Basu, Mitbegründer der „Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt" (vgl. Analyse&Kritik Nr. 629, S.11 vom 15. August 2017). Die Grenzziehung zwischen „uns" und „den Anderen" wird dadurch verfestigt und hierarchisiert. Oft bleibt die Praxis dabei unkommentiert und Leute schauen weg, oder finden es gar richtig, dass endlich mal hart durchgegriffen wird.

## Ohnmacht und Wut

Mit den Lebenslagen vieler weißer Linker hat dies alles wenig zu tun. Wenngleich sich die Markierung von Orten als „gefährlich" (Hamburg, Gefahrengebiet rund um die Rote Flora) oder „verrufen" (Leipzig, Conne Island) auch gegen links richtet. Der fundamentale Unterschied besteht jedoch darin, dass Schwarze Menschen im Alltag aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit an bestimmten Orten (in der Nordstadt) potenziell zu Straftätern erklärt werden. In vielen Fällen kommt es vor, dass ein Einmischen in rassistische Personenkontrollen zur Androhung oder Aussprache von Platzverweisen führt, um so die Kontrollen weitestgehend unbeobachtet durchführen zu können. Interventionen hinterlassen ein Ohnmachtsgefühl und Wut, da der Eindruck entsteht man sei handlungsunfähig. Zudem ist uns bekannt, dass es bei Ingewahrsamnahmen auf der Nordwache nicht selten zu Misshandlungen der Betroffenen kommt.

## Die Soziale Frage stellen

Die Deutungshoheit und der Handlungsspielraum wird viel zu oft den „Ordnungshütern" überlassen. Wir wollen verdeutlichen, dass nur ein ganzheitlicher Blick auf den Stadtteil auch und gerade mit all den sozialen Problemlagen Anknüpfungspunkte bieten kann. Das aufgezeigte Spannungsfeld ist jedoch nicht widerspruchsfrei, es gibt auch Grenzen die unüberwindbar erscheinen und mit emanzipatorischen Bestrebungen unvereinbar sind. Viel zu oft findet dennoch (ob bewusst oder nicht) eine Einteilung und damit verbundene Abgrenzung in „Wir" und „Die" statt. Rassismus wird auch in Teilen der Linken auf unterschiedlichen Ebenen als soziales Verhältnis fortgeschrieben und stabilisiert. Die soziale Frage muss letztendlich wieder vermehrt zum Gegenstand linker Analyse und Praxis gemacht werden. „Ein linkes Projekt muss den Kampf für eine offene, antirassistische, antisexistische Gesellschaft verbinden mit dem Kampf für eine soziale und ökonomisch sichere Existenz jedes und jeder Einzelnen", so Sebastian Friedrich (vgl. *Neues Deutschland* vom 10. April 2017). Diese Prämisse gilt auch für die Nordstadt, in der es noch zu selten gelingt, soziale Fragen gleichberechtigt und zusammengedacht in ihrer Verwobenheit mit antirassistischen und antisexistischen Politiken, zu denken und zu thematisieren und daraus eine solidarische Praxis zu entwickeln.
Für eine gelebte Solidarität müssen Grenzen zwischen Communities überwunden werden — dazu braucht es gemeinsame Orte. Die Nordstadt hält sie bereit.

Von Alena Becker

# Ein würdevolles Gedenken in Lety bei Písek

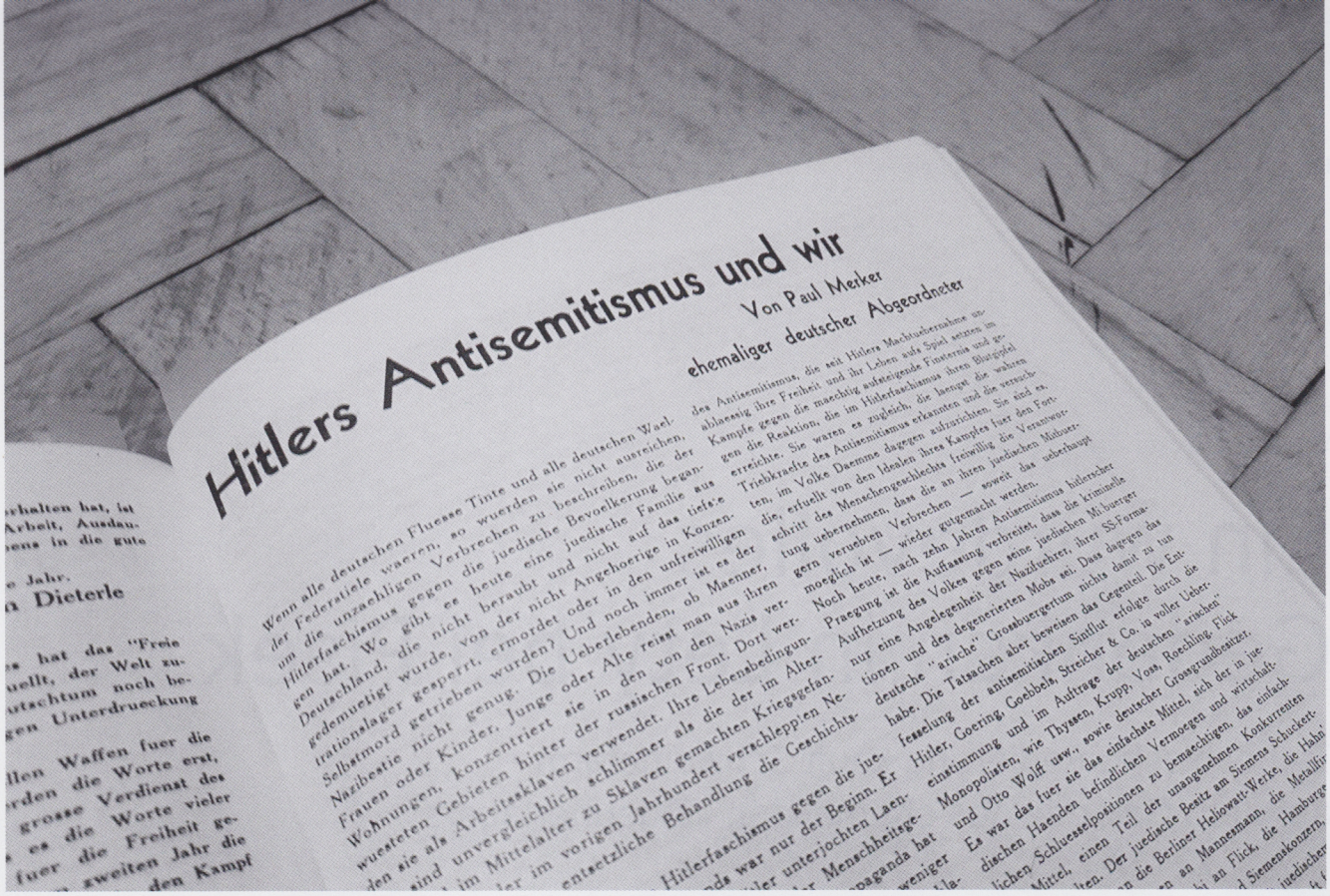
## Tschechische Regierung kauft Schweinefarm auf dem Gelände des ehemaligen „Zigeunerlagers“

Mehr als 20 Jahre dauerte der Kampf um die Schweinefarm, die sich seit 1976 auf dem Gelände des ehemaligen „Zigeunerlagers“ im südböhmischen Lety u Písku befindet. Hier starben während der Jahre 1942 und 1943 mehrere Hundert Menschen, hauptsächlich an Krankheiten. LOTTA berichtete zuletzt im Sommer 2015 (LOTTA #59) und Herbst 2016 (LOTTA #64).

Verantwortlich für den Umgang mit den Häftlingen und den Ausbruch der Krankheiten war in erster Linie der tschechische Lagerkommandant **Josef Janovský**. Diejenigen Häftlinge, die im Lager nicht an Krankheiten starben, wurden nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet. Während es in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit durchaus ein gewisses Bewusstsein für das an den Roma begangene Unrecht gab, liess die Kommunistische Partei in den 1970er Jahren — zu Beginn der sogenannten „Normalisierung“ — die auf die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ folgte, auf dem Gelände des Lagers eine Schweinefarm errichten. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde diese privatisiert. Mit den Recherchen des usamerikanischen Genealogen **Paul Polansky** begann der lange Kampf um ein Gedenken an das Geschehen in Lety, an dem sich neben unermüdlichen Roma-Aktivist_innen auch viele weitere Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Ländern beteiligten. Mit der Zeit kam es so zunächst zur Errichtung eines — inhaltlich fragwürdigen — Gedenkpfades, der sich um das Gelände herumschlängelt, später zur Einrichtung eines Gedenkortes am Platz der Massengräber, in denen die Toten des Lagers verscharrt wurden. Doch die Schweinefarm blieb und machte ein würdevolles Gedenken unmöglich. Wenngleich vom Gedenkort aus nicht sichtbar, so war sie — und ist sie bis heute — umso deutlicher riechbar.

### Bis März 2018 abgewickelt

Nachdem das tschechische Parlament im November 2016 die Regierung beauftragte, die Farm zu kaufen, stimmten auch die Aktionär_innen der Betreiberfirma AGPI im Sommer 2017 mit einer Mehrheit von 89 Prozent einem Verkauf der Schweinefarm an den tschechischen Staat zu. Ein AGPI-Sprecher erklärte im September 2017, die Schweinefarm könne bis zum März 2018 komplett abgewickelt werden, um einem Gedenkort Platz zu machen. Der Kaufpreis jedoch ist bislang geheim, er kann erst nach der Unterzeichnung des Kaufvertrages veröffentlicht werden. Auf den ersten Freudentaumel folgte so erneut nervenzehrendes Warten, zumal auch in Tschechien demnächst das Parlament neu gewählt wird. Wilde Spekulationen über die Höhe des Preises setzten ein. Nun wurde bekannt, dass der Vertrag spätestens Mitte Oktober 2017 unterschrieben werden soll und der Kaufpreis erst aus dem kommenden Haushalt beglichen wird. Mehrfach, zuletzt am 2. Oktober 2017, versicherte Kulturminister **Daniel Herman**, dass er jedoch unter 450 Mio. Kronen, also bei weniger als 16,8 Mio. Euro liege und damit ein ganzes Stück unter den erwarteten mindestens 20 Mio. Euro. Ein gutes Ende ist nach Jahrzehnten zum Greifen nah.




Von Alena Becker

# „Schuldig sind nicht nur die reaktionären Klassen“

## Über Paul Merker, den NS und die Parteilinie aus Moskau

„Hatten Sie Verbindung zu jüdischen Organisationen in der DDR?“, „Kennen Sie den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde?“, „Sind Sie Mitglied jüdisch-zionistischer Organisationen?“, „Forderten Sie die Rückgabe kapitalistischen Besitzes von Juden?“ — Diese und ähnliche Fragen stellten Mitarbeiter_innen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) dem am 30. November 1952 verhafteten Paul Merker während seiner Untersuchungshaft in Hohenschönhausen. Während der Verhöre wurde er als „Judenknecht“ beschimpft. Doch nicht, weil er Jude gewesen wäre, was ohnehin nicht zutraf. Vielmehr bestrafte man ihn — vor dem Hintergrund seiner Abweichung von der aus Moskau vorgegebenen Parteilinie — für seine Haltung in Bezug auf den Holocaust und die Entschädigung der jüdischen NS-Opfer.

**Paul Merker**, 1894 geboren, war gelernter Kellner. 1920 trat er in die KPD ein, für die er vier Jahre später als Abgeordneter in den Preussischen Landtag einzog. 1927 wurde er das erste Mal in das ZK gewählt, 1930 jedoch aufgrund einer „linksopportunistischen Abweichung“ wieder ausgeschlossen. Ab 1931 war er für die *Komintern* als Berater der *Kommunistischen Partei der USA* aktiv. 1933 ging er in die Sowjetunion, im Jahr darauf kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der illegalen KPD-Leitung. Zwei mal noch, 1935 und 1939, wurde er erneut sowohl in das ZK als auch in das Politbüro gewählt. 1941 wurde er in Frankreich interniert, konnte aber 1942 nach Mexiko fliehen. Als er hier zu den anderen deutschen kommunistischen Exilant_innen stieß, war er als Mitglied des Politbüros und des ZK das ranghöchste Parteimitglied. Als solches beanspruchte er die Führung vor Ort, die bereits seit einiger Zeit heiß umkämpft war, für sich.

## Machtkampf im Exil

Ihren Führungsanspruch hatten vor Merker bereits **Alexander Abusch**, **Georg Stibi** und **Otto Börner** angemeldet, die schon im Dezember 1941 in Mexiko angekommen waren und sich sogleich gegen die bisherige Leitung der Gruppe wandten. Diese bestand aus **André Simone**, **Leo Katz**, **Bruno Frei** und **Rudolf Feistmann**. Da Abusch, Börner und Stibi weiter oben in der Parteihierarchie standen, machten sie ihren Anspruch auf die Führung geltend. Vor allem Simone attackierten sie heftig mit Verleumdungen, er sei ein hochbezahlter anglo-amerikanischer Spion. Wenige Monate vor Merkers Ankunft gelang es ihnen schließlich, den Machtkampf für sich zu entscheiden und eine neue Leitung zu bilden. Merker bemühte sich, diesen Konflikt zu schlichten, doch es gelang ihm nicht. Zwar nahm er Börner und Stibi in die Leitung mit auf, arbeitete aber zugleich eng mit Simone zusammen, was ihm übel genommen wurde. Der persönliche Machtkampf wurde durch inhaltliche Auseinandersetzungen noch verschärft. Merker bezweifelte, dass es in Deutschland eine „stetig wachsende Widerstandsbewegung" gegen Hitler gebe, was von Stibi und Börner als „sektiererisch" und „links" kritisiert wurde. Im Januar 1943 rang sich die deutsche Gruppe der Kommunist_innen in Mexiko schließlich dazu durch, Börner und Stibi all ihrer politischen Funktionen zu entheben. Stattdessen sollten sie sich wieder dem Schreiben widmen. Die neue Leitung aus Merker, Abusch, **Erich Jungmann** und **Walter Janka** bestand bis zum Kriegsende. Simone kümmerte sich von nun an gemeinsam mit Katz und Zuckermann um die Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und den Kontakt zur mexikanischen Regierung, der Gewerkschaft und weiteren wichtigen Organisationen. Die kaltgestellten Stibi und Börner sannen auf Rache.

## Das „Freie Deutschland"

Die Handlungsspielräume der deutschen Kommunist_innen im mexikanischen Exil waren von Beginn an eingeschränkt. Sie waren der *Kommunistischen Partei Mexikos* als eigenständige Gruppe zugeordnet, aber auch untergeordnet. Zwar ließen sich kulturell und sozial orientierte Gruppierungen wie die *Liga pro Cultura Alemana en Mexico* oder der *Heinrich-Heine-Klub* ins Leben rufen, die sich aber in erster Linie nur an die „eigenen" Leute richteten. Das Bedürfnis, gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen, konnten derartige Initiativen aber nicht befriedigen. Da ein Großteil der Beteiligten entweder einen journalistischen oder schrifstellerischen Hintergrund hatte, wurde daraufhin der Gedanke geboren, eine Zeitschrift zu gründen. Im November 1941 erschien unter dem Titel *Freies Deutschland — Revista Antinazi — Alemania Libre* (FD) deren erste Ausgabe. Zum festen Kern der Zeitschrift gehörten Simone, Abusch, **Bodo Uhse**, **Anna Seghers** und ihr Mann **László Radványi** sowie **Theodor Balk** und **Egon Erwin Kisch**. Chefredakteur war Bruno Frei. Nach seiner Ankunft in Mexiko wurde auch Merker Teil dieses bis Juni 1946 bestehenden Projekts. Die Zeitschrift erschien monatlich und beinhaltete ein breites Spektrum an Beiträgen. Kurzmeldungen hielten die Leser_innen über Ereignisse aus der ganzen Welt auf dem Laufenden, politisch-analytische Artikel vertieften die Hintergründe. Dank Kisch fand auch eine zumindest rudimentäre Auseinandersetzung mit Mexiko statt. Poesie und fiktionale Prosatexte fanden ebenso ihren Platz wie langanhaltende und teils sehr verbissene Diskussionen. Die Kernthemen dieser Auseinandersetzungen wiederholten sich: Zumeist ging es um Auslands- und Exildeutsche, den Widerstand in Deutschland sowie darum, wie es nach dem Krieg weitergehen könnte — und dank Merker auch um das Schicksal der Jüd_innen.

Über die Verfolgung und Ermordung vom NS als jüdisch gekennzeichneter Menschen berichtete das FD von Anfang an, auch wenn nicht immer korrekte Informationen vorlagen. In der ersten Ausgabe vom November 1941 gab Bodo Uhse einen Überblick über die sich „unablässig und rastlos" fortsetzende Verfolgung in Deutschland und berichtete unter anderem über das Schicksal der Jüd_innen Hannovers, die von den Nazis aus ihren Wohnungen geholt und in das Totenhaus des jüdischen Friedhofs getrieben worden waren. Charakteristisch nicht nur für diesen Artikel ist, dass an seinem Ende auf die Solidarität und Unterstützung der „Deutschen" verwiesen wurde. Uhse berichtete davon, dass Nachbarn Obst und Gemüse gebracht und sogar die Abfälle wieder abgeholt hätten, damit die Übertretung des Verbots unbemerkt bleiben konnte.

## Antisemitismus und Verantwortung

Im Januar 1942 erschien dann der erste analytische Artikel zum Thema Antisemitismus von Leo Katz. Er beschreibt diesen als „politisches Banner des deutschen Imperialismus" und als „Barometer", an dem man den Zustand einer Gesellschaft ablesen könne. Er zeigte sich gleichzeitig überzeugt, dass „mit dem Verschwinden des Nazismus, mit dem Verschwinden aller Ursachen, die zum Nazismus geführt haben, (...) der Antisemtismus in Deutschland und im übrigen Europa ebenso verschwinden" werde, „wie mit dem Untergang des Zarenreichs in Russland Antisemitismus und Pogrome ihr endgültiges Ende gefunden haben". Kurzmeldungen hielten die Leser_innen auf dem Laufenden über Deportationen und Morde an Jüd_innen und anderen. Angeprangert wurde aber

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-V08564, Malischew, (CC-BY-SA 3.0)

Paul Merker (mitte) bei der Einweihung des sowjetischen Ehrenmahls in Berlin-Treptow am 8. Mai 1949.

auch der „antideutsche Chauvinismus mancher Juden".

Im Oktober 1942 änderte sich dieser Ton. Paul Merker, dessen erste Artikel im Sommer 1942 erschienen waren, in denen er die Eröffnung einer zweiten Front durch die Allierten gefordert hatte, um die Sowjetunion zu unterstützen und einen vermeintlichen innerdeutschen Widerstand zu befeuern, schrieb: „Auch das deutsche Volk hat, da es die Verbrechen seiner herrschenden Klasse gegen die jüdische Bevölkerung zuließ, eine drückende Verantwortung auf sich geladen. Denn schuldig sind nicht nur die reaktionären Klassen (...). Verantwortlich für diese Schandtaten sind auch alle, die sich nicht der Schmutzwelle des Antisemitismus entgegenwarfen." Im Gegensatz zur sonst vorherrschenden Linie des FD erklärte Merker das Verhalten der Betroffenen als Reaktion auf das erlittene Leid. Er forderte die Errichtung eines jüdischen Staates, die Entschädigung der Jüd_innen für erlittene wirtschaftliche Schäden und die Möglichkeit der Auswanderung für Jüd_innen in ein Land eigener Wahl — bei Übernahme der Kosten für den Lebensunterhalt bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Auswanderer_innen sich selbst finanzieren könnten.

Die Gegenargumente kamen schnell: Man könnte doch nicht einfach so „alle Juden entschädigen", es seien „Klassenzugehörigkeit" und „Moral des Einzelnen" zu berücksichtigen. Überdies hätten all diejenigen, die Widerstand leisten würden, ebenso ein Recht auf Entschädigung. Merker konterte: Die Nazis machten bei ihren jüdischen Opfern keinerlei Unterschiede bei der Ausplünderung, also dürfe auch keiner bei der Entschädigung gemacht werden. Nichtjüdische Widerstandskämpfer_innen würden allein deswegen von den Nazis gehasst, da sie diese bekämpften — folglich bestünde ihre Belohnung im Sieg über die Nazis. Im Mai 1943 folgte ein Artikel Merkers zur Frage der Wiedergutmachung der im Krieg in den einzelnen Ländern angerichteten Zerstörung. Er argumentierte scharf gegen eine Reparationszahlung durch Abtransport von Maschinen und Fabriken — wie sie dann später in der Sowjetischen Besatzungszone erfolgte.

Weitere Konflikte zwischen Merker und der sowjetischen Linie zeichneten sich ab, als in Moskau das *Nationalkomittee der Freien Deutschen* gegründet wurde. Hier ließen sich deutsche Kriegsgefangene im Austausch für ein weitaus angenehmeres Leben als das in einem Kriegsgefangenenlager für die sowjetische Propaganda einspannen. Merker bezweifelte die Aufrichtigkeit ihrer Gegnerschaft zum Hitlerregime und wandte sich vehement gegen jede Zusammenarbeit mit ihnen. Das gab Börner und Stibi erneut Munition gegen Merker, die sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Deutschland nach Kriegsende einsetzten.

## Merkers tiefer Fall

Merker kehrte nach Kriegsende als letztes Mitglied des ZK der KPD nach Deutschland zurück. Er wurde zwar erneut ins ZK gewählt, aber von Anfang an von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Seine Analyse des NS-Staats, in der die Ideologie der Nationalsozialisten eine große Rolle spielt, wurde zwar verlegt, aber bald von Ulbrichts eigener Interpretation, die vom „falschen Sozialismus" spricht, verdrängt. 1950 wurde Merker im Zusammenhang mit der „Field-Affäre" als „imperialistischer Agent" aus der SED ausgeschlossen. Nachdem im Prager „Slánský-Prozess" sein Name erneut gefallen war, wurde er am 30. November 1952 verhaftet. Vorgeworfen wurde ihm, sein Engagement gegen Antisemitismus sei prozionistisch und diene somit dem amerikanischen Imperialismus. Am 13. Dezember 1952 erging im MfS der Auftrag, aus seinen Schriften entsprechende Belege herauszusuchen. Mit Stalins Tod endeten die antisemitischen Kampagnen im sowjetischen Machtbereich zwar, Merker aber profitierte hiervon nicht. Er selbst sah den Grund für seine weitere Verfolgung darin, dass sich Ulbricht den ehemaligen Auftrag aus Moskau persönlich zu eigen gemacht hätte. 1955, als die ersten Opfer der antisemitischen Kampagnen, soweit sie noch lebten, wieder frei kamen, wurde Merker in einem Geheimprozess verurteilt — unter anderem aufgrund angeblicher „Bekundung von Rassenhass".

Platz der Märtyrer des 7. Juli 1960 in Reggio Emilia.

Offener Brief von Silvano Franchi

# Eine offene Wunde

## Der 7. Juli 1960 in Reggio Emilia

Vorwort der LOTTA: Der folgende Offene Brief von Silvano Franchi, dessen Bruder Ovidio bei einer antifaschistischen Demonstration 1960 in Reggio Emilia (Italien) erschossen wurde, und der angehängte Infokasten erschienen auf Italienisch in der Ausgabe 03 / 2017 der Zeitschrift ANPI NOTIZIARIO, der Publikation des Regionalverbands Reggio Emilia der „Associazione Nazionale Partigiani d'Italia" (ANPI). Beides wurde von einer unserer Autor_innen übersetzt und von unserer Redaktion sprachlich leicht überarbeitet und gekürzt. Hierdurch möglicherweise entstandene Ungenauigkeiten bitten wir zu entschuldigen.

Mein Name ist **Silvano Franchi**, ich bin der Bruder von **Ovidio Franchi**. Ich bin 75 Jahre alt; damals als Ovidio erschossen wurde, war ich 18, Ovidio war 19. Wir waren Arbeitersöhne einer einfachen Familie mit starken antifaschistischen Idealen. Mein Vater war an der Realisierung des R60-*Motors* bei *Officine Reggiane* beteiligt. Er war Dreher [...]. Er beteiligte sich am Kampf gegen die Schließung der Fabrik in den Jahren 1950 bis 1951. Der familiäre Unterhalt entwickelte sich zur Belastung, meine Mutter verrichtete Saisonarbeit in der Landwirtschaft, machte die Wäsche für einige Familien in Reggio und unterstützte auch noch den Bruder meines Vaters. [...] Die [Berufs]Schule habe ich mit einer Ausbildung zum Metzger abgeschlossen: meine Arbeit für 46 Jahre. Ovidio brachte währenddessen sein Studium zu Ende und machte sein Diplom als technischer Zeichner. Er bestand sein Examen vier Jahre vor seinem Tod. Wir waren eine Familie mit großer Leidenschaft für Politik. Ovidio und ich wurden Mitglieder der Jugendabteilung der PCI [*Partito Comunista Italiano*]. [...] Wegen seiner Leidenschaft und dem Engagement, das er mitbrachte, konnte ich mir eine politische Karriere für Ovido gut vorstellen. Das war der Wunsch unserer Familie.

Das alles zerbrach, als die Polizeikräfte und die Carabinieri, die am 7. Juli 1960 auf der Piazza stationiert waren, fünf Bürger erschossen. Wir glaubten — 15 Jahre nach dem Ende des Befreiungskrieges –, die Teilnahme an einem Streik auf dem Marktplatz, zu dem das Arbeiterhaus der Gewerkschaft aufgerufen hatte, sei ein in der Verfassung verankertes Recht.

Die damaligen Christdemokraten ließen ihre Minderheitsregierung von der erklärtermaßen faschistischen Partei MSI [*Movimento Sociale Italiano*] tolerieren [...]. Und so wurde, mit nur 25 Stimmen, die Regierung Tambroni geboren. Die Faschisten, die sich nun im Zentrum der italienischen Politik befanden, wollten am 1. Juli 1960 in Genua ihren Parteitag durchführen, in einer Stadt, die mit der Goldmedaille der Resistenza ausgezeichnet worden ist. Infolgedessen dehnten sich die Streiks aus, von Sizilien bis in den Piemont fanden Proteste statt. Die Jugend — das war für alle überraschend — wurde zum Protagonisten, der die antifaschistischen Ideale der Eltern fortführte, mit den Worten: „Ruht euch aus. Jetzt ist es an uns. Wir werden eurem Beispiel folgen." Am Nachmittag des 7. Julis demonstrierte der Staat in Reggio Emilia seine Intoleranz gegenüber dem Antifaschismus und seine Unfähigkeit, seine Bürger zur Sprache kommen zu lassen. Ohnmächtige Jugendliche, deren einziges Verschulden es war, mit vielen anderen gegen eine klerikal-faschistische Regierung zu protestieren. Die Staatsmacht ging dazu über, sich auch mit Waffengewalt zu verteidigen. Reggio Emilia hat aufgrund seiner Geschichte einen hohen Preis zahlen müssen: Fünf Todesopfer [**Ovidio Franchi**, **Lauro Farioli**, **Emilio Reverberi**, **Afro Tondelli**, **Marino Serri**], 20 Verletzte, 10 Inhaftierte. Die Regierung Tambroni hatte ein einziges Ziel: Die Stärke der Polizei und der Carabinieri zu nutzen, um unter Einsatz von Waffen die Bewegungen auf der Straße niederzuschlagen. Am Ende dieser Tage der Proteste in ganz Italien stieg die Zahl auf insgesamt 15 Tote: Ein Staat, der auf seine hilflosen Bürger schoss, schoss auf sich selbst.

## 1963: Der Prozess in Mailand

Der Prozess, der eigentlich in Reggio Emilia hätte stattfinden müssen, wurde 1963 in Mailand eröffnet. Begründet wurde dies damit, dass die Richter ihr Urteil in Reggio Emilia nicht ungestört hätten fällen könnten und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet gewesen sei. Wir sind überzeugt, dass das Gericht unserer Stadt dem gewachsen gewesen wäre und das Urteil ganz anders ausgefallen wäre. [...]
In Mailand hat sich die Wahrheit aus den Fakten deutlich ergeben, belegt durch Dutzende Beweise und Aussagen, sie wurde jedoch vom Präsidenten des Gerichtshofes, Dr. Curatolo, zum Schweigen gebracht. Die Polizeikräfte und Carabinieri verteidigten ihre Vorgehen mit der Begründung, dass sie nur ihre Arbeit gemacht hätten. Aber viele Beamte hatten sich auch geweigert, in die Menge zu schießen und so ein Blutbad verhindert. Kläglich war dagegen die Zeugenaussage des stellvertretenden Polizeipräsidenten **Cafari Panico**, der die Aktion vom Postgebäude aus koordiniert hatte. Er wurde wegen fünffachen Mordes angeklagt, jedoch freigesprochen. Folglich sind für das Gericht die Streikenden die Verantwortlichen gewesen. Seit 57 Jahre bin ich der vollen Überzeugung, am 7. Juli 1960 am richtigen Ort gewesen zu sein. Fünf helle Lichter wurden ausgelöscht. [....] Sie haben ihr Leben gegeben und ruhen mit 620 getöteten Partisanen, die die Freiheit und die Demokratie erkämpften und verteidigten, von der heute viele Menschen profitieren. Wenn wir keine Gerechtigkeit für unsere Toten schaffen, was sind wir dann für Menschen?

### Der Freispruch der Verantwortlichen

In Folge der Ereignisse in Reggio Emilia eröffnete ein Untersuchungsausschuss am Berufungsgericht in Bologna am 29. November 1962 ein Hauptverfahren gegen den stellvertretenden Polizeipräsidenten **Giulio Cafari Panico** wegen mehrfacher fahrlässiger Tötung. „Verantwortlich für fehlerhaftes Verhalten durch unvorsichtigen, unsachgemäßen und fahrlässigen Umgang mit den Vorschriften und den Gebrauch der Waffen und somit für den wahllosen Einsatz von Waffen, der zum Tod von vier Personen führte: Emilio Reverberi, Ovidio Franchi, Lauro Farioli und Marino Serri". Der Beamte **Orlando Celani** wurde der vorsätzlichen Tötung angeklagt, weil er auf Afro Tondelli gefeuert hatte. Aus Gründen der Befangenheit wurde die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Mailand und nicht in Reggio Emilia abgehalten. Das Urteil wurde am 14. Juli 1964 verkündet. Der stellvertretende Polizeipräsident bekam einen Freispruch wegen erwiesener Unschuld, der Beamte wurde trotz begründeter Zweifel freigesprochen. Zwei Jahre später korrigierte das Schwurgericht auf Betreiben des Beamten in einem Berufungsverfahren diesen Freispruch zweiter Klasse in einen Freispruch wegen erwiesener Unschuld. Anschließend verklagten die Angehörigen von Afro Tondelli und Lauro Farioli das Innenministerium auf Schadensersatz. Das Gericht in Bologna, nach Artikel 25 der Zivilprozessordnung territorial zuständig, beschloss die zivilrechtliche Haftung des Ministeriums.

Foto: www.antifa-nazis-ddr.de

Antifa-Demonstration am 24. Juni 1990 in Berlin gegen die Besetzung von Häusern in der Weitlingstraße durch Neonazis.

Das Interview wurde geführt vom AIB

# „Antifa zu sein war kein Hobby, sondern Lebensrealität“

## Interview mit den Herausgeber_innen von „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland“

Vor 30 Jahren gründete sich die erste Antifagruppe in der damals noch bestehenden DDR. Ausgangspunkt waren Angriffe von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987. Die Kolleg_innen vom Antifaschistischen Infoblatt (AIB, https://www.antifainfoblatt.de/) sprachen mit den Herausgeber_innen des 2017 erschienenen Sammelbandes „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland“ über das Thema ihres Buches. LOTTA dokumentiert das Interview im Folgenden mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber_innen und des AIB.

**Wie kamt ihr auf die Idee, ein solches Buchprojekt zu beginnen und wie gestaltete sich die Spurensuche?**

In den letzten Jahren sind so einige Bücher und Artikel erschienen, die ganz unterschiedlich auf die Antifa-Bewegung schauen und teilweise versuchen, ihre Geschichte niederzuschreiben. Dabei ist Antifa jedoch sehr facettenreich und bringt verschiedenste Ansätze und Strömungen zusammen. So etwas wie eine Geschichtsschreibung der Bewegung kann es kaum geben. Wir, die wir in der ausgehenden DDR geboren und im post-sozialistischen Osten aufgewachsen sind, fanden uns in den Darstellungen kaum wieder. Unsere Sozialisation, der politische Umbruch und die allgegenwärtige Präsenz von Neonazis passten nicht so recht zu den K-Gruppen, Spaltungslinien und Strategiedebatten der westdeutschen Antifa. Umgekehrt scheint für diese die Geschichte und der Eigencharakter der ostdeut-

schen Aktivist_innen nur wenig anschlussfähig gewesen zu sein. Bis auf Lagerfeuergeschichten, wie Anfang der neunziger Jahre die besetzten Häuser gegen Neonaziangriffe verteidigt wurden und ein paar wenigen Artikeln, gab es zudem weder eine ostspezifische Bewegungs- noch eine Wissenschaftsperspektive darauf.
Als wir mit dem Buch begannen, schien es, als würden wir nur über Vergangenes schreiben, aber die Explosion rassistischer Gewalt und der Aufschwung der extremen Rechten in den letzten Jahren machten schnell deutlich, dass der Blick zurück auch für die Gegenwart relevant wird. Mit dem Projekt können wir Erfahrungen und Wissen für die politische Praxis und Debatte weitergeben. Schon der NSU und die Aufarbeitung von militanten Neonazistrukturen seit den frühen neunziger Jahren zeigten, wie wenig über die damalige politische Situation heute bekannt ist.
Die Gespräche mit den damaligen und noch heutigen Aktivist_innen, die Sichtung alter Dokumente und Literaturrecherchen — im Archiv des apabiz, im AIB, *Antifa-Infoblatt Ost*, *telegraph* oder auf *www.nazis-antifa-ddr.de* — haben zahlreiche Informationen geliefert und uns im Vorhaben bestärkt. Für uns ist der Sammelband eine Verbindung von Politik und Wissenschaft. So sind darin engagierte Aktivist_innen, Journalist_innen und kritischen Wissenschaftler_innen vertreten, die genau die Vielschichtigkeit der Bewegung und der Analysen von ihr selbst und über sie, deutlich machen. Sie alle haben ihre eigenen Zugänge zum Thema eingebracht und bilden ein Potpourri an Perspektiven.

**Welche Spektren werden abgebildet und wie waren diese organisiert?**
Vor 30 Jahren gründete sich die erste Antifagruppe in der noch bestehenden DDR. Ausgangspunkt waren die Angriffe von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987. Ihr folgten weitere Gruppen im ganzen Land, anfangs vor allem im damaligen Freiraum der Kirche, die auf die zunehmende neonazistische und rassistische Gewalt aufmerksam machten. Das Spektrum reicht(e) von Punks, Hausbesetzer_innen und militanten Antifas zu eher bündnis- und zivilgesellschaftsorientierten und später auch explizit antideutschen Aktivist_innen. In Kleinstädten und ländlichen Regionen waren und sind sie oftmals „Allroundaktivist_innen“: Hausprojekt und Anti-Nazi-Arbeit gehen einher mit Gedenk-, Kultur- und Bildungsarbeit sowie kommunalpolitischem Engagement.
Zu Beginn der neunziger Jahre hatten die Abwehr von Neonaziangriffen und die Verteidigung der eigenen Person höchste Priorität und drängte somit andere politische Debatten in den Hintergrund. Dabei verstanden sich die unterschiedlichen Aktivist_innen nicht immer als Antifa. Als kleinster gemeinsamer Nenner verbanden die Aktionen gegen Neonazis sowohl Punks, Bürger_innen und Hausbesetzer_innen. Antifa reichte vom alltäglichen Leben, über lose Zusammenhänge bis zu festen Gruppen. Organisierung als leitendes Paradigma, das damals von der *Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation* verfolgt wurde, weicht hier stärker einem notwendigem Pragmatismus, loser Vernetzung und gegenseitiger Unterstützung .

**Wie gestaltete sich das Verhältnis der Aktivist_innen zum „antifaschistischen Staat“ DDR?**
Die unabhängigen Antifa-Aktivist_innen verstanden sich als oppositionelle Kraft und kritisierten die Ignoranz der DDR-Obrigkeit und der Gesellschaft gegenüber dem seit Anfang der achtziger Jahre stärker werdenden Neonazismus. Sie wollten durch öffentliche Aktionen auf das Problem aufmerksam machen. Als Teil einer demokratischen Oppositionsbewegung forderten sie politische Veränderungen des autoritären SED-Staates. Der Beitrag von Dietmar Wolf in unserem Sammelband zeigt dabei deutlich, wie dieser darauf reagierte: Von Abwiegeln über Einschüchterungsversuche bis hin zu Überwachung und Unterwanderung von Antifa-Gruppen durch das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi). Anhand von Akten wird deutlich, wie die Stasi in Dresden, Potsdam und Berlin die Antifa als Störende wahrgenommen und bekämpft hat. Mit dem Ende der DDR 1989/1990 suchte die Staatsführung zwar plötzlich die Zusammenarbeit, doch die Aktivist_innen lehnten ab.
Besonders überrascht hat uns am Verhältnis von Antifa und DDR vor allem der Blick aus dem Westen: Kaum Interesse, unzutreffende Analysen und eine unkritische Bezugnahme auf die DDR-Regierung. Der Sammelband beleuchtet aber vor allem die Anfänge der neunziger Jahre, es gibt also noch einiges Potenzial für weitere Analysen über die Zeit davor und danach.

**Welche Einblicke konntet ihr in die theoretische und praktische Antifa-Politik in Ostdeutschland gewinnen?**
Das Buch wirft Schlaglichter auf verschiedene Themen. In den Anfängen spielen das eben schon erwähnte Verhältnis zur DDR, das Erkämpfen von politischen Freiräumen durch Hausbesetzungen und das Verhältnis zwischen Ost- und West-Antifa eine Rolle. Die verschiedenen Ansätze unserer Autor_innen ermöglichen Einblicke in Politisierungspfade, das Erleben von rechter Gewalt und die Herausbildung militanter Selbstverständnisse sowie die damit verbundene Auseinandersetzung

Foto: www.antifa-nazis-ddr.de

Angriff auf die Straßensperre der Volkspolizei vor den Neonazihäusern in Berlin-Lichtenberg am 24. Juni 1990.

um Handlungsräume. Bildungsarbeit, Gedenkpolitik, aber auch Debatten um die Rolle von Feminismus, die antideutsche Szene sowie Dissens und Chancen von Kooperationen zwischen Antifa und Zivilgesellschaft werden thematisiert. Schwierig und wohl symptomatisch für die Bewegung war es, Autor_innen zum Thema Feminismus zu gewinnen. In Gesprächen sagten die Aktivist_innen, dass sie sich als gleichberechtigt fühlten und kaum Notwenigkeit sahen, Sexismus in den eigenen Reihen zu thematisieren. Mit dem Blick von heute fällt das hohe Maß an politischen Engagement und lebensweltlichen Bezüge auf: Antifa zu sein, war kein Hobby, sondern Lebensrealität. Verteidigung stand vor Theoriedebatte und der Konsens gegen Nazis vor Grabenkämpfen. Nachdem die rechte Hegemonie Mitte der neunziger Jahre zeitweise zurückgedrängt werden konnte, setzte eine Ausdifferenzierung ein: auf der einen Seite Erschöpfung und Resignation, die dazu führte, dass Aktivist_innen aufhörten, politisch aktiv zu sein. Auf der anderen Seite eine Verstetigung und Entfaltung von politischen Initiativen, wie Haus- und Kulturprojekten, Vereinen und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, die bis heute bestehen.

**Lassen sich eurer Meinung nach Erfahrungen für die aktuelle Antifa-Organisierung nutzbar machen?**

Die derzeitige rassistische Stimmung wird oftmals mit den neunziger Jahren verglichen, so dass es sich durchaus lohnt, den Blick zurückzuwerfen. Die Antworten auf die Frage, wie Aktivist_innen damals gehandelt haben, kann zwar nicht eins zu eins übernommen werden, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse andere sind und insbesondere Repressionen des Staates heute stärker sind, aber sie können helfen, neue Strategien zu entwickeln und auch mutiger zu sein. Eins ist klar: Generationsbrüche in der Antifa sind ein Problem, Wissen wird nicht weitergeben und Debatten werden stets aufs Neue geführt. Dabei können wir viel aus den Erzählungen und Analysen lernen. Ein kritischer und zugleich konstruktiver Umgang mit den Erfahrungen kann helfen, auch die Organisierung der Antifa weiterzudenken, mit historischen Verbindungslinien und zugleich als facettenreiches „Projekt“ der Gegenwart. In diesem Sinne will unsere Verbindung von Bewegung und Wissenschaft auch einen Dialog ermöglichen, um gegenseitig und miteinander Perspektiven zu entwickeln. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten.

Christin Jänicke,
Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.):
**30 Jahre Antifa in Ostdeutschland — Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung**
Verlag Westfälisches Dampfboot,
Münster, 208 Seiten, 20,– Euro

Von Sten Krämer

# „Solidarität ist der Schlüssel“

## Repression gegen Antifaschist*innen nach AfD-Blockade in Herford

**Im Februar 2017 blockierten etwa 30 Antifaschist*innen eine AfD-Veranstaltung in Herford, was anschließend zu einer Kriminalisierung durch Polizei und Stadt führte. Zur Unterstützung der Betroffenen hat sich eine Solidaritätskampagne gegründet.**

Am 28. Februar 2017 wollte die AfD im städtischen Herforder Bürgerzentrum „Haus unter den Linden“ (HudL) eine Veranstaltung abhalten. Bei dieser sollte sich der lokale AfD-Direktkandidat zur Landtagswahl, **Markus Wegner**, vorstellen. Anschließend war ein Vortrag mit dem Titel „Islamismus — Kinderehen und Scharia“ von **Leyla Bilge** geplant.

### Protest aus der Zivilgesellschaft

Schon im Vorfeld gab es umfassende Kritik an der Veranstaltung aus der Zivilgesellschaft und die Forderung an die Stadt, der AfD die Räume nicht zur Verfügung zu stellen. Die Stadt weigerte sich jedoch aus Angst vor juristischen Schritten, der AfD die Räumlichkeiten zu kündigen und verwies darauf, dass die AfD „eine demokratische Partei“ sei. Ein Mitglied des HudL-Fördervereins rief daraufhin unter dem Motto „Die AfD gehört nicht nach Herford — und auch nicht ins HudL“ zum Gegenprotest direkt vor der Tür des Bürgerzentrums auf. Darüber hinaus kündigte das im Erdgeschoss des HudLs angesiedelte HudL-Café an, die AfD nicht zu bewirten und am Abend der AfD-Veranstaltung nicht zu öffnen.

### Blockade der AfD-Veranstaltung

Noch vor Beginn des bürgerlichen Gegenprotestes am frühen Abend sahen sich HudL-Mitarbeiter*innen, Polizei und AfD jedoch vor ein unerwartetes Problem gestellt: Etwa 30 Antifaschist*innen hatten sich Zugang zum verschlossenen HudL verschafft und sich anschließend mit einer Sitzblockade auf der Treppe zu dem angemieteten Raum der AfD im Obergeschoss platziert. Sie hatten sich zum Teil angekettet und forderten eine Absage der AfD-Veranstaltung.

Weder die Polizei, noch Vertreter*innen der Stadt waren bereit, auf die Forderung der AfD-Gegner*innen einzugehen. So begann die Polizei nach kurzer Verhandlungsphase mit der Räumung der Blockade. Als erstes verwies die Polizei die anwesende Presse aus dem Treppenhaus, während ein privater Sicherheitsdienst der AfD die gesamte Zeit über anwesend blieb und filmte. Nachdem die Journalist*innen den Polizeieinsatz nicht mehr kritisch begleiten konnten, begann die Polizei damit, die Antifaschist*innen einzeln aus der Blockade zu lösen und aus dem Gebäude zu tragen.

Während der Räumung kam es zu Tritten und Schlägen gegen die friedliche Sitzblockade, außerdem wurden Drohungen und Beleidigungen von den Beamt*innen ausgestoßen. Währenddessen hatten sich in einem Vorraum im Erdgeschoss schon einige AfD-Gäste eingefunden. Durch diese wurden die Blockierer*innen nun hindurch getragen und dabei von diesen abgefilmt. Die Polizei nahm anschließend sämtliche Personalien auf und fertigte Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Nötigung und Widerstand.
Die etwa 150 Teilnehmer*innen der Kundgebung vor dem HudL zeigten sich entsetzt von der Polizeigewalt und solidarisierten sich mit den Blockierer*innen, als diese von der Polizei heraus getragen wurden. Letztendlich konnte die AfD-Veranstaltung dann mit etwa einer Stunde Verspätung beginnen.

## Öffentliche Reaktionen

In den folgenden Tagen und Wochen beherrschte die Diskussion um die HudL-Blockade die regionale Berichterstattung und die Lokalpolitik. Zentral war hierbei die Behauptung der Polizei, es habe bei der Räumung massiven Widerstand und drei verletzte Polizist*innen gegeben.
SPD-Bürgermeister **Tim Kähler** folgte den Aussagen der Polizei und bezeichnete die Antifaschist*innen als „Krawallmacher" und „Straftäter" und kündigte Anzeigen der Stadt wegen Hausfriedensbruch an. Die FDP nahm die Ereignisse sogar zum Anlass, um im Landtag eine kleine Anfrage zu den Geschehnissen im HudL und zu Straftaten aus dem linken Spektrum im Regierungsbezirk Detmold zu stellen. Das *Bündnis gegen Rechts Herford* übte jedoch starke Kritik am Polizeieinsatz. So schilderte Pfarrer **Berthold Keunecke** auf einer am 3. März 2017 eigens einberufenen Pressekonferenz, er habe beobachtet, wie „die Polizisten die Jugendlichen mit besonderer Härte behandelten".

## Kriminalisierung des Protests und Solidaritätskampagne

Die Blockierer*innen erhielten in der Folgezeit Beschuldigtenvorladungen wegen Hausfriedensbruch durch die Polizei. Vier Menschen wurden außerdem Prozesse wegen Widerstand und Körperverletzung angekündigt. Um die von Repression Betroffenen zu unterstützen und deutlich zu machen, dass Protest gegen die AfD legitim sei, gründete sich die Unterstützungskampagne „Solidarität ist der Schlüssel — Gegen Repression und Nationalismus". Der Name ist eine Anspielung auf die medial ebenfalls stark thematisierte und bisher ungeklärte Frage „Wie kam die Antifa ins HudL?".

## Erster Prozess eingestellt

Am 20. September 2017 fand nun der erste Prozess der sogenannten „HudL-Verfahren" statt. Dem Angeklagten wurde Widerstand gegen Polizeibeamte vorgeworfen. Die Solidaritätskampagne rief zu einer Kundgebung direkt vor dem Gerichtsgebäude und zu kritischer Prozessbegleitung auf.
Bereits im Vorfeld des Prozesses fantasierte die Herforder Polizei Krawall-Szenarien herbei:
Es sei anzunehmen, dass „Gewalttäter*innen" auch aus anderen Städten gezielt zum Prozess anreisen könnten, um den Ablauf zu stören. Diese Behauptung nahm die Polizei als Grundlage, die Versammlungsfreiheit massiv einzuschränken. So wurde die Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude aus „Sicherheitsgründen" untersagt und auf einen angrenzenden Parkplatz verlegt. Das von der Polizei dargestellte Angst-Szenario diente offenbar dazu, den Protest gegen Repression und Nationalismus mit Gewalt gleichzusetzen und dadurch die Inhalte zu delegitimieren.
Etwa 60 Unterstützer*innen ließen sich jedoch nicht abschrecken und unterstützten den Angeklagten vor Gericht. Während des Prozesses kam es schon bei den ersten beiden Zeugen — zwei an der Räumung beteiligten Polizisten — zu Widersprüchen und Erinnerungslücken. So konnte sich die Beamten nicht an die Kleidung des Angeklagten erinnern und behaupteten, er sei an Armen und Beinen eingehakt gewesen, nur um zehn Minuten später zu behaupten, er hätte die Polizist*innen „mit Tritten begrüßt". Außerdem gaben die Beamten zu, vor Prozessbeginn die Akte noch einmal gemeinsam gelesen und sich abgesprochen zu haben. Angesichts dieser offensichtlichen Zeugenunglaubwürdigkeit wurde der dritte Zeuge schließlich überhaupt nicht mehr gehört. Gericht und Staatsanwaltschaft stimmten einer Einstellung des Verfahrens mit Auflage von 80 Sozialstunden zu.
Die Solidaritätskampagne hatte zuvor zwar den Freispruch der Angeklagten gefordert, sah eine Einstellung des Verfahrens jedoch als Erfolg. Gerade mit dem Hintergrund der extrem hohen Strafen in den G20-Prozessen und dem allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruck war im Vorfeld die Befürchtung einer harten Verurteilung groß.

–

**Nachtrag kurz vor Drucklegung:**
Nachdem das Gericht das Verfahren gegen den ersten Angeklagten eingestellt hatte, schienen die Behörden nicht an eine Verurteilung der anderen drei Beschuldigten zu glauben und haben jetzt auch deren Verfahren gegen Auflagen eingestellt. Nähere Infos unter: http://sids.blogsport.de/

Von Alena Becker

## Auschwitz als Steinbruch

Ausgangspunkt für Thomas Willms essayistischen Streifzug ist die Beobachtung einer Sackgasse. Forderungen danach, wie sich der Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert werden soll, richten sich zumeist an den Staat. Die Wirkungsmacht des staatlichen Handelns ist diesbezüglich aber viel eingeschränkter als angenommen. Mit welchen Vorstellungen Menschen eine Gedenkstätte verlassen, hängt weit mehr von den Vorstellungen ab, mit denen sie sie betreten haben, als mit dem, was sie dort vorfinden. Diese Vorstellungen wiederum werden, so Willms, „auf dem Markt erhandelt". Für das wirkliche Grauen ist kein Platz, denn es verkauft sich nicht. Trost, Heroisierung und Entkontextualisierung überlagern die Erinnerung an das tatsächliche Geschehen. Aber nicht nur der freie Markt, wie Willms anhand verschiedener Beispiele aus Italien, Deutschland, Frankreich, Polen, Grossbritannien und den USA darlegt, trägt dazu bei, dass der Anspruch, eben nicht zu vergessen, nicht eingelöst werden kann. Auch die als „offiziell" begriffene Erinnerungskultur beteiligt sich: Das „Symbol Auschwitz" überdeckt seit langem die Erinnerung an die Vernichtungslager und all die anderen Orte des nationalsozialistischen Massenmords. Zu grausam, um gewusst gewollt zu werden. Von Anfang an waren die Überlebenden mit dieser Ablehnungshaltung konfrontiert, auch ihr Verzweifeln daran beschreibt Willms. Ein Buch, das nicht nur reich ist an Informationen und viele Angebote zum Weiterlesen beinhaltet, sondern das auch zum Mut aufruft, den Tatsachen endlich ins Auge zu sehen.

Thomas Willms
**Auschwitz als Steinbruch.**
**Was von den NS-Verbrechen bleibt**
PapyRossa, Köln 2016
135 Seiten, 12,90 Euro

Von Michael Fehrin

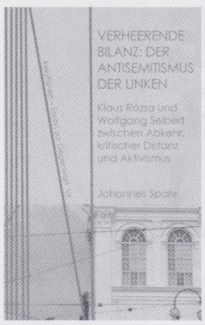
## Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkriegs

Egal, wie viel man über Aufstieg und Fall des Nazi-Regimes auch lesen mag, über die unmittelbaren Tage der Befreiung und die „Abrechnung" mit NS-Tätern und Kollaborateuren ist zumeist nicht viel zu erfahren. Was passierte genau am Tag X der Befreiung? Kann man sich einen emotionaleren Moment vorstellen, als den, in dem die Chance für Gerechtigkeit — oder Rache — endlich da war? Stimmen die Gerüchte, dass der „Abrechnung" mit den Hitler-Anhängern in Frankreich mehr Menschen zum Opfer gefallen sind als das Land unmittelbare Kriegsopfer zu beklagen hatte? Letztere Frage beantwortet der ungarische Historiker István Deák in seinem Buch — und verneint sie. Insgesamt aber hat sein Buch das Manko, zu sehr eine allgemeine Darstellung des Krieges, des Widerstands und der Justiz nach dem Ende der NS-Barbarei zu sein. Die Nürnberger Prozesse werden ausführlich beschrieben, die aber sicher hinreichend bekannt sind. Für manche LeserInnen mag das Buch also eine Einführung in die Hintergrundbedingungen der verschiedenen Widerstandsbewegungen sein. Interessant ist vor allem die differenzierte Darstellung: Im Westen wurden die Alliierten herbeigesehnt, im Osten erwarteten die nicht-kommunistischen antifaschistischen Kräfte die Rote Armee meist skeptisch. Wer sich allerdings in diesem Buch erhofft hat, mehr über den anarchischen Moment der Befreiung — und was die Menschen daraus machten — zu erfahren, kommt kaum weiter. Auch die Frage, wie stark die Zusammenhänge zwischen heutigem Rechtsextremismus und verdrängter Kollaboration sind, wird nicht bearbeitet.

István Deák
**Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkrieges**
Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2017
367 Seiten, 34,99 Euro

Von Alex Häusler

## Der Antisemitismus der Linken




Der Berliner Historiker und Journalist Johannes Spohr hat in dieser Neuerscheinung zwei interessante Persönlichkeiten zusammengebracht, die eine sowohl linksradikale wie auch jüdische Biografie miteinander verbindet. Klaus Rózsa, 1954 in Ungarn geboren, siedelte nach dem Ungarn-Aufstand in die Schweiz um, die ihm wiederholt die Staatsbürgerschaft verweigerte. Er sozialisierte sich politisch in der Hausbesetzerszene um das AJZ in Zürich und hat die besten und bekanntesten Fotos aus diesen bewegenden Zeiten geschossen — er ist sozusagen das fotografische Gedächtnis der Züricher Bewegungslinken der frühen 1980er-Jahre. Wolfgang Seibert, 1947 geboren und in der Frankfurter 68er-Szene politisiert, hatte danach eine aktivistische Zeit in der DKP und der antiimperialistischen Szene. Ihr antiimperialistisches Engagement verbanden beide zu Beginn ihrer Politisierung mit einer antizionistischen Haltung. Erst nachdenklich geworden durch antiimperialistisch verkleidete antisemitische Aktionen wie dem Olympia-Attentat in München entwickelten sie eine kritische Haltung zum links verklärten Antisemitismus. Sie waren damit nicht allein: Vieles an bedeutender Kritik am linken Antisemitismus wurde von Leuten wie Detlef Claussen, Eike Geisel und Nathan Weinstock formuliert, die früher selbst Antizionisten gewesen sind.
Das biografisch angelegte Buch ermöglicht einen überaus lesenswerten Zugang zum Verständnis und zur Kritik am Antisemitismus in der Linken. Es fasziniert zudem durch die Persönlichkeiten der Erzählenden.

Johannes Spohr
**Verheerende Bilanz: Der Antisemitismus der Linken. Klaus Rózsa und Wolfgang Seibert zwischen Abwehr, kritischer Distanz und Aktivismus**
Neofelis Verlag, Berlin 2017
113 Seiten, 10 Euro

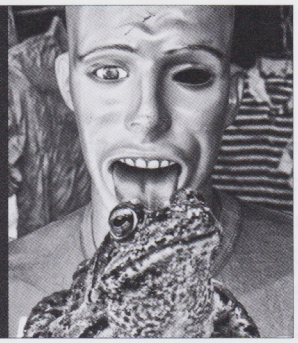
Von Bernd Brenner

## AfD und Medien. Analyse und Handreichungen

In einem aktuellen und sehr empfehlenswerten Arbeitsheft der *Otto-Brenner-Stiftung* untersucht Bernd Gäbler, Professor für Journalistik, das Verhältnis von AfD und Medien. Gäbler vertritt die These, dass sich strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den Dynamiken und Aufmerksamkeitsregeln von Massenmedien und dem Rechtspopulismus finden. Allen „Lügenpresse"-Diffamierungen zum Trotz seien rechtspopulistische Parteien auf mediale Aufmerksamkeit angewiesen. Zugleich betrachteten die Massenmedien sie als reizvolles, aufsehenerregendes und unverbrauchtes Feld. Als Ziel der Broschüre formuliert der Autor, Journalist*innen Handreichungen bezüglich der Berichterstattung über die AfD zu geben. Dies geschieht über eine Aufarbeitung der auf Provokation ausgerichteten medialen Strategie der Partei. Erhellend ist in diesem Zusammenhang Gäblers Auflistung vormaliger Journalist*innen, die in der AfD aktiv sind und über Kenntnisse medialer Logiken verfügen. Gäbler schlussfolgert, dass sich Journalismus tiefgehend und kritisch mit den Inhalten der AfD auseinandersetzen müsse, wozu auch die genaue Beobachtung der eigenen Sprache und des „Framing" gehörten, etwa wenn Talkshows bereits im Titel Thesen und Vokabular der AfD übernähmen. Dadurch würde der Journalismus Teil der AfD-Strategie, das Feld des Sagbaren nach Rechts zu erweitern. Zu widersprechen ist allerdings dem Ansatz Gäblers, die kritische öffentliche Auseinandersetzung mit der AfD zu suchen. Die Verhinderung von öffentlichen Auftritten der Partei richtet sich gegen ihre Strategie, Diskriminierung zu normalisieren und muss daher weiterhin betrieben werden.

Bernd Gäbler
**AfD und Medien. Analyse und Handreichungen**
Otto-Brenner-Stiftung, OBS-Arbeitsheft 92, Frankfurt am Main
55 Seiten, kostenlos bestellbar unter otto-brenner-stiftung.de

THEMA_
RELIGION UND ANDERE DROGEN
ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 74/2017 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de



Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN
abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

graswurzel revolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Schwerpunkt #422:
Libertäre Buchseiten

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

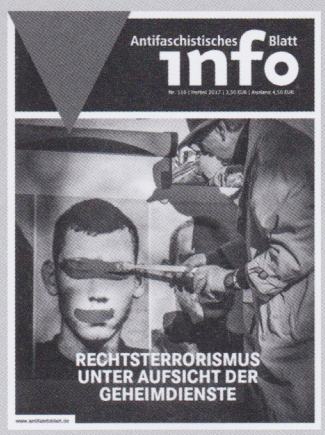
Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de
★ www.rote-hilfe.de ★
Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**




**Antifaschistisches Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

**www.antifainfoblatt.de**
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

**Kostenloses Probeexemplar**

# Lotta abonnieren!

±Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

| | |
|---|---|
| O Jahresabo, Inland | 15 Euro |
| O Jahresabo, Ausland | 23 Euro |
| O Jahresabo, Förderabo I | 25 Euro |
| O Jahresabo, Förderabo II (beliebige Summe > 25,00 Euro) | ___ Euro |
| O Jahresabo, Förderabo III (beliebige Summe ab 50,00 Euro. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung über die Fördersumme aus.) | ___ Euro |

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

**Achtung Kleingedrucktes:** Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

..... .....
Ort, Datum Unterschrift

## Impressum

**LOTTA**
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
**V.i.S.d.P.:** S. Zinflou, c/o LOTTA

**ISSN:** 1865-9632

**Auflage:** 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen konnten die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr, Eintritt frei

# INPUT

## PROGRAMM NOVEMBER 2017

29. November 2017, 19.30 Uhr

**Die extreme Rechte im Kampfsport — Netzwerke, Events und Akteure**

Referent_in: Antirassistisches Bildungsforum Rheinland, Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

*Am letzten Mittwoch im Dezember 2017 findet keine INPUT-Veranstaltung statt. Nächster Termin ist der 31. Januar 2018.*
*Nähere Infos unter https://linkes-zentrum.de (Termine)*

*Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf*